

TAGESSCHAU

POLITIK

Anschläge: Mit Befriedigung wurden in Israel Stellungnahmen aus Washington aufgenommen, wonach die US-Regierung Verständnis für einen möglichen israelischen Vergeltungsschlag für die Attentate von Rom und Wien hätte. Auch die USA arbeiten an Eventualplänen für militärische Aktionen gegen Terroristen, die auch Luftangriffe gegen Ziele in Libyen einschließen. (S. 10)

Synagoge: Die französische Polizei hat mit der Verhaftung von zwei Portugiesen und einem Ägypter einen neuen Anschlag auf eine Pariser Synagoge verhindert, die bereits vor fünf Jahren Ziel eines Attentats war. Die drei haben gestanden, den Anschlag im Auftrag einer palästinensischen Organisation vorbereitet zu haben.

Nahost: Ohne ein gemeinsames Kommuniqué und offenbar ohne Einigung in wesentlichen Fragen ist der Staatsbesuch des jordanischen Königs Hussein in Syrien zu Ende gegangen.

Neuregelung: Aus der Bundesrepublik können künftig Päckchen bis zu zwei Kilogramm Gewicht für ein Porto von 7,80 Mark in 58 Länder der Erde verschickt werden. Bisher lag bei den meisten Ländern das Höchstgewicht zwischen 500 und 1000 Gramm.

Libanon: Der zwischen den Bürgerkriegsparteien vereinbarte Waffenstillstand ist noch am Tag des Inkrafttretens gebrochen worden. Nach einem offensichtlich Mordanschlag auf Präsident Amin Gemayel entbrannten im christlich kontrollierten Ost-Berut heftige Kämpfe, bei denen zwölf Personen getötet wurden.

Verstärkung: Rund 2000 sowjetische Militärberater sind nach einem Bericht der halbamtlichen Kairoer Zeitung „Al-Ahram“ in Libyen eingetroffen, um Abschussbasen für Luftabwehrakten Sam-5 zu bedienen, die Moskau vor kurzem geliefert hatte.

Halbt: Präsident Duvalier hat die vier wichtigsten Minister und den Chef der Staatspolizei aus ihren Ämtern entfernt und eine umfassende Kabinettsbildung vorgenommen. Ihre Posten verloren die Minister für Inneres und Verteidigung, für Wirtschaft und Finanzen, für Justiz und Bildung sowie der Minister für Außenpolitik und Soziales.

Moskau zögert, sich auf Gipfel-Termin festzulegen

Reagan beschwört in seiner Rede an das sowjetische Volk den „Geist von Genf“

DW. Washington/Moskau

Das spektakulärste Ereignis seit dem Gipfeltreffen von Genf im November 1985 - der Austausch von Neujahrswünschen - Präsident Reagan und Krenl-Chef Gorbatschow - war auf amerikanischer Seite von einer Konzentration auf das Positive geprägt. Vertreter des Präsidialamtes versicherten bereits mehrere Stunden vor der geplanten Ausstrahlung der als historisch empfundenen Rede an das sowjetische Volk, der Präsident wolle den „Geist von Genf“ wachhalten. In Moskau hatte KPdSU-Generalsekretär Gorbatschow in seiner ersten Neujahrssprache an die Bürger der UdSSR einen Einblick in sein Konzept für die Rede an die Amerikaner gegeben. Gorbatschow stellte die Gemeinsamkeiten-Theorie heraus: „Die Völker der Welt befinden sich im Atomzeitalter in einem Boot.“ Es sei äußerst unverantwortlich, dieses Boot durch militärisches Abenteuerium zu erschüttern. Dabei bezog er sich nicht direkt auf die Vereinigten Staaten, er ließ nur durchblicken, daß Washington seiner Meinung nach eine militärische Überlegenheit anstrebe.

Die Botschaft Reagans an das so-

wjetische Volk und die entsprechenden Rede des Krenl-Führers an die Menschen in den USA sollten gestern abend zeitgleich in beiden Ländern ausgestrahlt werden. Reagan hatte sich seit langem um eine Gelegenheit bemüht, direkt zur sowjetischen Bevölkerung sprechen zu können. Zum letzten Mal war dies Richard Nixon im Jahre 1973 möglich gewesen, und zwar während eines Besuchs in der Sowjetunion.

Die Video-Aufnahme der Reagan-Rede wurde der sowjetischen Botschaft in Washington übergeben. Die Aufzeichnung der Gorbatschow-Botschaft wurde den amerikanischen Diplomaten in Moskau zur Weiterleitung in die USA übermittelt.

Begleitet wurde der neue amerikanisch-sowjetische „Dialog“ von Meldungen, daß die Sowjetunion „erste Vorbehalte“ gegen eine weitere Begegnung zwischen Reagan und Gorbatschow schon im Juni habe. Die „Washington Post“ berichtete, sowjetische Diplomaten hätten über Boten Anatol Dobrynin „informell“ vorbringen lassen, ob die Amerikaner an einer Begegnung im September Interesse hätten. Beamte des US-Außenministeriums wurden von

dem Blatt mit der Bemerkung zitiert, das Treffen im Juni sei damit „sehr viel weniger wahrscheinlich“ geworden. Im Weißen Haus hieß es, derzeit sei ein Besuch Gorbatschows in Washington Anfang September wahrscheinlich.

Die sowjetische Parteizeitung „Pravda“ berichtete, daß nach dem Genfer Gipfel zahlreiche Amerikaner in Briefen an Gorbatschow die „sowjetischen Friedensinitiativen“ unterstützten. „Viele Amerikaner sagen, daß sie mit Ungeduld auf den US-Besuch von M.S. Gorbatschow warten.“ Für viele Menschen in den USA sei der Genfer Gipfel zum Symbol für die Wiederaufnahme des sowjetisch-amerikanischen Dialogs geworden.

Der ehemalige amerikanische Außenminister Alexander Haig hat vor der Auffassung gewarnt, das nächste Gipfeltreffen zwischen Präsident Reagan und Parteichef Gorbatschow müsse zu Fortschritten in den Ost-West-Beziehungen führen. In einem Interview mit der amerikanischen Fernsehgesellschaft CNN sagte Haig, dadurch werde der Präsident zum Nachteil des Westens unter Druck gesetzt.

DER KOMMENTAR

Auf Sendung

JÜRGEN LIMINSKI

Wie viele Amerikaner zwischen Arizona und Maine von der Neujahrswünsche beeindruckt waren und wie viele Russen von Usbeken jene von Präsident Reagan sahen oder hörten, wissen wir nicht - die Botschaft selbst war das Ereignis. Gewiß hat der Grußaustausch den Eisernen Vorhang nicht durchlässiger gemacht, aber es darf eine vertrauensbildende Maßnahme genannt werden, falls Ronald Reagan unzensuriert in sowjetische Wohnstuben gelangt sein sollte.

Der „gute Geist von Genf“ ist ein ehrfurchtgebietender Vorsatz der Weltpolitik. Mit den zweimal fünf Fernsehminuten wird daran erinnert, daß der Dialog der Weltmächte eine Daueraufgabe ist, ständig von der Gefahr der Blässe bedroht. Angesichts der gegenseitigen Vorwürfe zu Vertrags- und Menschenrechtsverletzungen erfahren Sowjetbürger, daß Ronald Reagan ein Mann des guten Willens ist, was sie überraschen muß. Zur Wirklichkeit, die mehr ist als einige Grußworte, gehören Nicaragua, Afghanistan und viele andere Gegenden der Welt, wo Men-

schenrechte mit Füßen getreten werden.

Den Geist von Genf anzurufen ist im Moment für Gorbatschow wahrscheinlich wichtiger als für Reagan. Der KP-Chef spricht nicht nur aus dem Tele-Fenster in Richtung Westen. Er hat auch seinen Krenl im Blick. In sieben Wochen wird er vor seinem Parteitag Rede und Antwort stehen müssen. Da mag ihm der Geist von Genf Kaminen lieber sein als der kalte Hauch von Kabul. Gorbatschow braucht Zeit. Zum nächsten Treffen mit Reagan will er innenpolitisch konsolidiert und wirtschaftlich gestärkt anreisen, weshalb dieses Treffen auf Wunsch Moskaus in den Spätsommer verschoben werden soll.

Reagan kann zwar damit rechnen, daß Amerika die Sowjetunion technologisch weiter abhängt. Aber er hat zu berücksichtigen, daß auch bei ihm der Erwartungsdruck steigt. Die allgemeine Erwartung im Westen lautet, daß sich der Geist von Genf in Washington materialisiert. Dazu müßte man täglich auf Sendung gehen und nicht nur am Neujahrstag.

ZITAT DES TAGES



„Die Mauer erinnert uns greifbar daran, daß die demokratischen Freiheiten, die wir im Westen als unser ureigenstes Recht hochachten, vom Osten als Bedrohung betrachtet werden.“

Die britische Premierministerin Margaret Thatcher in einer Neujahrswünsche an die Zeitung „Berliner Morgenpost“ (S. 4)
Foto: LOHAR KUCHARZ

WIRTSCHAFT

Währung: Der US-Dollar beginnt das neue Jahr mit einer Schwächephase. Der amtliche Mittelkurs wurde am Dienstag mit 2,4613 (2,4617) festgestellt. Das ist der niedrigste Kurs seit Mitte Mai 1983. Im Vergleich zum Jahresabschluss 1984 von 2,4490 DM fiel der Dollar 1985 um knapp 22 Prozent.

Postzusteller: Die auch in Europa tätige private amerikanische Postgesellschaft United Parcel Service hat mit Boeing ein Vorabkommen über den Kauf von 20 Frachtlugzeugen vom Typ 767, 200 PF abgeschlossen und Optionen auf 15 weitere Maschinen aufgenommen. Die Flotte soll es UPS

ermöglichen, den Transport von Brief und Paketsendungen zwischen den USA und Europa wesentlich auszuweiten.

Autoindustrie: Der Marktanteil der Japaner bei neu zugelassenen PKW und Kombi in der Bundesrepublik hat sich nach Schätzungen der neun japanischen Hersteller 1985 mit 310 000 Einheiten auf 13 von 12 Prozent im Vorjahr erhöht.

US-Handelsbilanz: 1985 gab es wie erwartet ein neues Rekorddefizit. In den ersten elf Monaten erreichte das Defizit 131,6 und als Jahresrate 143,8 Milliarden Dollar, verglichen mit 123,3 Milliarden im Gesamtjahr 1984. (S. 11)

KULTUR

Film: Der amerikanische Filmproduzent Sam Spiegel ist im Alter von 81 Jahren während eines Karibik-Urlaubs gestorben. Zu den bekanntesten Produktionen des gebürtigen Österreicher gehören „African Queen“, „Die Faust im Nacken“, „Die Brücke am Kwai“ und „Lawrence von Arabien“. (S. 17)

Museum: In wachsendem Maße liegen die Kommunen der Verlockung, an den Museumseingängen die „öffentliche“ Hand aufzuheben. Dabei schneiden sie sich jedoch meist ins eigene Fleisch, wie eine Untersuchung zeigt. Wird Eintrittsgeld eingeführt oder erhöht, gehen die Besucherzahlen spürbar zurück. (S. 17)

SPORT

Ski: Sieger des Garmischer Neujahrsspringens wurde Pavel Ploc (CSSR) vor Vettori (Österreich) und Ulaga (Jugoslawien). Bester Deutscher war der 16jährige Dieter Thoma (Platz 10).

Leichtathletik: Der Brasilianer José João da Silva gewann erneut den internationalen Silvesterlauf von São Paulo über 12,6 km. Als bester deutscher Läufer belegte Christoph Heile Rang neun. (S. 9)

AUS ALLER WELT

Glenn Miller: Die Mutmaßungen über die Umstände des Todes des Bandleaders sind um eine Version bereichert worden. Danach verursachte ein Bomben-Notabwurf eines britischen Bomberverbands über dem Arnekanal 1944 den Absturz des leichten Flugzeugs, mit dem Miller nach Frankreich fliegen wollte. (S. 18)

Programme: Sechs bis acht Millionen Deutsche haben einen zu hohen Blutdruck. Die meisten wissen nichts davon. Mit einer bundesweiten Aktion wird jetzt versucht, die Gefahren des Bluthochdrucks einzudämmen. (S. 6)

Wetter: Schneefall oder Regen. Minus 4 bis plus 4 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Meinungen: Wie erzeugt man den Produktionsfaktor Frieden? - Leitartikel von Peter Gillies S. 2

Hamburg: Viel Glanz in der armen Hansestadt - Von Uwe Bahsen S. 3

Berlin: Koalitionszwist beendet - FDP-Mann neuer Chef des Bundeshauses an der Spree S. 4

Verteidigung: Kanada will in seinen arktischen Gewässern jetzt auch souverän sein S. 5

Forum: Personalien und Leserbrief: an die Redaktion der WELT. Wort des Tages S. 8

Buch des Tages: Gmütz' Volkstümliche Geschichte der Juden - Heilige werden lebendig S. 16

Fernsehen: Neue ZDF-Vorabendserie mit Brigitte Horney - Oma ist die reine Pest S. 15

„DDR“: Sachsens Glanz und Preußens Gloria - In Notwehr gegen den Schurken Brühl S. 17

Blacky Nelson: Mit „Mary Lou“ zum Teenager-Idol - US-Rockstar starb bei Flugzeugabsturz S. 18

Bleifrei ist jetzt billiger als Normal

Wer nicht umweltschonend fährt, muß tiefer in die Tasche greifen / Andere Steuersätze

HEINZ HÖRMANN, Bonn

Der Neujahrstag 86 wurde für 26 Millionen Autofahrer in der Bundesrepublik Deutschland zum einschneidenden Datum: Die, die nicht umweltschonend fahren, müssen von jetzt an tiefer in die Tasche greifen. So gelten seit gestern die erhöhten Steuersätze für nicht schadstoffarme Neuwagen von 21,60 Mark je 100 Kubik (bisher 14,40 Mark).

Zugleich ist von sofort an das bleifreie Benzin billiger als der Normalpreis. Ein Grund mehr, schadstoffarme Autos zu kaufen oder wenigstens im Rahmen der Möglichkeiten mit bleifreiem Kraftstoff zu fahren. Generell können damit alle Normalbenzin-Motoren betankt werden, die nicht älter als fünf Jahre sind. Im Zweifel gibt die Werkstatt Auskunft.

Autos, die Super benötigen, brauchen zumindest das Eurosper (95 ROZ). Doch hier sind vorher meistens Eingriffe am Triebwerk notwendig,

weil die Oktanzahl deutlich niedriger ist.

Nach einer Umfrage der WELT liegt zum Jahresbeginn der Durchschnittspreis für den Liter Benzin bei 129,9 Pfennig, das Super bei 136,9. Der bleifreie Normalkraftstoff ist jetzt am billigsten: 128,9 Pfennig.

Es ist wahrscheinlich, daß im Laufe des Jahres dieser Preis noch einmal sinken wird. Damit würde der Anreiz für Käufer eines Katalysatormodells oder für Leute, die ihr Auto schadstoffarm nachrüsten wollen, neben der Steuerersparnis noch einmal steigen.

Etwas 5000 Tankstellen bieten inzwischen den Sprit ohne Schwefelgehalt an, rund die Hälfte davon auch Eurosper.

Das System der steuerlichen Förderung umweltfreundlicher Automobile ist auf den ersten Blick immer noch verwirrend. Für diese gibt es, wenn sie in diesem Jahr gekauft werden, einen Nachlaß in der Kraftfahrzeugsteuer bis zu 2200 Mark (mehr als

1,4 Liter Hubraum) und bis zu 750 Mark (weniger als 1,4 Liter).

2200 Mark bedeuten, daß beispielsweise ein 1,8 Liter-Mittelklassewagen fünf Jahre und acht Monate steuerfrei fährt. Auch nach dieser begünstigten Zeit bleibt der „saubere“ Wagen im Vorteil.

Er wird dann mit 13,20 Mark pro 100 Kubikzentimeter besteuert, während der Satz für normale Gebrauchtwagen auf 18,80 Mark steigt (der Satz für neu zugelassene Autos liegt noch einmal 2,80 höher).

Nach anfänglichen Problemen wächst das Angebot an Nachrüstmöglichkeiten für Altfahrzeuge. Die Kosten sind heute oft niedriger als der damit verbundene Steuerertrag.

„Geregelte“ Katalysatoren kommen allerdings für die Autos älterer Baujahre kaum in Frage, weil die kleinen „ungeregelten“ Schadstoffumwandler, die schon für 600 Mark angeboten werden. Der Einbau ist relativ problemlos.

Kreml macht Rumänien Vorhaltungen

Bukarester Medien verschweigen scharfe Attacken Schewardnades gegen Shultz-Besuch

CARL GUSTAF STRÖHM, Wien

Zwischen dem rumänischen Parteichef und Staatschef Nicolae Ceausescu und der Kreml-Führung unter Michail Gorbatschow ist es in den letzten Tagen des alten Jahres wieder zu grundsätzlichen Meinungsverschiedenheiten gekommen. Außenminister Ilie Ceaucescu mußte sich während eines Moskau-Aufenthalts heftige Vorwürfe seines sowjetischen Amtskollegen Eduard Schewardnades wegen des jüngsten Moskau-Besuchs von US-Außenminister George Shultz anhören.

Während einer Tischrede, deren Text bezeichnenderweise von den rumänischen Medien nicht veröffentlicht wurde, richtete Schewardnades heftige Attacken gegen die Regierung Reagan und auf den US-Außenminister. In Anspielung auf die Shultz-Rede in Berlin erklärte er, es sei völlig komisch und unangenehm, daß die USA die Nachkriegsgrenzen in Europa in Frage stellen wollten. Zur Abwehr

der amerikanischen Kampagne, die gegen die sozialistischen Länder gerichtet sei, mußten diese eine „Einheitsfront“ bilden.

Kam es während des rumänischen Außenministerbesuchs in Moskau bereits zu keinem gemeinsamen Kommuniqué mit den sowjetischen Gastgebern, so wurden die Konflikte zwischen Bukarest und dem Kreml noch deutlicher, als Parteichef Ceausescu vor dem politischen Exekutivkomitee der rumänischen KP zu den Resultaten des jüngsten Moskau-Technologie-Gipfels der RGW-Staaten Stellung bezog (WELT v. 30.12.85). Auffallend ist, daß die rumänischen Medien eine Rede des Bukarester Regierungschefs Ceausescu in Moskau, in der er das sowjetische Technologie-Programm positiv würdigte und die Einbeziehung der rumänischen Forschungsinstitute zugesagt hatte, mit absolutem Schweigen übergangen, während die sowjetische „Iswestija“ den rumänischen

Ministerpräsidenten ausführlich zitierte.

Demgegenüber gab Ceausescu in seiner Bilanz deutlich seiner Unzufriedenheit mit dem Moskau-Technologie-Plänen Ausdruck. Man könne das Technologie-Problem nicht lösen, wenn nicht das Rohstoff-Problem innerhalb des RGW (Comecon) gelöst werde. Auch bei der bisherigen Zusammenarbeit innerhalb des RGW seien „nicht alle Abmachungen mit Leben erfüllt worden“. Ferner betonte Ceausescu, die technologische Zusammenarbeit der RGW-Staaten auf der Grundlage des in Moskau beschlossenen Programms dürfe keinesfalls zu einer Isolierung Rumäniens von anderen Staaten - auch nicht von den „entwickelten kapitalistischen Ländern“ - führen. Rumänien ist das einzige Ostblock-Land, das bis heute keinen bilateralen Vertrag mit der Sowjetunion über technisch-wissenschaftliche Zusammenarbeit unterzeichnet hat.

Hoffnung auf Ende des Schießbefeils?

Staatssekretär Hennig: Dann kann die Erfassungsstelle Salzgitter geschlossen werden

PETER PHILIPPS, Bonn

Die Bundesregierung erwartet für 1986 substantielle Änderungen im innersächsischen Verhältnis, insbesondere die Aufhebung des Schießbefeils. Der Staatssekretär im Innerdeutschen Ministerium, Ottfried Hennig, rief zum Jahreswechsel im Deutschlandfunk in Erinnerung, daß „1984 diese Todesautomaten wegkamen. 1985 sind die Mienen weggekommen.“ Und er fuhr dann fort: „Wenn 1986 auch der Schießbefehl weg ist, dann können wir Salzgitter zusammen“, die zentrale Erfassungsstelle, deren Auflösung - neben der Anerkennung eigener Staatsbürgerrechte, der Eigenregulierung und der Umwandlung der Ständigen Vertretungen in Botschaften - zu den „Gerechten Forderungen“ von SED-Chef Honecker gehört.

Hennigs Ausführungen sind als Signal an Ost-Berlin zu verstehen, denn er ergänzte, wenn man '86 vom

Schießbefehl wegkomme, „machen wir Salzgitter zu. Das ist ein Zusammenhang, den man drüben sehen muß, wenn man von Gera spricht.“ Und: „Ich hoffe, daß sich hier ein größerer Spielraum ganz konkret zum Ausdruck bringen läßt.“ Man arbeite dafür, daß die Grenze „ein bißchen menschlicher wird. Dazu gehört, daß man auch mit dem Finger am Drücker das nicht mehr macht, sondern sich eben wirklich auf andere Sperremaßnahmen - die inzwischen perfektioniert sind - beschränkt.“

Nicht nur wegen der Entfernung von Todesautomaten und Mienen zog der Staatssekretär eine „relativ positive“ Bilanz der innersächsischen Entwicklung. Er verwies auch auf die Ausdehnung des Kulturabkommens, bei der sich „der größere Spielraum dargestellt“ habe, und auf die Chance für ein Umweltschutzabkommen 1986 sowie den „hervorragend laufenden“ Jugendaustausch und die „gut

aussehende“ Bilanz der Übersiedler. Bereits zum 1. Dezember „haben wir 21 000 gehabt. Wir liegen also fast um das Doppelte über der langfristigen Durchschnittszahl.“

Positive Erwartungen an die innersächsische Entwicklung äußerten auch Schleswig-Holsteins Ministerpräsident Uwe Barschel und Bundesstaatspräsident Philipp Jenninger, der von dem Bemühen sprach, „die Beziehungen weiter zu normalisieren“. Der Vorsitzende des innersächsischen Bundestagsausschusses, Gerhard Reddemann (CDU), formulierte in der „Bild“-Zeitung seine Forderungen an die „DDR“. Reddemann: „Die DDR muß ihre politischen Prozesse einstellen. Menschen dürfen nicht weiter wegen ihrer Gesinnung verhaftet werden. SED-Chef Honecker muß jedem Einwohner erlauben, mindestens einmal im Jahr in die Bundesrepublik zu reisen.“

Seite 2: Seltsames Tauschangebot

1985 - Börsenjahr der Superlative

DW. Frankfurt

Für die Aktionäre war 1985 ein Jubeljahr. Das Kursniveau an der deutschen Börse ist, gemessen am Aktienindex der WELT, um 70 Prozent geradezu explodiert. Die Erwartungen in einen fortgesetzten Aufwärtstrend sind auch für das Börsenjahr 1986 optimistisch. Doch die Entwicklung des Kursniveaus hängt davon ab, ob die ausländischen Anleger dem deutschen Aktienmarkt treu bleiben. Immerhin waren Ausländer im vergangenen Jahr die bedeutendste Anlegergruppe. Der ausländische Drang an den deutschen Aktienmarkt spiegelt die günstige Einschätzung der Leistungskraft der deutschen Wirtschaft ebenso wider wie das Vertrauen in die Wirtschafts- und Finanzpolitik.

Seite 13: Die Risiken nehmen zu

Mit Spanien und Portugal in die Europäische Union?

Stavenshagen zur WELT: EG jetzt größte Handelsmacht

DW. Bonn

Bundespräsident Richard von Weizsäcker hat die Erwartung geäußert, daß die Beitritte Spaniens und Portugals zur Europäischen Gemeinschaft am 1. Januar dem europäischen Zusammenschluß Impulse geben wird. Der Staatsminister im Auswärtigen Amt, Lutz Stavenshagen, wies gegenüber der WELT daraufhin, daß die Gemeinschaft mit „dieser zweiten Südvergrößerung zur größten Handelsmacht der Welt“ geworden ist.

Der Beitritt Spaniens und Portugals mit ihren zusammen rund 50 Millionen Einwohnern bedeutet nicht nur das Ende einer langjährigen Isolierung der Iberischen Halbinsel vom übrigen Europa, sondern besiegelt auch die Rückkehr der beiden Länder zur Demokratie. Innerhalb der Gemeinschaft verliehen die beiden Neumitglieder dem Mittelmeerraum mehr Gewicht in der bisher eher „nordlastigen“ Gemeinschaft. Die EG erhofft sich auf Grund der historisch engen Bindungen Spaniens und Portugals zu Lateinamerika eine Verbes-

serung ihrer Kontakte nach Südamerika.

Die 60 Europa-Abgeordneten Spaniens und Portugals werden bei der nächsten Plenarsitzung am 13. Januar in das Straßburger Parlament einziehen. Morgen wird sich die um drei Vertreter - zwei spanische und einen portugiesischen - erweiterte Europäische Kommission unter Leitung von Jacques Delors treffen und die notwendig gewordene Umverteilung der Ressorts diskutieren.

Die Entscheidung zur Aufnahme Spaniens und Portugals in die Gemeinschaft war umstritten und kam erst nach achtjährigen, zähen Verhandlungen zustande. Während die Industrie in der Erweiterung des EG-Marktes eine Chance für die Steigerung des Absatzes ihrer Produkte sieht, fürchten vor allem die Landwirte eine drastische Verschlechterung durch die neue Konkurrenz. Als sicher gilt, daß die reicheren Länder der Gemeinschaft, die Bundesrepublik, Großbritannien und Frankreich, künftig mehr in den gemeinsamen Topf zahlen müssen.

Seite 4: Abenteuer-Spielplatz

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Seltsames Tauschangebot

Von Peter Philipps

Staatssekretär Ottfried Hennig aus dem Innerdeutschen Ministerium hat in mehr als nonchalanter Form unerwartete Horizonte in der Deutschlandpolitik aufgezeigt: Zum einen erweckt er sehr konkret die Erwartung, daß das neue Jahr endlich das Ende des Schießbefehts bringt, zum anderen salviert er die mit anderen Mitteln undurchdringlich gemachte, „inzwischen perfektionierte“ (wie er selbst sagt) Sperranlage mitten durch Europa.

In der Tat könnten wenige Maßnahmen eine qualitative Veränderung der Lage in Deutschland so deutlich werden lassen wie die Aufhebung des Befehls, auf Menschen wie auf Hasen zu schießen, wie es Lothar Loewe einst nannte. Wenn der Staatssekretär hier Erwartungen weckt, wird dies hoffentlich mehr als nur ein Versuchsballon sein.

Doch wieso folgt daraus, daß die Bundesregierung ein Gaudium darüber anstimmen muß, daß sich Honecker „auf andere Sperrmaßnahmen beschränkt“, die mit ungeheuren technischen Aufwand die innerdeutsche Grenze immer dichter werden lassen, während sonst überall in Europa die Sägen an den Grenzschränken angesetzt werden? Wenn auf den Mauern einer Zwingburg keiner mehr schießt, folgt doch nicht daraus, daß hinter den Quadern nun auch alles in Ordnung ist.

Umso erstaunlicher wirkt der damit verbundene Einfall Hennigs: Der Schießbefehl ist zum Preis für die Abschaffung der Zentralen Erfassungstelle in Salzgitter geworden. Dieser Zusammenhang ist neu, zumal da in Salzgitter nicht nur Mord und Totschlag an der Grenze erfährt werden.

Als etwa Jürgen Schmude und andere SPD-Politiker öffentlich die Möglichkeiten nachdachten, Salzgitter gegen entsprechende Gegenleistungen Honeckers zu schließen, kam harsche Kritik aus den Reihen der Union. Und nun?

Deutschlandpolitik muß alles tun, die Nation zu bewahren, und dabei jeden gangbaren Weg suchen, das Leben und Zusammenleben der Deutschen zu verbessern. Mit unbeschwerter Neujaars-Angeboten an Ost-Berlin wird wenig dazu beigetragen. Die Erfassungstelle Salzgitter wird erst überflüssig, wenn es keine Verbrechen mehr zu registrieren gibt.

Neues Basken-Unheil

Von Rolf Görtz

Im Baskenland nimmt das Morden wieder zu. Dabei hatte es ein halbes Jahr hindurch so ausgesehen, als ob die gepöhlten Basken endlich friedlicheren Zeiten entgegenzusehen könnten. Denn viele Ertarras erkannten die Fernsteuerung durch Moskau, das nicht die Freiheit des Baskenlandes will, sondern das Zerbrechen Spaniens und als Nahziel der Wiederaustritt Spaniens aus der NATO. Oder zumindest die Abhaltung des Referendums. Denn wie auch immer es ausgehen mag – allein seine Abhaltung richtet Schaden an.

Die Ertarras, die diesen Mißbrauch durchschauten, suchen die Resozialisierung, wie sie ihnen die Regierung im Straßlaß anbietet, wenn kein Kapitalverbrechen vorliegt. Sie geben damit nicht ihre Vorstellung von baskischer Freiheit auf, aber sie wollen sie mit den Mitteln der Demokratie verfolgen.

Die anderen richten sich bewußt gegen diese Demokratie. Gelang es ihnen bisher nicht, die Armee zum Zurückschlagen zu reizen, so greifen sie jetzt zu ganz subtilen Methoden, die Ordnungsgewalt von innen her zu schwächen. Da die Guardia Civil in der Vergangenheit tatsächlich schwere Fehler und sogar Verbrechen beging, behauptet die ETA stereotyp, ihre Anhänger werden gefoltert. Das demokratische Spanien ist ein Rechtsstaat. So wurden in den letzten fünf Jahren vierhundert Polizisten, gerade die Spezialisten im Kampf gegen den Terrorismus, vor ein Untersuchungsgericht gestellt. Nur vierzehn Polizisten wurden tatsächlich angeklagt, nur in zwei Fällen reichte es zu einer Verurteilung, aber alle Beamten wurden bei Gegenüberstellungen enttarnt.

Jeder Bask und jeder Spanier kann sich denken, woher die Ertarras das Geld für ihre Aktionen haben. Zumal da jene fünfzehnhunderttausend Dollar, die ein (später übergegangener) Kubaner auf einer spanischen Bank deponierte, zur Einführung auf das NATO-Referendum gedacht waren. Jeder Spanier muß sich darüber wundern, daß ausgerechnet in diesen Tagen neu aufgeflammt kommunistischer Mordtaten die baskischen Bischöfe – als einzige in Spanien – die Abhaltung des Referendums über die NATO forderten. Im Baskenland hat die Regierung noch eine schwere Aufgabe vor sich.

Unvereinbarer Partner

Von Detlev Ahlers

Es mag sein, daß eine Zusammenarbeit mit der DKP für Sozialdemokraten mit dem Parteiprogramm „unvereinbar“ ist – wenn es die Praxis jedoch fügt, schließen die Genossen Bündnisse mit den Kommunisten. Als ein Beispiel sei genannt, daß an den Universitäten inzwischen die vierte Generation von Juso-Hochschulgruppen heranwächst, für die eine ASA-Bildung mit dem Marxistischen Studentenbund Spartakus (MSB) selbstverständlich ist, mit dem Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) aber unvorstellbar.

Auch im „Friedensherbst '83“ machte es den Sozialdemokraten nichts aus, daß viele Fackeln, die die Umzüge dekorierten, von der DKP aus der „DDR“ geholt worden waren – schließlich hatten große Teile der SPD und die DKP gemeinsame Gegner: die Regierung und die NATO. „Aktionsbündnisse“ nannte die SPD so etwas; mit dem Unvereinbarkeitsbeschuß von 1970 waren sie angeblich nicht unvereinbar.

Daran sollte man angesichts einer neuen Unvereinbarkeits-Diskussion denken: Zwei Mitglieder der SPD-Programmkommission streiten, ob die „Unvereinbarkeit einer Zusammenarbeit mit den Grünen“ festgeschrieben werden solle, wie es Hermann Rappé fordert, oder ob diese Idee „kurzsichtig“ sei, wie Johano Strasser meint. Rappé hatte zu der rotgrünen Koalition in Hessen gesagt: „Diese Koalition verschlechtert die Wahlchancen der SPD im Bund. Ich fürchte, daß viele Stammwähler, vor allem Facharbeiter, kritische Fragen an die SPD stellen werden.“ Strasser hingegen fragt, ob die SPD es sich leisten könne, „einen Koalitionspartner auszuschlagen“.

Warum macht es SPD nicht wie mit dem DKP-Unvereinbarkeitsbeschuß: Man schreibt im Programm das eine fest und tut das andere? Weil Johano Strasser eine Feststellung getroffen hat, der auch Rappé nicht widerspricht: In der SPD gibt es keine Mehrheit für einen Unvereinbarkeitsbeschuß gegenüber den Grünen. Die Mehrheit hat sich so weit nach links verschoben, daß nicht einmal mehr Täuschungsbeschlüsse akzeptiert werden. Die einzige Konzession besteht darin, daß man (noch) nicht die Zusammenarbeit mit den Grünen in Aussicht nimmt.



Produktionsfaktor Frieden

Von Peter Gillies

Er fehlt in keiner Neujahrsansprache, keiner Predigt, keinem Glückwunsch: der Frieden. Freilich ist er meist reserviert für den großen Zusammenhang, für die Völker und ihre Beziehungen untereinander; er fasziniert aus seiner Polarität zum Kriege. In einem Sektor jedoch, wo der Kampf ein konstitutionelles Element darstellt, wünschen viele sich den Frieden nicht: in der Wirtschaft.

Es mag sein, daß dieser Begriff, der in der Politik so viele zu kriegsrischen Ausfällen reizt, für die Erzeugung des Bruttoinlandsprodukts etwas sperrig erscheint. Aber auf einen Zustand der Harmonie und des allgemeinen Wohlbefindens hinzuwirken, ist hier wie anderswo dringend erwünscht. Nicht daß Frieden den Konflikt ausschließt – das Gegenteil ist richtig – aber keiner Gruppe fällt er in den Schoß. Auch eine Volkswirtschaft braucht Mechanismen der Konfliktlösung, ohne die sie ihr inneres Gleichgewicht verliert. Dieses wiederum ist Voraussetzung für ihre hohe Produktivität, aus dem Wohlstand und soziale Sicherheit wachsen.

Wie erzeugt man den „Produktionsfaktor Frieden“? Von den vielen Bedingungen seien nur einige genannt, die gern vernachlässigt werden: Erstens die möglichst objektive Zustandsbeschreibung der widerstehenden Positionen, zweitens die Befriedigungsfunktion des Kompromisses, drittens die Berechenbarkeit der Kontrahenten – die Politik liebt hier die Metapher der „vertrauensbildenden Maßnahmen“. Der Organismus einer Volkswirtschaft kann nicht in immerwährender Harmonie schweigen; diesen Zustand mag der Sozialismus für sich reklamieren –, aber sein Selbstbewußtsein beruht darauf, daß seine Gruppen insofern Frieden stiften, als die Konflikte lösen helfen. Dann ruht er in sich.

Der Unfriede beginnt mit der verzerrten, nicht selten böswilligen Zustandsbeschreibung. In der Umweltpolitik beispielsweise sprechen zwar viele von der „Versöhnung zwischen Ökonomie und Ökologie“, unterschlagen dabei aber entscheidende Tatsachen. 1985 sei eine „erschütternde Bilanz über die düsterste Epoche der deutschen Umweltpolitik“ zu ziehen, meinte eine einschlägige Organisation und nannte die Politik „kaltblütig“. Das Thema bleibt gewiß eine Herausforderung, aber man darf auch zur Kenntnis nehmen, was die chemische Industrie

dazu anmerkte: Zwischen 1965 und 1984 steigerte die Branche ihre Produktion um 150 Prozent, verringerte ihren Schadstoffausstoß jedoch um 60 Prozent.

Die Ausgaben für die Umwelt wurden von den Unternehmen in einem Jahrzehnt verdreifacht, im internationalen Vergleich ist das doppelt soviel wie in den USA und dreimal soviel wie in Frankreich. Die Belastung der Abwässer wurde um 90 Prozent gesenkt (bei einer Produktionssteigerung von 50 Prozent). Die verfeimte Branche hat in einem Jahr fünfzehn Millionen Schwefel- und Stickstoffdioxid ausstoß um ein Drittel gesenkt und ist an der gesamten Emission nur noch zu vier Prozent beteiligt. Luft und Wasser sind noch nicht sauber, aber sauberer geworden.

Milliarden, die zuvor erwirtschaftet werden mußten, gehen in den Umweltschutz und zeigen, daß die Probleme lösbar sind. Wer diesen ökologischen Prozeß vorantreibt, ohne gleichzeitig alle ökonomischen Gesetze über Bord zu werfen (was letztlich in allgemeiner Verarmung, aber keineswegs zwingend in sauberer Umwelt endet), stiftet auf besondere Art Frieden. Hierbei sind Kompromisse nicht zu vermeiden. Man hüte sich jedoch, sie, wie es mancherorts als schick gilt, mit dem Zusatz „faul“ zu brandmarken.

Auch die erregte Debatte um die fälschlich als „Streikparagrafen“ bezeichnete Neutralität des Staates in Arbeitskämpfen trägt manche Zeichen gewollter Unfriedlichkeit. Gewerkschaftler greifen hier zu einem kriegerischen Vokabular und

ziehen Vergleiche, die mit dem Wort „Widerstand“ das Recht und mit Nazi-Assoziationen die Geschichte grob verbiegen. Die parlamentarische Auseinandersetzung zwingt alle in die Pflicht, einen Kompromiß zu suchen, so unbefriedigend er der einen oder anderen Seite erscheinen mag. Die Gewerkschaften sollten sich nicht dazu hinreißen lassen, ihre langfristige Berechenbarkeit zu riskieren, denn damit sägen sie an dem Ast, auf dem sie sitzen – der Tarifautonomie. Die Gewerkschaften beschwören auffällig oft den „sozialen Frieden“ – gerade dann, wenn auch sie von demokratisch gewählten Politikern dafür in die Verantwortung genommen werden.

Recht unfriedlich geht es auch bei der Zustandsbeschreibung des deutschen Arbeitsmarktes zu. Gewalt oder ungewollt werden Fronten zwischen Arbeitsbesitzern und Arbeitslosen errichtet. Dies beginnt regelmäßig damit, daß man sich weigert, die Hindernisse zum Kennzeichen zu nehmen, die heute einer Neueinstellung im Wege stehen. Wer höhere Löhne und üppigere Sozialleistungen nur für die Arbeitsbesitzer erkämpfen und die Erwerbslosen unter einer verblasenen Formel der Solidarität dem Staat überantworten will, leistet keinen Beitrag zum Wirtschafts- und Sozialfrieden. Was ist eigentlich gegen den Spruch „ein befristeter Arbeitsplatz ist allemal besser als unbefristet arbeitslos“ einzuwenden?

Der ökonomische Datenkranz, mit dem die Bundesrepublik in das Neue Jahr geht, ist nicht das Verdienst einer Regierung, wie wohl sie einen Anteil daran hat. Das sollte jedoch auch ihre Kritiker nicht daran hindern, die vortrefflichen Bedingungen zum Kennzeichen zu nehmen. Denn noch nie hat es Vollbeschäftigung in einer Wirtschaft gegeben, die nicht prosperierte. Schließlich sei der wichtigste Faktor der sozialen Befriedigung genannt: stabiles Geld, denn dieses Land so nahe gekommen ist wie kein anderes.

Der Frieden, der in diesen Tagen alleits beschworen wird, muß nicht für die „großen Zusammenhänge“ reserviert bleiben. Überall darf an ihm gearbeitet werden, in jedem Betrieb, im Gruppeneinkauf, bei allen an der Wirtschaft Beteiligten. Er wirkt beträchtliche Zinsen ab, dieser Produktionsfaktor.

Arbeitsplätze: Was sie schafft und sicherer macht. FOTO: POLY PRESS

Duarte, Cerezo, Calderon – kann daraus etwas werden?

Lateinamerikas Christdemokraten erhalten eine zweite Chance / Von Günter Friedländer

Am 14. Januar soll Vinicio Cerezo sein Amt als Präsident Guatemalas antreten. Nach El Salvador José Napoleón Duarte ist er der zweite christdemokratische Staatspräsident in Mittelamerika. Rafael Ángel Calderón in Costa Rica hofft, am 2. Februar 1986 der Dritte im Bund zu werden und den Kandidaten der regierenden sozialdemokratischen Partei „Liberación“ zu besiegen. Mittelamerikas marxistische Guerrilla hat, ohne das zu wollen, eine der potentiell bedeutungsvollsten Veränderungen in diesem Raum herbeigeführt: das Aufblühen der Christdemokraten als eine in allen sechs Ländern spürbare politische Kraft.

Lateinamerikas Christdemokratie wurde in den fünfziger Jahren an seinen Universitäten geboren. Das Durchschnittsalter der Menschen hatte sich verlängert. Die Männer der Familien, die Lateinamerikas traditionelle Parteien beherrschten, blieben länger aktiv. Die Söhne aber wollten nicht warten. Sie gründeten in vielen Ländern Gruppen, aus de-

nen später die christdemokratische Bewegung werden sollte. Ihre Mitglieder galten zunächst als unerfahrene Wirtköpfe mit unklarer Ideologie, die sich aus dem Wunsch, christliche Ethik ins öffentliche Leben zu tragen, dem Drang nach sozialen Reformen und dem Widerstand gegen den Kommunismus speiste. Die junge Bewegung wurde bald in Europa entdeckt, besonders von den deutschen Christdemokraten. Die Konrad-Adenauer-Stiftung leistete Hilfe. Der erste Triumph gelang den Christdemokraten in Chile, wo Eduardo Frei 1964 die Wahlen gewann.

Es war eine kurze Freude. Rivalisierende europäische Stiftungen bauten die Koalition auf, die Allende 1970 eine relative Mehrheit gab. Das chilenische Parlament mußte zwischen Allende und dem an zweiter Stelle liegenden Konservativen Alessandri entscheiden. Frei, von dem Chiles Zukunft abhing, hatte weder die Erfahrung noch die Nerven, seine Partei im Parlament gegen Allende zu stellen. Dies brachte den Christdemokra-

ten den Ruf ein, nur die Wegbereiter des Kommunismus in Lateinamerika zu sein. Ihr Ruf der Unzuverlässigkeit wurde gesteigert durch das Versagen der Christdemokraten Venezuelas unter dem Präsidenten Luis Herrera Campins und die Furcht, daß „Befreiungstheologen“ in der Kirche die Bewegung in die Arme der Kommunisten trieben.

Ihr nie klar definierter Programmpunkt einer „Kommunalsierungsgesellschaft“ sollte sie von der Klassengesellschaft der Marxisten abgrenzen, ließ aber konservative Kreise fürchten, daß sich hier der Wolf im Schafspelz zeige.

Warum also erstreckt nun in Mittelamerika eine so robuste christdemokratische Bewegung? Einmal, weil man hier sehr konkrete Erfahrungen mit den Marxisten in Nicaragua gemacht hat. Zum zweiten ist es der Mangel an Alternativen. In dritter Linie hilft, daß die ideologische und praktische Hilfe aus Europa gezielter eingesetzt wird; vor allem der CDU-Generalsekretär Geißler hat sich hier

IM GESPRÄCH Saddiq al-Mahdi

Der Enkel des Erlösers

Von Volker Stahr

Seinen Namen umgibt der Mythos einer großen Vergangenheit. Nimmt man Einfluß und Macht von heute, seine Ambitionen und Verbindungen hinzu, so ist er vielleicht ein Mann der Zukunft: Saddiq al-Mahdi, politischer wie religiöser Führer der im Norden Sudans so einflußreichen islamischen Mahdisten-Sekte. Sein Wort ist Gesetz.

Saddiq ist ein schmachtiger, mittelgroßer und sehr gebildeter Mann von etwa 50 Jahren, der in Oxford studierte und ein gepflegtes Englisch spricht. In seinem Land jedoch trägt er zumeist die traditionelle Tracht eines muslimischen Scheichs, als der er von den Gläubigen verehrt wird. Saddiqs Großvater war der berühmte Asket und Mystiker Muhammad Ahmad ibn Abdallah, der sich einst zum „Mahdi“ propagierte, jenem vorausgesagten Erlöser des Islam, der am Ende der Welt den Glauben erneuern werde. 1885 eroberte er Khartum. Kurz darauf jedoch starb er und die Briten kehrten unter Lord Kitchener zurück.

Doch der Mythos lebt weiter. Sein Sohn gründete die Ansar-Bruderschaft, in der die „Mahdiya“ fortlebte und die heute Saddiq führt. Ihr politischer Arm ist die „Umma“ (Nation), mittels der Saddiq heute in Sudan an die Macht strebt.

In den sechziger Jahren war er schon einmal für neun Monate Premier – zu einer Zeit des Chaos in Sudan. Nachdem 1964 die Militärs die Macht abgebegeben hatten, jagte ein ziviles Kabinett das nächste, geführt stets von den rivalisierenden islamischen Parteien Umma und „NUP“ (für Chatmiya). Dies endete 1969 mit dem Putsch Numeiris. Saddiq ging in die Opposition. Sein Rückhalt bei den Gläubigen gestattete ihm dies ohne allzu negative Folgen. Trotzdem blieben auch ihm Haft und Exil nicht erspart. Überraschend ging er 1983 ein Bündnis mit dem heute von ihm als „Satan“ bezeichneten Numeiri ein – islamische Realpolitik. Es war ein Zweckbündnis zweier damals angeschlagener Politiker, das schon bald wieder zerbrach.



Kein Programm, aber libysche Beziehungen: Saddiq al-Mahdi
FOTO: RANNOUSTUDIO X

Heute sitzt Saddiq in Khartum und wartet auf die angekündigten Wahlen mit dem Slogan: „Allein wir haben sechzehn lange Jahre dem blutigen Satan die Stirn geboten.“ Was zu ändern ist, dafür scheint auch er keine Antwort zu haben. So schweigt er lieber, präsentiert sich den Gläubigen als guter Führer und beschwört anlässlich der hundertsten Wiederkehr des Sieges von Khartum den Glanz seines Großvaters.

Die Mahdisten sind traditionell zutiefst antilibysch. Saddiq unterhält erstklassige Beziehungen zu Libyen, das sich mit reichlich Petrodollars bedankt. In Tripolis laufen alle Fäden zusammen: Als prollysch gilt auch der starke Mann des Militärregimes, General Osman Abdallah Muhammad. Libysche Petrodollars finanzieren allerdings auch die Rebellen im Süden Sudans.

Alles deutet darauf hin, daß Khaddafi mit dieser unheiligen Allianz gegenseitig Kräfte den Schlüssel für die Zukunft Sudans in Händen hält – eine Zukunft, die das Kräfteverhältnis in Nordafrika nachhaltig verändern dürfte. Saddiq wird sich seine Schlüsselrolle als starker Mann im Norden dabei sicher entsprechend honorieren lassen.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Das Massenblatt kommentiert die Haltung Libyens:

Libyens Staatschef Khaddafi hat endlich die Maske fallen lassen: Für ihn sind die Mörder von Wien und Rom „Helden“ und „nahtige Söhne von Märtyrern“. Die Massaker an Frauen, Kindern, Fluggästen verherrlicht er als „heroische Taten“. Kein Zweifel also mehr, daß er hinter den Terroristen steckt, ihren weltweiten abscheulichen Terrorismus nicht nur deckt, sondern finanziert. Wird der Westen ihm weiter die Hand schütten? Wir fürchten: ja.

Frankfurter Allgemeine

Jüngeres Kollaborieren werden hier kritisch betrachtet:

Der Bundestagspräsident hat mit seinem nicht zum ersten Mal fehlgeleiteten deutschlandpolitischen Eifer nicht bloß Honecker einen Gefallen erwiesen. Er läuft nun auch der schädlichen sozialdemokratischen Nebendiplomatie hinterher, die im letzten Jahr zum ständigen bilateralen Parteikontakt mit der SED unter der Maxime der sogenannten „Sicherheitspartnerschaft“ gediehen war.

SÜDKURIER

Das Kommunisten-Bild steht vor Konjunktur:

Die zunächst nur mit halber Kraft angepackte, seinerzeit aber doch laut versprochene Wende zeitigt nun ihre

ersten Ergebnisse. Zwei Drittel der deutschen Wirtschaft schwimmen auf einer sich weitenden Fahrtrinne ins neue Jahr. Die Opposition, die auf einen Rhein und Ruhr volkstümlichen Mann setzt, wird sich jedenfalls schwer tun, die Regierung in einem Land abzulösen, dessen ökonomische Kurven nach oben weisen.

Nordwest-Zeitung

Im Kabinett Neujahrsansprache bemerkt das Oldenburger Blatt:

Helmut Kohls Zuversicht ist nicht aufgesetzt. Optimismus und Zuversicht haben nach dem Urteil der Demoskopie Hoffungslosigkeit und Pessimismus verdrängt. Die neue Zuversicht wird durch Stabilität und Erfolge genährt. Sie ist aber auch eine Frucht der Einsicht der Bürger in unpopuläre Maßnahmen der Bundesregierung.

THE TIMES

Die Londoner Zeitschrift kommentiert die Aufhebung des Kriegsrechts in Pakistan:

General Zia ist weiter auf dem Weg zu einer Zivilregierung in Pakistan gegangen, als viele erwartet haben. ... Aber eine Anzahl unter dem Kriegsrecht eingeführter Maßnahmen ist bereits verfassungsmäßig festgeschrieben. In der Theorie können sie nur durch eine neue Gesetzgebung von dem im vergangenen Februar gewählten Parlament ersetzt werden. In der Praxis braucht das Parlament eine Zweidrittelmehrheit dafür. Kann eine solche Mehrheit zustande gebracht werden?

Jedenfalls hat die in Südamerika in Verruf geratene christdemokratische Bewegung in Mittelamerika eine zweite Chance. Amerika zu zeigen, daß sie gegenüber dem Marxismus eine „gütige Alternative“ für Spanisch-Amerika geblieben ist, wie es der Generalsekretär der Partei in Nicaragua ausdrückt.

Allerdings spielt politische Unreife immer noch hinein. Vinicio Cerezo hat bei einem Dreistunden-Besuch in Kolumbien dem Präsidenten Betancur geraten, die Beziehungen zu Nicaragua aus dann nicht abzubrechen, falls sich eine Beteiligung der Sandinisten bei der blutigen Besetzung des Justizpalastes in Bogotá herausstellen sollte.

Auch vorher in Washington weigerte Vinicio Cerezo sich, das Sandinisten-Regime zu kritisieren. Er spricht von einer Haltung der „aktiven Neutralität“. Andere halten das eher für aktive Anbiederung. Der Schatten Freis lebt weiter; die europäischen Christdemokraten haben noch viel Aufklärungsarbeit vor sich.

„Die Araber haben erkannt, daß wir zusammenleben können“

Das Verhältnis zwischen Arabern und Israelis im Gaza-Streifen ist besser geworden. Niedrige Arbeitslosigkeit und langsam wachsender Wohlstand haben in einem Umdenken geführt. Niemand will nach Ägypten, und nur die ältere Generation spricht vom Anschluß an Jordanien.

Von PETER M. RANKE

Dutzende von Kindern stehen um uns herum. Der israelische Major, ohne Revolver, spricht mit ihnen arabisch und ein bißchen hebräisch. Er fragt nach der Schulzeit. Es gibt Gelächter, Steine fliegen nicht. Eine alte Frau kommt mit einem Wasserkrug auf dem Kopf vorbei, schimpft und jagt die Kinder weg. „Das Problem sind die älteren Flüchtlinge“, sagt der Offizier, „mit den jüngeren kommen wir aus.“

Wir fahren durch eine der breiten Straßen im Schatti- oder Besch-Camp. Der damalige Befehlshaber Arik Scharon ließ sie Anfang der siebziger Jahre durch Hüften schlagen, um die Heckenschützen der PLO besser bekämpfen zu können. Heute ist es ruhig im Gaza-Streifen, die Lage ist entspannter als im Westjordan-Gebiet.

Keine Grenze, nur noch eine Kontrollstelle

Unser Major führt das darauf zurück, daß es kaum Arbeitslosigkeit gibt und daß auch die Flüchtlinge zum erstenmal Eigentum an Grund und Boden erwerben können. Vierzigtausend Araber aus dem Gaza-Streifen arbeiten in Israel und verdienen nicht schlecht. Morgens und abends sieht man lange Autokolonnen oder Busse in den Negev oder in Richtung Tel Aviv fahren oder von dort zurückkommen.

Eine Grenze gibt es längst nicht mehr, nur eine Kontrollstelle. „Vor zehn Jahren gab es bei uns zehntausend Autos, heute sind in Gaza über 32 000 Privatwagen und Lkw zugelassen“, heißt es bei der arabischen Zivilverwaltung. Sie wird von dem ehemaligen Flüchtling Chamsa Turkmani (39) geleitet, der den 1982 abgesetzten alten Bürgermeister Raschid Schauwa (75) ersetzt hat.

Schauwa vertritt die etwa 250 000

einheimischen Araber im 360 Quadratkilometer großen Gaza-Streifen. Er will die inzwischen 240 000 Flüchtlinge, die 1948 aus den Küstengebieten bei Jaffa nach Süden flüchteten, am liebsten wieder loswerden. Sie sind aktiver als die alten Gaza-Araber, bauen Handwerksbetriebe und Autowerkstätten aus, errichten sich neue Häuser.

Die Unterschiede werden in der jungen Generation allmählich überwunden, die Hochzeiten zwischen „Einheimischen“ und „Flüchtlingen“ nehmen zu. Im Jahr 2000 wird es im Gaza-Streifen, der nur 42 Kilometer lang und bis zu 16 Kilometer breit ist, eine Million Einwohner geben.

Die Israelis lassen sich im Gaza-Streifen so wenig wie möglich sehen, nur gelegentlich fährt ein Patrouillen-Jeep durch Gaza-Stadt. Die arabisch-israelische Polizei ist nur 600 Mann stark.

Die israelische Präsenz seit 1967 wirkt sich in anderen Dingen aus. Da hat zum Beispiel Schauwa beantragt, eine neue Verpackungs- und Verarbeitungsanlage für Orangen zu bauen, denn er besitzt zahlreiche Orangenhaine und treibt wie andere Farmer einen blühenden Handel damit. Die Ware geht nach Jordanien, an den Golf oder in den Ostblock.

Die Israelis verweigerten den Bau, weil die Orangenhaine zuviel des knappen Grundwassers verbrauchen. Statt dessen fördern sie die Anlage von Erdbeer- und Gemüseplantagen mit Tropfen-Bewässerung. Zudem: Eine Tonne Zitrusfrüchte bringt 200 Dollar, aber eine Tonne Erdbeeren 5000 Dollar. Und Erdbeeren und Gemüse können auch von Kleinbauern auf eigenem Boden angebaut werden, sind arbeitsintensiver als die Orangenhaine der Großgrundbesitzer.

Der Streit hat aber auch einen politischen Hintergrund: Die Orangen von Schauwa gehen über Jordanien in die arabische Welt, die Erdbeeren der Kleinbauern werden über Tel Aviv nach Westeuropa geflogen. Auch die dreizehn israelischen Siedlungen, die es jetzt im Sand- und Dünenland des Gaza-Streifens gibt (300 Familien mit zweitausend Köpfen), bauen meist Gemüse an, vor allem Tomaten, die dank Bewässerung und künstlicher Düngung mitten im Sand wachsen.

Das Verhältnis zu den Arabern ist gut, denn die Israelis im Gaza-Streifen profitieren von der Geschichte. Von 1948 bis 1967 stand das Gebiet des früheren Palästina-Mandats unter ägyptischer Militärverwaltung, und Kairo ließ damals keinen Gaza-Araber in Ägypten oder im Sinai arbeiten. Nicht einmal Studenten der kleinen Ashar-Universität in Gaza dürfen in Ägypten weiterstudieren. Dazu kommt, daß Jordanien Gaza-Araber unter 26 Jahren als Sicherheitsrisiko betrachtet. Es sperrt sich gegen Einreisen ohne genaue Kontrolle.

So nimmt es nicht wunder, daß 600 arabischen Familien, die

bei der Teilung der Stadt Rafah zwischen den Israelis und Ägyptern 1982 zur ägyptischen Seite geschlagen wurden, in den Gaza-Streifen zurückkehren wollen. Sie werden von Kairo nicht als Ägypter behandelt, sondern als Palästinenser und bekommen keine Arbeitserlaubnis.

Vom Gaza-Streifen aus können sie dagegen nach Israel fahren und dort arbeiten, ja sie können in Tel Aviv einkaufen oder auch arabische Verwandte in Israel besuchen, was viele an den muslimischen Festtagen tun.

Der Unterschied zwischen „Einheimischen“ und „Flüchtlingen“ wird unter israelischer Herrschaft auch deshalb mehr und mehr verwischt, weil die Israelis anders als die Ägypter die acht großen Flüchtlingslager mit 173 000 Bewohnern allmählich auflösen wollen. Wer will, bekommt billiges Bauland für ein Haus, die Zivilverwaltung gibt billige Kredite und baut Straßen und Schulen. 1500 Familien sind schon aus den Lagern weggezogen.

Ihre verlassene Hütte wird eingerissen, damit sich dort nicht andere Familien ansiedeln. Die Lager haben zwar elektrisches Licht und Trinkwasser, aber kein Abwassersystem. Alles fließt und tropft ins blaue Mittelmeer.

Flüchtlinge im Gaza-Streifen werden bis auf einige tausend Notfälle auch nicht mehr von der UNRWA unentgeltlich mit Lebensmittellieferungen versorgt, sondern sie müssen und können arbeiten.

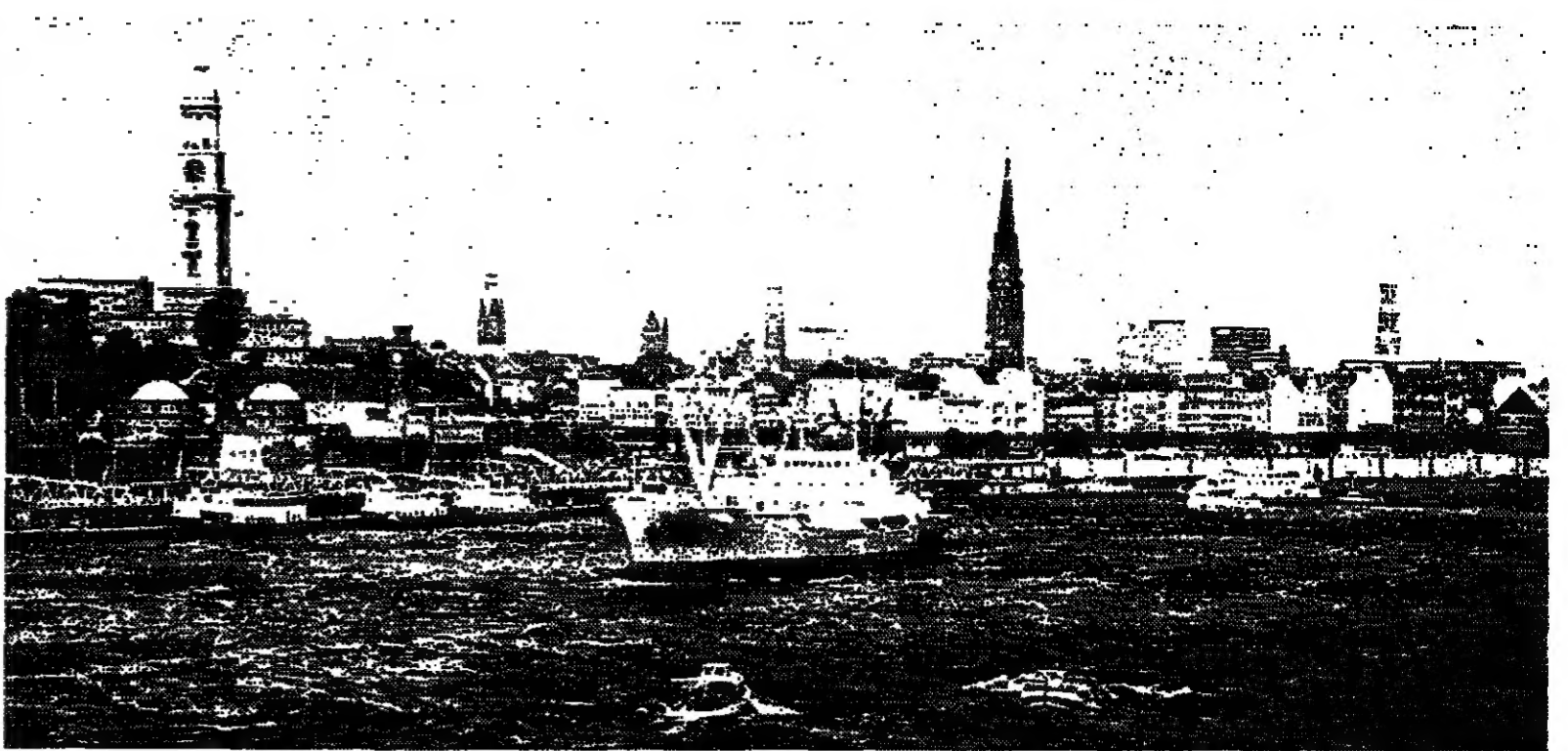
Das Hilfswerk für die Palästina-Flüchtlinge betreibt jedoch noch Schulen und Hospitäler. 88 Prozent der Kinder im Gaza-Streifen besuchen eine Schule, wo nach ägyptischen Lehrplänen unterrichtet wird. Aber Sprachunterricht in Hebräisch ist von der 4. Klasse an Pflichtfach.

Die Zahl der Moscheen hat sich verdoppelt

Beträchtlich zugenommen hat die orthodox-islamische Beeinflussung der Bevölkerung, stellen die Israelis etwas beunruhigt fest. In den zehn Jahren ist die Zahl der Moscheen von 85 auf 192 gewachsen. Das Geld kommt aus Saudi-Arabien und von Gastarbeitern am Golf.

Nach Einschätzung der 120 israelischen Zivilisten, die mit fünftausend Gaza-Arabern in der Verwaltung zusammenarbeiten, hat der Einfluß der Arafat-PLO oder noch radikaleren Gruppen zugunsten der Fundamentalisten abgenommen. Nur noch die ältere Generation wie Raschid Schauwa tritt für einen Anschluß an Jordanien ein. Niemand will nach Ägypten. Aber der Gaza-Streifen gehörte nie zu Jordanien, und viele Gaza-Araber fürchten um ihren Arbeitsplatz in Israel, falls die Grenze wieder geschlossen wird und Gaza zu König Hussein Reich geschlagen werden sollte.

„Die Araber hier haben längst erkannt, daß wir zusammenleben können und müssen“, sagt ein Polizeihauptmann. Aber er weiß auch: „Die halbe Million Araber im Gaza-Streifen brauchen eine eigene Identität. Da Israel sie nicht eingemeinden will, muß man eine Form der Selbstverwaltung finden, die ihnen auch einen arabischen Paß gewährt und nicht nur Identitätskarten.“ Doch die restliche arabische Welt würde einen Gaza-Paß nicht anerkennen. (SAD)



Die Hansestadt: „Chicagos Stärke, Bostons kulturelles Leben und die Wasserfront von New Orleans“

FOTO: DIE WELT

Viel Glanz im armen Hamburg

Staatliche Armut, privater Reichtum – Hamburg ringt zu Beginn des neuen Jahres um seine finanzielle Existenz als selbständiges Bundesland. Doch zugleich wird in der Hansestadt Geld verdient wie nur in wenigen Regionen der Europäischen Gemeinschaft.

Von UWE BAHNSEN

Direktor Gert Prantner, 45, Chef des weltweit berühmten Luxushotels „Vier Jahreszeiten“ an der Hamburger Binnenalster, war es leid, andauernd Kaufangebote internationaler Konzerne beantworten zu müssen, und besann sich auf das probate Mittel einer Zeitungsanzeige. In der „International Herald Tribune“ ließ er etwaige Interessenten per Annonce wissen: „We are happy and proud to continue the Harlin family tradition of the past four generations. THE HOTEL VIER JAHRESZEITEN HAMBURG is NOT FOR SALE.“

Offerten für den Erwerb der beiden traditionsreichen Nobel-Herbergen Hamburgs – die andere ist das gleichfalls international renommierte und von den bundesdeutschen Top-Managern bevorzugte Atlantic Hotel an der Außenalster – gab es bislang mit schöner Regelmäßigkeit: Verborgenen vor den Leistungen beider Häuser, ihren zahlungskraftigen Gästen, aber gewiß auch der Stadt, die sie zu ihren internationalen Attraktionen zählt. Es sind sozusagen Liebeserklärungen mit ökonomischem Hintergrund.

Die Hamburger nehmen sie teils geschmeichelt, teils erstaunt zur Kenntnis. Einerseits hat zwar ihr traditionelles Selbstbewußtsein durch allerlei Skandale der letzten Jahre gelitten, aber intakt geblieben ist es gleichwohl, und sie halten die Dame „Harmonia“ für eine der schönsten der Welt.

Andererseits reagieren die Hanseaten etwas verblüfft auf auswärtiges Lob und Beweise internationaler Wertschätzung, weil sie selbst an ihrer Stadt zwar hängen, aber das mit ausgeprägter Neigung zu Kritik und nicht selten Nörgelsucht. Die Beobachter von auswärts angesichts der Eindrücke, die sie selbst gewonnen, unbegrifflich finden.

Im britischen „Guardian“ etwa notierte Autor John Ardagh über die Elbmétropole: „Wiederholt erinnerte sie mich an London – ein reicheres,

saubereres, ordentlicheres London.“ Aus der Feder eines Engländers ist das ein kaum noch steigerungsfähiges Kompliment. Die Alster, so schwärmte Ardagh weiter, sei „der glitzernde Lebensbrennpunkt dieser wohlhabenden Wasserstadt“. Und dann bekannte der Gast von der Insel, er sei „geblendet“ gewesen – „von den fünf großen neuen Einkaufszentren im Herzen der Stadt. Hanseviertel und Galleria sind unumwunden schön mit ihrem Kuppeldach aus Glas und Stahl“.

Die „New York Times“ fand gar, die Hansestadt habe „in Amerika kein Gegenstück“ – „wenn Sie ein Bild von ihr gewinnen wollen, dann müssen Sie sich vorstellen, daß sich Chicagos Stärke mit Bostons kulturellem Leben mischt und daß alles von der Wasserfront von New Orleans geschmückt wird“. Alles in allem sei Hamburg „eine Stadt mit starker Ausstrahlung“.

Das empfinden, wie Hamburgs Stadtväter mittlerweile aus methodischen Image-Untersuchungen wissen, viele der rund 2,6 Millionen Gäste, die jährlich nach Hamburg kommen, genauso.

Rund ein Drittel sind Ausländer. Diejenigen, die die Hansestadt noch nicht kennen, sind in der Regel überrascht darüber, statt der erwarteten Ansammlung von Hafankränen und Kohlenbergen, über die feuchte Nebelschwaden ziehen, eine blühende, blitzsaubere Altstadt mit eleganten Restaurants und Geschäften, vielfältigen künstlerischen Attraktionen – vom Staatsopernballett John Neumeiers bis zum Theaterschiff von Eberhard Möbius – und einem Gesamtangebot für die Touristen vorzufinden, das längst nicht mehr durch den kommerzialisierten Sex von St. Pauli beherrscht wird.

Privater Reichtum präsentiert sich in der Stadt wie eh und je; auch das hat Tradition. 1861 erkannte ein Hamburg-Besucher namens Robert Geissler in einem „Führer durch die Stadt und ihre Umgebungen“ zutreffend: „In den ersten Häusern, wo der Reichtum ganz große Dimensionen annimmt, blüht denn auch von Zeit zu Zeit ein unerhörter Glanz in irgend einer Festlichkeit hervor. So weiß man von Gesellschaften, Privatmaskenbällen u. dergl. zu erzählen, wo an einem Abende mehr darauf geht, als manch regierender Fürst das ganze Jahr zu verzehren hat.“

Daran hat sich nichts geändert, wie die Hamburger soeben ihren Zeitun-

gen entnehmen konnten: Der Industrielle Kurt A. Körber, neben der Vereins- und Westbank einer der besonders spendablen Mäzene für das Kulturleben in der Stadt, hat für vier Septembertage des kommenden Jahres kurzerhand die gesamte Staatsoper gemietet, um mit seinen Mitarbeitern und Gästen das vierzigjährige Jubiläum der von ihm aufgebauten Haini-Werke zu feiern: Vier Tage Opernball. Körber macht's möglich, Körber zahlt alles.

Das mag ein besonders spektakuläres Exempel für das große Geld in der Stadt sein, doch es findet seine Bestätigung in vielfacher Weise: Die Karten für das Gala-Konzert, das Plácido Domingo am 11. Januar in der Staatsoper gibt – der teuerste Platz für 450 Mark – waren so schnell vergriffen wie in jedem Jahr die schon schwarz gehandelten Karten für die rauschenden Bälle, deren feinsten und demzufolge attraktivsten nicht mal der Presseball, sondern der „Ball über den Wolken“ der Luftverkehrsgesellschaften im „Atlantic“ ist.

Die Preise sind gepfeffert – und werden bezahlt: ob für die Kreationen der Modeschöpferin Jill Sander oder der gesuchten Haarkünstlerin im Salon Marlies Möller, bei den feinen Juwelieren am Jungfernstieg und Ballindamm, im Landhaus Scherrer an der Elbchaussee oder in den vornehmen Golfclubs der Society.

Die Fabrikanten von Luxuslimousinen, besonders auch einer englischen Nobelmarke, haben in Ham-

burg einen überdurchschnittlichen Absatz. Privater Reichtum in der Stadt, eine Finanzkraft, die nach der Statistik in der Bundesrepublik nur noch von Baden-Württemberg erreicht wird, zugleich aber drückende Probleme, die sogar die Existenz Hamburgs als selbständiges Bundesland in Frage stellen, weil die Stadt ihre Aufgaben als Großkommune und Bundesland nicht mehr bezahlen kann – das ist der ambivalente Zustand der Elbmétropole.

Sie wird gekennzeichnet durch eine überdurchschnittlich hohe Arbeitslosenquote von 12,4 Prozent, eine Gesamtschuldenlast von 19,6 Milliarden Mark und einen Schulden dienst, der jährlich um mehr als 100 Millionen Mark steigt, und das mit zunehmender Tendenz.

Als die regierende SPD sich vor kurzem in Klausur begab, um in einem Haushalt von 12,5 Milliarden Mark für 1986 noch etwas sozialdemokratische Handschrift unterzubringen, standen den Genossen dafür ganze vier Millionen Mark zur Verfügung. Bürgermeister Klaus von Dohnanyi möchte für diesen Zustand der Staatsfinanzen vor allem den Länderfinanzausgleich verantwortlich machen, redet aber um den Ernst der Lage nicht herum.

Der Bürgermeister: „Auch wenn der Finanzausgleich korrigiert wird, werden wir auf Jahre unendlich sparsam sein müssen.“ Und: „Es geht wirklich um das Schicksal unserer Stadt.“



1982 wurde Rafah geteilt. Viele Araber wollen aus Ägypten zurück in den Gaza-Streifen

CLASSIFIEDS

We are happy and proud to continue the Harlin family tradition of the past four generations.

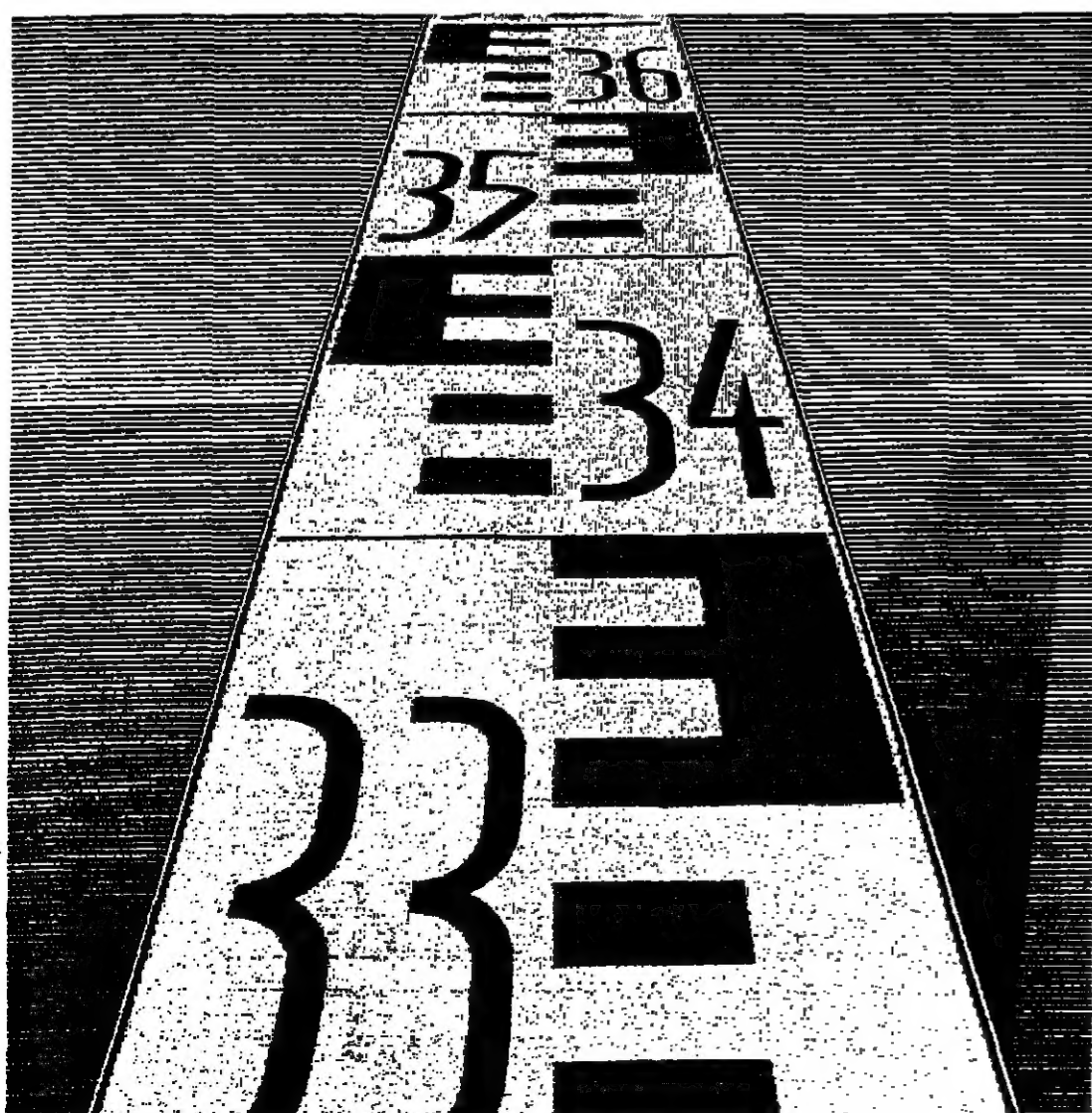
THE HOTEL VIER JAHRESZEITEN, HAMBURG

is

NOT FOR SALE

Gert Prantner, Managing Director.

Aus der „International Herald Tribune“ vom 2. Dezember 1985



Messen Sie grundbesitz-invest an seiner Wertsteigerung. Wiederanlage vergrößert die Substanz.

grundbesitz-invest, der Immobilienfonds der Deutschen Bank und Wüstenrot, ist mit einem Fondsvermögen von über 1,8 Milliarden DM einer der größten deutschen offenen Immobilienfonds. Er bietet gute Voraussetzungen für hohe Ausschüttungen bei stetigem Wertzuwachs. Im Geschäftsjahr 1984/85 erzielte grundbesitz-invest mit 4,54 DM je Anteil

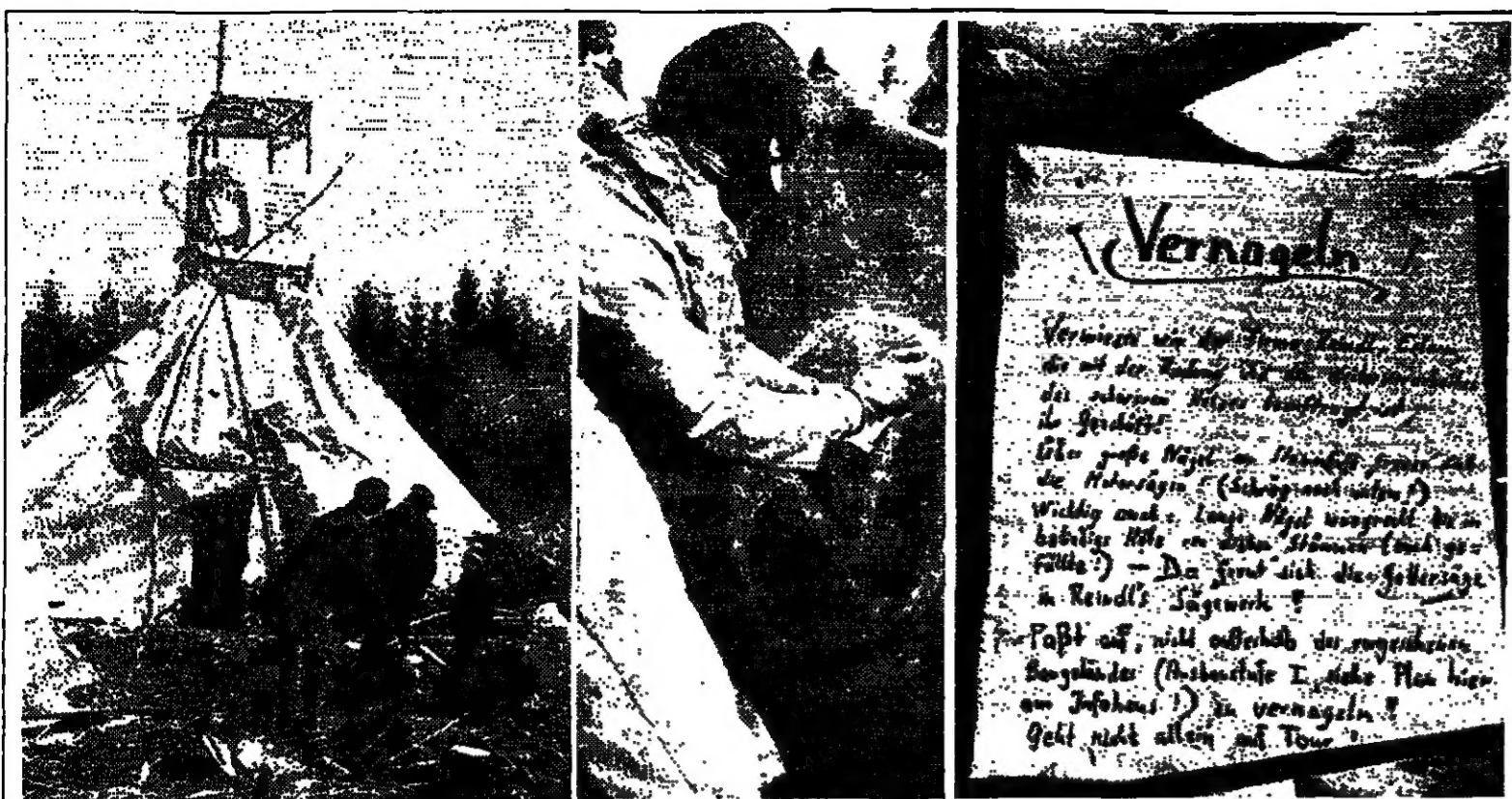
eine Wertsteigerung von 6,8%. Hiervon werden 3,40 DM auf Ertragsschein Nr. 15 ausgeschüttet.

Bei der Wiederanlage Ihrer Ausschüttung in der Zeit vom 2.1.1986 bis zum 31.3.1986 erhalten Sie einen attraktiven Rabatt von 3%.

Fragen Sie die Deutsche Bank.

Deutsche Bank





Ulrike Meinhof als Kultfigur in Wackersdorf. Ein Autonome „malt“ eine Hütten-Flagge. Aushang am Info-Stand

FOTOS: D. AHLERS

Ein Abenteuerspielplatz für Alternative

Von DETLEV AHLERS

Am Morgen nach der eiskalten Nacht kriechen die Platzbesetzer im Taxildorfer Forst steifgladig aus den Holzställen, in der Mäul, Volkorabrot, Joghurt und Kaffee ausgeschenkt werden. Um zwölf Uhr am letzten Tag des Jahres trifft sich die Barrikadenbau-Truppe am Info-Stand, um diese Zeit sind bereits viele emsig am Werk: Sie fällen Bäume, begrüßen Neuankömmlinge, die mit Äxten im Gürtel und Rucksack die Hütten ihrer Freunde suchen, und führen Neugierige aus der Umgegend herum.

Am Bahndamm der Strecke Schwandorf-Cham, etwa 50 Meter von den Hütten entfernt, versuchen derweil ein Dutzend Autonome, die Besatzung eines Polizeiwagens auf der anderen Seite des Gleises mit Silvesterknallern zu provozieren. In einem schleppen sie Schottersteine in ihre Hütte – Munition für die erwartete Räumung.

Das Hüttendorf, „Wackerland“ auf dem Gelände, das für die atomare Wiederaufbereitungsanlage gerodet werden soll, ist ein Abenteuerspielplatz für Aussteiger und Alternative.

ein Indianerspiel mit klaren Freund-Feind-Bildern: Die etwa 200 Leute, die dort übermachten, sehen sich als friedliche Retter der Umwelt und des Waldes; die CSU-Politiker und die Polizei hingegen sind „Terroristen“ und „Mörder“, die die Menschheit mindestens in Wackersdorf auslöschen werden, weil sie eine „Atomkraftfabrik“ bauen wollen.

Die meisten Platzbesetzer sind jünger als 30 Jahre, viele Studenten unter ihnen, aber auch solche, die sich für ihre Abreise damit rechtfertigen, sie müssten am 2. Januar wieder frühmorgens arbeiten. Die Namen der Häuser weisen die Bewohner als aus Nürnberg, Hannover, München, Hamburg, Frankfurt und Freiburg kommend aus. Der Name „Freie Republik Wackerland“ stellt die Verbindung zur „Freien Republik Wendland“ her, dem Hüttendorf, das monatelang die Probebohrungen in Gorielen verhinderte. Die etwa 50 Holzställe sind geschickt und stabil gezmimt, mit Planen abgedeckt und mit Tannenzweigen als Kälteschutz verkleidet.

Den meisten Platzbesetzer ist es an keiner gewalttätigen Auseinan-

dersetzung mit der Polizei gelegen; das sagen sie und das zeigen die Erfahrungen vergleichbarer Aktionen. Viele tragen Anstecker von Friedensgruppen; ihnen ist es wichtig, daß ein Pastor das große Holzkreuz vor den Hütten gesegnet hat, sie sind getragen von dem Sendungsbeußsein, ein Unheil von der Menschheit abzuwenden.

Der Einfluß der Partei der Grünen ist nicht nur in den Sprecherräten erkennbar – vielmehr handelt es sich bei diesem Hüttendorf um eine Aktion der „sozialen Verteidigung“, die die Grünen in ihren Programmen immer dann für gerechtfertigt halten, wenn Bürger, die eine Gefahr erkennen, nur mit „formal“ gesetzeswidrigen Aktionen die „Herrscher“ aufhalten können.

Die meisten also sind eingeschlossen auf passiven Widerstand. Im Falle der Räumung, die vor der Wiederaufnahme der Rodungsarbeiten am 7. Januar erwartet wird, werden sie sich wegzugewinnen lassen; was sicher auch dem Bedürfnis einiger, sich als Märtyrer zu fühlen, entgegenkommt. Die Räumung wird durch Barrikaden und Stöpselgräben erschwert. Einige Mutige haben sich in schwin-

delnder Höhe Baumhäuser gezmimt. Aber es gibt einen harten Kern von 20 bis 30 „Autonomen“ im Hüttendorf, die sich wie eine Soldateska aufstellen. Sie sind in Wackersdorf, weil sie kämpfen wollen. Sie tragen ihre Gesichtsmasken wie Uniformen. Sie maßen sich das Recht an, ihnen ausgetreten Fremden Befehle zu erteilen (für das eigentlich Komische dieser Kontrollen im widerrechtlichen Hüttendorf haben sie kein Gefühl). Sie auch waren es, die mit Feuerwerkskörpern auf Polizeibeschauer geschossen haben. Im Falle von gewalttätigen Auseinandersetzungen gilt ihnen – und keineswegs der Polizei – die Sympathie der übrigen Besetzer.

Am Silvesterabend, den die Platzbesetzer mit einem ökumenischen Gottesdienst, Musik und Bier feierten, erklärte Hubert Weinzierl vom Bund Naturschutz das neue Jahr zum Anti-Atomkraft-Jahr. Die Platzbesetzer kündigten „neue Aktionen des Widerstandes“ an. Es mag sich als Fehler der Polizei erweisen, das Hüttendorf während der Feiertage zu dulden. Denn ein solches Dorf erzeugt einen Solidarisierungseffekt in der alternativen Szene.

Bonn sprang in die Bresche

Berliner Koalitionszwist beendet / FDP-Mann neuer Chef des Bundeshauses an der Spree

HANS-R. KARUTZ, Berlin
Wenn Berlins bürgerliches Bündnis von CDU und FDP nicht zu Rande kommt, muß die Bundesregierung in die Bresche springen: Das bewährte Rezept half am Ende der diesjährigen Bonner Beratungen abermals einen „schweren Fehler“ (FDP-Chef Walter Rasch) der Berliner Koalitionsverhandlungen nach der erfolgreichen März-Wahl.

Mit dem Segen der FDP-Spitzen und Gerhard Stoltenbergs, aber gegen den Willen von Bundesminister Heinrich Windelen und des Berlin-Bevollmächtigten Peter Lorenz (CDU), rückt jetzt ein Liberaler auf eine Führungsposition im Berliner Bundeshaus. Die FDP zwängt damit wieder einen Fuß in die Tür zur Deutschlandpolitik.

Der Sieger nach monatelangen Tuscheln hinter den Kulissen heißt Hermann Schmidt: Der 45jährige Volljurist, Ex-Beamter im Bundesministerium und Stellvertreter von Berlin Doppel-Senator Professor Rupert Scholz (Bundesangelegenheiten/Justiz) rückte heute in die Spitzenposition eines Ministerialdirektors ins Berliner Bundeshaus ein. Er übernimmt dort unter anderem die Berlin-Dependenz des innerdeutschen Ministeriums. Der bisherige Senatsdirektor (Staatssekretär) bei

Scholz fällt gleich zwei Besoldungsstufen (von B 7 nach B 9 = rund 150 000 Mark Jahresgehalt) „die Treppe hinauf“.

Die Entscheidung fiel zu nächtlicher Stunde, als der Haushaltsausschuß des Bundestages letztmals über seinen Papieren saß. Die CDU/CSU/FDP-Gruppe schob, wie bei derlei Gelegenheiten stets üblich, ein sogenanntes „non paper“ mit Personalwünschen über den Tisch, das auch den Punkt Schmidt betraf. Als auf SPD-Seite daraufhin das Wort vom „schwarz-gelben Filz“ fiel, nickten einige CDU-Kollegen stumm, aber verständnisvoll.

Die Vorgeschichte dieses Vorgangs setzte ein, als die FDP nach den für sie so überaus erfolgreichen Berliner Wahlen vom 10. März vorzeitig auf den seit 22 Jahren von ihr reklamierten Posten des Bundesminister-Stellvertreters in Bonn verzichtete. Das Manö, nun als FDP nicht mehr das Ohr auf die Bonner Schiene legen zu können, erkannte man erst später: Nun suchte man nach einem Ausweg, Schmidt zumutbar weiterzuverwenden. Zumal seine Ehefrau, Erika Schmidt-Petry, in der innerparteilichen Berliner FDP-Arithmetik als Vize-Fraktionschefin eine wichtige Rolle spielt. Schmidt lehnte vergleichbare Senatsdirektoren-Angebote in ande-

ren Ressorts ab und beharrte, weiter auf seinem deutschlandpolitischen Feld zu ackern.

Berlins FDP-Kämpfer in Bonn, Hans-Günter Hoppe, nahm sich der delikaten Angelegenheit an. Zwar zeigten weder Heinrich Windelen mit seinem loyalen, in Bonn nun nicht angemessen einsetzbaren Berliner Bürochef Horst Winkelmann (SPD) durchaus zufrieden – noch Peter Lorenz Interesse an Schmidt, doch die Bonner Koalitionsspitzen leisteten Hilfestellung für die Bewahrung des Berliner Koalitionsfriedens.

Für Schmidt ließ man die B 9-Stelle wiederaufleben, die bis zum Sommer 1980 Hermann Kreutzer (SPD) innehatte. Er war seinerzeit von seinem Parteifreund, Minister Egon Franke, wegen unliebsamer Äußerungen über kommunistische Unterwerfungstendenzen bei der SPD vorzeitig in den Ruhestand geschickt worden.

Jetzt entdeckten Union und FDP als „Argumentationshilfe“ diese fünf-einhalb Jahre lang verwaiste Stelle. Eschatologisch versah man außerdem eine B 9-Stelle im Bundespreseamt mit einem sogenannten „Kv“-Vermerk („kann wegfallen“), und alle scheinen es nun zufrieden zu sein.

Bis auf den Steuerzahler, möglicherweise.

Wolfgang Heissner starb in Berlin

DW, Berlin

Im Alter von nur 54 Jahren ist der stellvertretende Chefredakteur der „Berliner Morgenpost“ Wolfgang Heissner plötzlich verstorben. Heissner, gebürtiger Berliner, war in den sechziger Jahren Mitarbeiter der Berliner WELT-Redaktion und volontierte bei der „WELT am SONNTAG“. Dort wurde er auch Redakteur und später Chef vom Dienst. Von Hamburg zog es ihn jedoch wieder in seine Heimatstadt zurück. Er war zunächst Lokalchef der „Berliner Morgenpost“ bis im Verleger Axel Springer zum stellvertretenden Chefredakteur, verantwortlich für die Sonntags-Beläge „Berliner Illustrierte“, berief.

„Wenn es einen goldenen Bären für Berlin-Treue gäbe, er hätte ihm längst verliehen werden müssen“, heißt es in dem Nachruf der „Berliner Morgenpost“ für den hervorragenden Journalisten, und geschätzten Kollegen.

In der ÖTV von Krise „keine Rede“

rtr, Köln

Von Krise und gesunkenem Ansehen der Gewerkschaften in der Bevölkerung kann nach Meinung der Vorsitzenden der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV), Monika Wulf-Mathies, „keine Rede“ sein. Viele Bürger hielten die Gewerkschaften für notwendig und brachten ihnen gewisse Sympathien entgegen, sagte Frau Wulf-Mathies unter Berufung auf Umfrageergebnisse im WDR. Der Rückgang in der Mitgliederentwicklung sei in den meisten Gewerkschaften überwunden. Bei der ÖTV sei die Entwicklung in jüngster Zeit „außerordentlich positiv“ verlaufen, sagte die Vorsitzende weiter.

Frau Wulf-Mathies gab jedoch zu, daß die Gewerkschaften Schwierigkeiten in der Diskussion um die Senkung der Arbeitslosigkeit, die Bewältigung neuer Techniken und den Umweltschutz hätten.

„Auch 1986 kein Medienvertrag“

dpa, Mainz/München

Der rheinland-pfälzische Ministerpräsident und Vorsitzende der Rundfunkkommission der Ministerpräsidenten der Länder, Bernhard Vogel (CDU), glaubt nicht, daß im neuen Jahr ein Medienstaatsvertrag zustande kommt. In einem von Sat 1 vorab übermittelten und gestern ausgestrahlten Interview erklärte Vogel, es sei nicht realistisch, mit einem Staatsvertrag zu rechnen.

Aber gerade deshalb müßten sich die Bundesländer, die private Anbieter im Bereich der neuen Medien wollten, so absprechen, daß die Privaten in manchen Ländern keine Stolpersteine im Wege liegen hätten. Außerdem müßte man auch die Frage der Werbung und der Einspeisung einheitlich regeln. Für die Privaten müßten die gleichen Startbedingungen geschaffen werden wie die öffentlich-rechtlichen Anstalten hätten.

GRUNDWERT FOND

von Grund auf wertvoll

Ab 2.1.1986 wird auf Ertragsschein Nr. 13 die Ausschüttung für das Geschäftsjahr 1.10.1984 – 30.9.1985 ausgezahlt.

Ausschüttung:
6,50 DM pro Anteil

Im Rahmen von Anlagekonten mit automatischer Wiederaufanlage werden in Höhe der Ausschüttung zusätzliche Anteile zum Anteilwert gekauft.
Einige Informationen über das abgelaufene Geschäftsjahr per 30.9.1985:
Mittelzufluß: 284,8 Mio DM
Fondsvermögen: 1.973,4 Mio DM
Anlagegeschwerpunkte: Büro- und Geschäftsgebäude, Warenhäuser und Einkaufszentren mit bekannten Mietern

DEGI Deutsche Gesellschaft für Immobilienfonds mbH, Marienstraße 17, Postfach 10 07 41, 6000 Frankfurt/Main 1

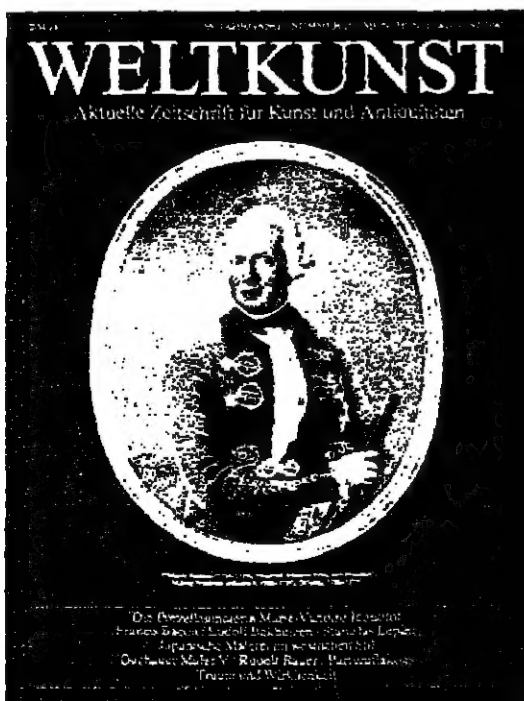
wie Kaufhof, Quelle, Woolworth, Mövenpick, Siemens, MAN, Henschel, Lufthansa, Familienministerium.
Gesamter Anlageerfolg (bei Wiederaufanlage der jährlichen Ausschüttungen), erzielt in stetiger Aufwärtsentwicklung:
– 1 Jahr: 7,0%
– 5 Jahre: 46,0%
– 10 Jahre: 103,4%
Hinter dem GRUNDWERT-FOND stehen die Dresdner Bank, HYPO-BANK und Leonberger Bausparkasse. Dort – aber auch über alle anderen Kreditinstitute – können die Anteile gekauft und wieder verkauft werden.
Gern senden wir Ihnen kostenlos und unverbindlich Informationsmaterial.

Geboten wird
serielle Schiffsabfertigung an ausländischer Reederei, die mit erfahrenem Management in europ. Fahrt tätig ist. Spätere tätige Partnerschaft wird angestrebt.
Zuschr. erb. u. P 3 49 85 an WELT-Verlag, Postfach, 3000 Hamburg 36.

Jurist
übernimmt für Sie Vertragsverhandlungen im In- und Ausland sowie Ausarbeitung von Verträgen.
Zuschr. erb. u. K 49 49 an WELT-Verlag, Postf. 10 06 64, 4300 Essen.

Telefonische Anzeigenannahme
Essen-Kettwig
(0 20 54) 1 01-5 24

tennis magazin
Davis Cup-Special:
16 Seiten Farb-report über das Super-Finale von München. Alles im neuen tennis magazin.



WELTKUNST

Aktuelle Zeitschrift für Kunst und Antiquitäten

Zweimal monatlich liefert Ihnen die WELTKUNST Berichte von anerkannten Experten auf dem Gebiet der bildenden Kunst und des Kunsthandwerks, informiert Sie umfassend über bedeutende Ausstellungen, Auktionen, Kunstmessen und den Kunsthandel des In- und Auslandes.
In jeder Ausgabe finden Sie den aktuellen Auktions-, Ausstellungs- und Messkalender.

Ein Probeheft zum Kennenlernenpreis von DM 7,- erhalten Sie durch
WELTKUNST Verlag, Nymphenburger Straße 84, 8000 München 19, Telefon 0 89/13 1091

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

kündigt an

Dienstag, 7. Januar 1986

60 Jahre Deutsche Lufthansa

Am 6. April 1926 nahm die Lufthansa auf acht innerdeutschen Strecken ihren Linienverkehr auf. Der Kranich als Wappentier prangte an 162 Flugzeugen 18 verschiedener Flugzeugtypen. Und am 1. Mai des selben Jahres startete in Berlin-Tempelhof eine Junkers G 24 nach Königsberg zu einer Weltpremiere: Der ersten regelmäßigen Nachtflugstrecke. Die Weiterentwicklung des Linienflugverkehrs ließ den Erdball kleiner werden, Kontinente wuchsen zusammen, Völker rückten einander näher.

In ihren Beiträgen zum WELT-Report „60 JAHRE DEUTSCHE LUFTHANSA“ äußern sich Bundesverkehrsminister Werner Dollinger und der Vorstandsvorsitzende der Lufthansa Heinz Ruhnau zur internationalen Luftverkehrspolitik und der führenden Position der Lufthansa im Weltluftverkehr.

Weitere Themen: Sicherheit im Flugverkehr, Management des weltweiten Streckennetzes, Partner Bundesbahn und Lufthansa, die Bedeutung der Standorte Frankfurt, Köln und Hamburg.

Kaufen Sie sich DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Moskau soll Rotes Kreuz nach Afghanistan lassen

Europa-Parlament fordert mehr Hilfe / WELT-Gespräch

JÜRGEN LIMINSKI, Bonn
Der Berichterstatter des Europäischen Parlaments über die Lage in Afghanistan, Hans-Gert Pöttering, plädiert dafür, daß die westeuropäischen Staaten ihre humanitäre Hilfe für die afghanischen Flüchtlinge, angesichts der dramatischen Verhältnisse erheblich verstärken. Bonn könne aus „ausgesonderten Beständen der Bundeswehr Kleidung, Schuhe, Wäsche an die drei Millionen Flüchtlinge“ senden und die Europäische Gemeinschaft könnte „ihre vollen Lager an Weizen, Butteröl, Zucker und Milchpulver für die Flüchtlinge öffnen, statt Überschüsse zu Billigpreisen an die Sowjetunion zu liefern“.

Pöttering hielt sich im Dezember in den Flüchtlingslagern an der pakistanisch-afghanischen Grenze auf. Dort traf er auch mit einflussreichen Führern des afghanischen Widerstands zusammen. In Islamabad wurde er von Pakistans Präsident Ziaul Haq empfangen. Nach seiner Rückkehr setzte er im Europa-Parlament einen Dringlichkeitsantrag durch, in dem die Sowjetunion aufgefordert wird, „unverzüglich und ohne Bedingungen dem internationalen Roten Kreuz die Behandlung verwundeter Personen auf afghanischem Boden zu gestatten, wie es auch in Kambodscha und im Iran-Irak-Konflikt selbstverständlich ist“. Pöttering in einem Gespräch mit der WELT: „Gorbatschow liebt in Genf, aber er verbietet die medizinische Behandlung von Verwundeten in Afghanistan.“

Starke Motivation

Im März wird Pöttering dem Europa-Parlament in Straßburg einen umfangreichen Bericht vorlegen. Die Sowjets kämpfen nun schon länger gegen Afghanistan als gegen Hitler-Deutschland. Ihr Krieg sei völkerrechtswidrig. Die Europäer sollten unter anderem daraus die Lehre ziehen, daß die Sowjetunion regelmäßig unbestimmte Beistandsklauseln in Freundschaftsverträge einbezieht, um eine vertragliche Legitimation für militärische Interventionen in anderen Staaten zu schaffen. Sie handelte nach dem Motto: Einmarsch nur nach Vertrag.

Nach Meinung des CDU-Politikers „können die Sowjets den Krieg nicht gewinnen. Die religiöse Motivation

der Freiheitskämpfer ist so stark, daß sie sich, wie sie sagen, mit bloßen Händen gegen die Invasoren wehren würden, wenn die Waffenquellen versiegen“. Pöttering führt Beispiele an. Der Taxifahrer aus München, der, hervorragendes Deutsch sprechend, nach Afghanistan zurückkehrte, „um im Widerstand zu helfen“; der Polizeioffizier, ausgebildet in der Bundesrepublik, mit sehr guten Aussichten für eine Karriere in Kabul, er ist jetzt Anführer einer Guerrilla-Truppe; der Generalkonsul in Karatschi, er führt jetzt auch eine Gruppe von Freiheitskämpfern an oder auch der General, der in Indien als Militärattaché tätig war und jetzt in den Bergen Afghanistans kämpft.

Auch militärisch helfen

Die Sowjets setzen seit 1984 verstärkt Spezialeinheiten (Speznaz), die dem militärischen Geheimdienst GRU unterstehen, ein und zwar vor allem in den Grenzprovinzen zu Iran und Pakistan, um die Nachschublinien der Freiheitskämpfer zu kappen. Diese bekämen Waffen aus China, finanziert von islamischen Ländern.

Ähnlich wie das Bonner Friedensforum tritt Pöttering dafür ein, die Mudschahedin auch „international als wahre Vertreter des afghanischen Volkes anzuerkennen und diplomatische und wirtschaftliche Unterstützung nur noch ihnen, beziehungsweise den Flüchtlingen in Pakistan zu kommen zu lassen“. Europa könne militärisch nicht viel bewirken, habe aber eine große moralische, medizinische und humanitäre Aufgabe zu erfüllen. Der Westen sollte militärisch den Freiheitskämpfern Unterstützung geben, indem er Verteidigungswaffen wie Minensuch- und -räumgeräte, Minensprenger, Panzerabwehr- und Flugabwehrsysteme zur Verfügung stelle.

Einen ersten Erfolg seiner Bemühungen kann der Afghanistan-Berichterstatter des Europäischen Parlaments und Vorsitzende des Untersuchungsausschusses für Sicherheit und Abrüstung schon vorweisen. Die Kommission habe bereits zugesagt, in diesem Jahr zusätzlich Getreide, Butteröl und Zucker bereit zu stellen, nachdem die EG-Nahrungsmittelhilfe für diese „größte Flüchtlingsmasse der Welt“ in den letzten Jahren ständig zurückgegangen war.

Kanada will in seinen arktischen Gewässern jetzt auch souverän sein

A. v. KRUSENSTIERN, New York

Nach jahrelanger Vernachlässigung der Verteidigung im hohen Norden will Kanada in der Arktis jetzt mächtig aufrüsten. Das Kabinett des konservativen Premierministers Brian Mulroney berät gegenwärtig über ein vom Außen- und Verteidigungsministerium ausgearbeitetes Memorandum, in dem eine massive Verstärkung der kanadischen militärischen Präsenz in der Arktis dringend empfohlen wird. Unter anderem wird in dem Memorandum der Bau von vier stromgetriebenen Unterseebooten gefordert, die dazu in der Lage wären, praktisch unbegrenzt lange unter dem Eis zu operieren.

Gegenwärtig ist Kanada wegen seiner militärischen Schwäche nicht dazu in der Lage, seine Souveränität im eigenen Territorium in der Arktis auszuüben. Dem Kabinett liegen Berichte vor, wonach sowjetische U-Boote seit geraumer Zeit regelmäßig westlich von Grönland durch kanadische Hoheitsgewässer in der Baffin Bay und von dort in den Nordatlantik eindringen. Sie können auf diese Weise die von den Seestreitkräften anderer NATO-Staaten sorgfältig über-

wachten Gewässer zwischen Grönland und Schottland vermeiden.

Die kanadische militärische Präsenz in der Arktis beschränkt sich gegenwärtig auf gelegentliche Aufklärungsflüge. Solche Flüge werden etwa alle drei Wochen unternommen. Die vor Jahrzehnten gebauten 23 Zerstörer und drei Diesel-U-Boote der kanadischen Kriegsmarine sind nicht dazu in der Lage, in arktischen Gewässern zu patrouillieren.

Um eine ständige Überwachung des arktischen Territoriums zu ermöglichen, schlägt das Memorandum unter anderem die Konstruktion eines technisch aufwendigen kanadischen Aufklärungssatelliten vor. Seine Kosten werden auf 350 Millionen kanadische Dollar (über 700 Millionen Mark) geschätzt, und er könnte frühestens 1991 gestartet werden. Außerdem ist vorgesehen, die Meeresgrenzen zwischen den Inseln des Königin-Elisabeth-Archipels sowie den Lancaster-Sund mit Sensoren zum Aufspüren von U-Booten zu versehen.

Schließlich befürwortet das Memorandum den seit Jahren erörterten Plan, mit einem Aufwand von 450

Millionen kanadischen Dollar (über 900 Millionen Mark) einen schweren Eisbrecher zu bauen, der dazu in der Lage wäre, Eisdecken bis zu einer Dicke von zwölf Metern zu durchbrechen und damit auch im Winter in der Arktis zu operieren.

Was für ein heikles Thema die Ausübung der Souveränität in den arktischen Territorien Kanadas ist, erwies sich im vergangenen August, als die USA den Eisbrecher „Polar Sea“ durch die Nordwestpassage schickten. In Kanada erhob sich ein Sturm der Entrüstung, weil Kanada von der amerikanischen Regierung weder um Erlaubnis gebeten noch informiert worden war. Gleichzeitig war den Kanadiern aber klar, daß es sich dabei um eine bloße Formsache handelte, denn Kanada ist gegenwärtig so schwach, daß es – von einem Bombenangriff durch Flugzeuge abgesehen – keine Möglichkeit hat, einen Schiff die Durchfahrt durch die Passage zu verweigern.

Um diesen peinlichen Zustand zu beenden, verlangt das Kabinetts-Memorandum eine „ganzjährige militärische Präsenz in den nördlichen Gewässern“.

(SAD)

Pause in Chinas Reformpolitik

dpa, Peking

China will 1986 eine Atempause in seiner wirtschaftlichen und sozialen Reformpolitik einlegen. Sie soll genutzt werden, um das Erreichte gegen Fehlentwicklungen wie Korruption und Inflation abzusichern. Das kündigte die parteiamtliche „Volkszeitung“ an, deren Kommentare die Meinung der chinesischen Führungsspitze widerspiegeln.

„Was wir brauchen, sind Taten und nicht leeres Gerede“, heißt es in dem Neujahrskomitee-Artikel. Er gibt zu, daß auch unter führenden Funktionären noch immer Widerstände gegen die pragmatische Modernisierungspolitik bestehen. Kritisiert werden dabei vor allem diejenigen, „die die Reform nur Lippenbekenntnisse entgegenbringen“. Wie das Blatt ankündigt, sind im Interesse der Konsolidierung neue Reformschritte in Richtung auf eine mehr marktorientierte Wirtschaft erst 1987, dem zweiten Jahr des siebten Fünfjahresplans (1986-1990), zu erwarten.

Anschlag auf Synagoge vereitelt

rrt, Paris

Die französische Polizei hat nach Angaben des Innenministeriums einen Terroranschlag auf die Haupt-Synagoge von Paris vereitelt. Wie das Ministerium bestätigte, wurden am Sonntag drei Männer festgenommen, die am Silvestertag ein Attentat auf die Synagoge verüben wollten. Bei den Festgenommenen handelte es sich um zwei Portugiesen und einen Ägypter, die für eine Prämie von 5500 Francs (1850 Mark) den Anschlag verüben wollten, zu dem ein Libanese in Madrid den Auftrag erteilt habe. Die Polizei fand in ihrem Hotelzimmer Sprengstoff und Zünder zur Herstellung von Sprengsätzen sowie Flugblätter, auf denen eine Gruppe sich „im Kampf der Christen für die Befreiung der Heiligen Stätten“ zum Anschlag bekannt habe.

Auf die Synagoge in der Rue Copernic, die Ziel des Anschlags sein sollte, war im Oktober 1980 bereits ein Bombenanschlag verübt worden, bei dem vier Menschen starben.

Satellitenkonferenz in 100 Städten

Ida, Berlin

Die bisher größte weltweit per Satellit übertragene Konferenz, der internationale Kongress für Gebet und Mission, „Explo 85“, fand in fast 100 Städten und 53 Ländern gleichzeitig statt. Sie fand ihren Abschluß am 1. Januar mit einer gemeinsamen Verpflichtung zur Mission. Die insgesamt 600 000 Teilnehmer, davon rund 4500 im westlichen Teil von Berlin, dem deutschen Veranstaltungsort, erklärten sich bereit, intensiver als bisher bei der Ausbreitung des christlichen Glaubens mitzuwirken.

Zu den Mitwirkenden des Treffens unter dem Motto „Damit die Welt anders wird“ gehörten der amerikanische Baptistenpastor Billy Graham und Alt-Bundespräsident Karl Carstens.

Der größte Einzelkongress mit über 70 000 Teilnehmern tagte in der südkoreanischen Hauptstadt Seoul. In West-Europa beteiligten sich insgesamt 17 000 junge Christen an dem Treffen.

Fragen über Perus Kurs zwischen Ost und West

Annäherung an Kuba und Moskau, Streit mit Washington

WERNER THOMAS, Miami

Perus Präsident zeigte Zufriedenheit. Das interne Echo sei „positiv“ gewesen, versicherte er. „Dies ist eine Regierung, die sich Respekt verschafft.“ Alan Garcia (38), der im Juli die Regierung der südamerikanischen Nation als jüngster demokratischer Staatschef übernahm, erregte zum Jahreswechsel Aufsehen mit der Verstaatlichung der amerikanischen Ölgesellschaft Belco. Es war die erste Maßnahme dieser Art seit den sechziger Jahren.

Garcia versucht, Wogen zu glätten. Dieser Schritt sei gegen keine Regierung gerichtet, betonte er. Er bedeute nicht den Beginn einer Nationalisierungs- und Reformwelle. Der Präsident und seine Minister vermeiden die Formulierung „Verstaatlichung“. Sie sprechen von einer Vertragskündigung. Sie erinnern daran, daß die Regierung mit zwei anderen ausländischen Ölkonzernen neue Verträge aushandeln konnte. Occidental Petroleum Corporation (USA) und Oxi-Bridas (USA, Argentinien). Beide seien konzessionsbereit gewesen.

Obgleich die Reagan-Regierung bisher keine offizielle Stellungnahme veröffentlichte, ist Spannung spürbar. Perus Botschafter Cesar Atala wurde ins State Department zitiert und an die amerikanischen Gesetze erinnert. Das sogenannte Hickenlooper-Gesetz fordert die Einstellung der Auslandshilfe an alle Nationen, die US-Firmen verstaatlichen und keine „schnellen und angemessenen Entschädigungen“ zahlen. Belco wünscht 400 Millionen Dollar, die Regierung hält 185 Millionen für angemessen. Perus Außenminister Allen Wagner Tizon kritisierte ungewöhnlich scharf die State-Department-Warnung: Sie sei „unabhängig und ungerecht“. Sein Land könne notfalls auf die amerikanische Hilfe verzichten. Sie sei „nicht sehr bedeutend“, 30 Millionen Dollar pro Jahr.

Die besonderen Beziehungen Perus zur Sowjetunion datieren dagegen aus der Ära des linken Generals Velasco Alvarado (1968 bis 1975). Damals kaufte Peru sowjetische Waffen, Flugzeuge und Panzer, die bis heute nicht bezahlt sind. Gerade wurde ein Abkommen ausgehandelt, das den Südamerikanern erlaubt, 90 Prozent dieser Schulden, etwa zwei Milliarden Dollar, mit Warenlieferungen abzutragen. Die Sowjets sollen kürzlich auch 42 Kampfflugschrauber des Typs Mi-24 geliefert haben. Dieser Typ wird in Afghanistan eingesetzt. Die Garcia-Regierung gab bisher keine Bestätigung.

Grüße für Castro

Garcias sozialdemokratische Apra-Partei (Revolutionäre Amerikanische Volksallianz) kämpft seit Jahrzehnten gegen „Imperialismus“ und „Ausbeutung“, zwei Feinde, die gewöhnlich in Zusammenhang mit den USA gebracht werden. Auch Garcia bedient sich dieses Vokabulars. Der Präsident zitiert jedoch nicht zum lin-

ken Flügel der Apra. Das Belco-Drama aber fällt ausgerechnet in eine Zeit, in der Peru neue ostpolitische Aktivitäten entfaltet. Armando Villanueva, der – linksgerichtete – Generalsekretär der Apra, besuchte gerade Moskau. Von Madrid aus schickte er eine Neujahrskarte an Fidel Castro. In der kubanischen Hauptstadt Havana befanden sich wiederum der peruanische Ministerpräsident Luis Alva Castro und eine Ministerdelegation. Garcia wollte dieses Ereignis herunterspielen, als er letzte Woche erklärte, Alva Castro unternehme eine „Privatreise“. Eine Privatreise mit Ministern...

Nur Demagogie?

Die Annäherung an Kuba übertrug, weil es anfangs Unstimmigkeiten zwischen Castro und Garcia gegeben hatte. In den letzten Wochen zeichnete sich dagegen eine Klima-verbesserung ab. Peru erklärte sich bereit zur Normalisierung des diplomatischen Verhältnisses. Seit 1980, als 12 000 revolutionäre Kubaner auf dem Gelände der peruanischen Botschaft in Havanna Zuflucht nahmen, sind beide Länder nicht mehr mit Botschaftern in den jeweiligen Hauptstädten vertreten.

Die besonderen Beziehungen Perus zur Sowjetunion datieren dagegen aus der Ära des linken Generals Velasco Alvarado (1968 bis 1975). Damals kaufte Peru sowjetische Waffen, Flugzeuge und Panzer, die bis heute nicht bezahlt sind. Gerade wurde ein Abkommen ausgehandelt, das den Südamerikanern erlaubt, 90 Prozent dieser Schulden, etwa zwei Milliarden Dollar, mit Warenlieferungen abzutragen. Die Sowjets sollen kürzlich auch 42 Kampfflugschrauber des Typs Mi-24 geliefert haben. Dieser Typ wird in Afghanistan eingesetzt. Die Garcia-Regierung gab bisher keine Bestätigung.

Der junge Präsident erfreut sich nach wie vor einer beispiellosen Popularität. 75 Prozent der zwanzig Millionen Peruaner unterstützen seine forsche Amtsführung. Gelegentlich jedoch wird Besorgnis geäußert über eine leichte Ungewißheit und über die Inflation der Rhetorik. Das Wochenmagazin „Oiga“ fühlte sich bereits an die populistischen Zeiten des peronistischen Argentinien erinnert: „Die Demagogie regiert das Land.“



Auf die Zwölfergemeinschaft.

Mit dem Beitritt Spaniens und Portugals vergrößert sich die Europäische Gemeinschaft um 48 Millionen Menschen: Sie ist damit zum größten Markt der westlichen Welt geworden.

Heute beträgt das Handelsvolumen Deutschlands mit Spanien und Portugal 19 Milliarden Mark. Durch Zollabbau und Steuerangleichung wird sich der Warenaustausch mit diesen

Ländern beträchtlich ausweiten. Wenn Sie sich über die Exportchancen Ihres Unternehmens mit Spanien und Portugal informieren wollen, reden Sie mit uns: Wir kennen die Märkte dort

aus erster Hand, wir verfügen über viel Erfahrung im Handel mit der Iberischen Halbinsel und haben ausgezeichnete Kontakte zu Banken in beiden Ländern.

BfG: Ihre Bank

Vor einem Vergleich mit anderen Ländern ist der CSU nicht bange

Von PETER SCHMALZ

Am Jagdschloß von Esting, einem kleinen Weiler wenige Kilometer westlich von München, steht ein Spruch geschrieben, der von bayerischem Selbstbewußtsein strahlt: „Extra Bavaria nulla vita, et si est vita, non est ita“ ist auf einer der getüchelten Außenwände in jener Sprache zu lesen, die Bayerns Ministerpräsident bevorzugt auch im politischen Schlagabtausch einsetzt. Und der Satz, dessen Herkunft nicht exakt zu datieren ist, hat durchaus auch zu tun mit dem politischen Selbstverständnis im weißblauen Freistaat, weshalb nicht verwunderlich ist, daß er eine Seite des bayerischen Magazins zielt, das „Löwe und Raute“ heißt und das derzeit von der CSU als bunter Bilderbogen bayerischer Lebensart in einer Auflage von drei Millionen Exemplaren an alle Haushalte verteilt wird. Und in der klugen Einsicht, daß nicht alle Landeskinder des Lateinischen ähnlich mächtig sind wie der Landesvater, wird klein und in der Ecke die deutsche Übersetzung beigelegt: „Außerhalb Bayerns gibt es kein Leben – und wenn, dann doch nicht dieses.“

Für Bayern war das abgelaufene Jahr ohne Wahlen, für die seit nunmehr 23 Jahren allein regierende CSU aber dennoch gekennzeichnet von einer Fülle beachtlicher Erfolge, die teilweise auch in der Statistik nachzulesen sind. So war das südöstliche Bundesland auch 1985 wieder Spitzenreiter in der staatlichen Investitionsquote und Schlußlicht bei der Pro-Kopf-Verschuldung.

Rau als Wunschkandidat

Es trifft sich für die CSU gut, daß der Kanzlerkandidat der SPD Johannes Rau heißt und als Ministerpräsident für die Politik eines Bundeslandes die Verantwortung trägt, in dem es weit mehr Arbeitslose gibt als in Bayern und in dem die staatlichen Investitionen deutlich geringer sind, dafür aber mehr Zinsen gezahlt werden müssen, weil der Schuldenstand in NRW dreimal höher ist als der bayerische. Daß der Düsseldorf-Finanzminister dann auch noch einen Brief schrieb, in dem er auf die leeren Kassen des Landes hinwies und Schuldenländer wie Mexiko und Polen als warnende Beispiele erwähnte, war Wasser auf Bayerns Propagandamühlen.

„Wir stellen uns in Bayern gerne dem Vergleich mit anderen und messen daran die Leistung unserer Politik“, sagt Gerold Tandler und verkündet damit zugleich den Kern des bayerischen Wahlkampfkonzeptes für die Landtagswahl im Oktober und für die darauffolgende Bundestags-

wahl. Der Vergleich, der mit Sicherheit den Wahlkampf auch optisch auf Plakaten und in Annoncen bestimmen wird, wird zugeschnitten sein auf die Gegenüberstellung der Erfolge des CSU-regierten Strauß-Landes und des sozialdemokratisch gelenkten Rau-Staates. Dem prosperierenden Bayern, das in erster Linie dank einer expandierenden Elektronikindustrie gemeinsam mit Baden-Württemberg zum deutschen Wachstumsmeister wurde, bietet sich ein solches Vergleichskonzept geradezu an.

Somit könnte CSU-General Tandler den beiden Wahlen gelassen entgegengehen. Dennoch bleibt ein bislang unwägbare Risikofaktor: Die Bayern, bislang treuester CSU-Wahlstamm, haben die Ungeschlichkeiten des CSU-Agrarministers



Kiechle bei den Brüsseler Verhandlungen im vergangenen Jahr noch nicht vergessen. Die Sorge der CSU ist jedoch nicht das Abwandern der Landwirte zur SPD oder gar zu Splitterparteien, die fürchten vielmehr, die Bauern und ihre Familien könnten wieder bei der Europawahl der Stimmabgabe fernbleiben und damit das CSU-Ergebnis spürbar drücken.

„Wenn es uns nicht gelingt, diese Wähler zur Urne zu bringen, müssen wir mit einem Ergebnis unter 55 Prozent rechnen“, meint ein CSU-Funktionär. Im Herbst 1982 hatten 58,3 Prozent für die Regierungspartei votiert.

Die SPD war damals mit 31,9 Prozent weit hinter ihren Hoffnungen zurückgeblieben. Sollte ihr bei der Herbstwahl wiederum ein Zugewinn versagt bleiben, der deutlich über zwei Prozent hinausgeht, hätte sie erneut ihr Ziel verfehlt, die Voraussetzungen für einen Regierungswechsel bei einer der nächsten Wahlen zu schaffen. Noch gibt sie sich optimistisch und kämpferisch. Mit dem Landtagsabgeordneten Karl-Heinz Hersemann wird sie von einem schlagfertigen und wortfinken Spitzenkandidaten zur Landtagswahl geführt, doch dem massigen Zweieinhalb-Zentner-Koloß steht die Bewährungsprobe noch bevor.

Ungeduldet ist bisher auch die Wirksamkeit des anderen neuen Spitzenkandidaten, des Münchner Bundestagsabgeordneten Rudolf Schöfberger als bayerischer Landesvorsitzender. Er setzt auf eine deftige Sprache, die allerdings nicht wenige Sympathisanten abstoßen könnte und die bei per-

manenter Wiederholung leicht als pure Feinheit erscheint. Immerhin sieht Schöfberger (einst Hauptverantwortlicher im Niedergang der Münchner SPD) erste positive Anzeichen. „Es gelingt uns offenbar, in der bayerischen SPD Hoffnungen zu entzünden und wieder Mut zu machen“, sagt er. „Wir brauchen nicht mehr die kleinsten Hinterzimmer zu nehmen.“ Im März soll er zum bayerischen Spitzenkandidaten für die Bundestagswahl nominiert werden.

Schafft es die FDP?

In kleiner Runde gibt es allerdings zu zwei schweren Wahlkämpfen zu stehen, da mit einem Frontalangriff auf die Regierungspolitik der CSU kaum Wähler zu gewinnen sind. Auch die Wiederaufarbeitungsanlage bei Wackersdorf, von der SPD zum zentralen Konfliktpunkt erklärt, ist kein Wahlschlager. Schöfberger mußte bei Veranstaltungen selbst erleben, daß mit der Entfernung von Wackersdorf das Interesse der Bürger an diesem Thema rapide abnimmt.

Optimismus verspürt Bayerns junger FDP-Landesvorsitzender Manfred Brunner. „Wir kommen in den nächsten Landtag“, verkündet er, obwohl die bisherigen Umfragen seinen weißblauen Liberalen kaum mehr als 4,5 Prozent beiseitelegen. Die Bildungs- und die Wirtschaftspolitik werden die Schwerpunkte des FDP-Wahlprogramms bilden. Bei der letzten Landtagswahl kurz nach dem Bonner Regierungswechsel war die FDP mit 3,5 Prozent auf der Strecke geblieben.

Auch die Grünen hatten mit 4,7 Prozent den Einzug ins Maximilianseum verfehlt, ob sie diesmal die Fünf-Prozent-Hürde überspringen können, erscheint zumindest fraglich. Vor allem die SPD erhofft sich einen Wahlerwartungsgewinn aus dem grünen Potential. Zwei weitere Klein- und Jungparteien sind eigentlich nur noch als Kuriosum am Rande erwähnenswert, wenngleich sie beide großsprecherisch ihren Parlamentseintrag vorantreiben: Franz Handlos, einst CSU-Bundestagsabgeordneter und Gründer der Republikaner, ist dort wieder ausgeschieden und nun Chef der „Freiheitlichen Volkspartei“, deren einziges Merkmal ihr Grad an Unbekanntheit ist. Ein wenig mehr Wind macht der einstige Fernsehredakteur Franz Schönhuber mit seinen „Republikanern“, die er alleine führt, seit er Handlos und den Ex-CSU-Abgeordneten Ekkhard Voigt aus der jungen Bewegung verdrängt. Doch für beide Splitterparteien wäre es schon ein Erfolg, ausreichend Stimmen zu gewinnen, um in den Genuss der Wahlkampfkostenersatzung zu kommen.

Die Grünen hatten mit 4,7 Prozent den Einzug ins Maximilianseum verfehlt, ob sie diesmal die Fünf-Prozent-Hürde überspringen können, erscheint zumindest fraglich. Vor allem die SPD erhofft sich einen Wahlerwartungsgewinn aus dem grünen Potential. Zwei weitere Klein- und Jungparteien sind eigentlich nur noch als Kuriosum am Rande erwähnenswert, wenngleich sie beide großsprecherisch ihren Parlamentseintrag vorantreiben: Franz Handlos, einst CSU-Bundestagsabgeordneter und Gründer der Republikaner, ist dort wieder ausgeschieden und nun Chef der „Freiheitlichen Volkspartei“, deren einziges Merkmal ihr Grad an Unbekanntheit ist. Ein wenig mehr Wind macht der einstige Fernsehredakteur Franz Schönhuber mit seinen „Republikanern“, die er alleine führt, seit er Handlos und den Ex-CSU-Abgeordneten Ekkhard Voigt aus der jungen Bewegung verdrängt. Doch für beide Splitterparteien wäre es schon ein Erfolg, ausreichend Stimmen zu gewinnen, um in den Genuss der Wahlkampfkostenersatzung zu kommen.

„Probleme wahrnehmen und Lösungen finden“

Die DFG erhält mit Hubert Markl einen neuen Vorsitzenden

dpa, Bonn

Der Konstanzer Biologe Prof. Hubert Markl (47) hat gestern sein neues Amt als Präsident der Deutschen Forschungsgemeinschaft übernommen. Er ist Nachfolger von Prof. Eugen Seibold, der sich nach sechsjähriger Amtszeit nicht mehr zur Wiederwahl stellte. Von 1977 bis 1983 war Markl bereits Vizepräsident der Forschungsgemeinschaft.

Der in Regensburg geborene Markl ist vor allem durch seine Untersuchungen auf den Gebieten der Sinnesphysiologie und des Sozialverhaltens der Tiere hervorgetreten. Sein wissenschaftliches Werk umfaßt mehr als 100 Veröffentlichungen und mehrere Bücher.

Markl sieht das vorrangige Ziel seiner künftigen Arbeit an der Spitze der größten deutschen Forschungsförderungsorganisation vor allem darin, die DFG als „wichtigsten Garanten der Freiheit der Grundlagenforschung“ in allen Zweigen der Wissenschaft bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung strenger Qualitätsmaßstäbe zu erhalten.

Wissenschaftliche Forschung von hoher Qualität ist nach Auffassung von Prof. Markl auch die unentbehrliche Voraussetzung dafür, Probleme des menschlichen Daseins richtig wahrzunehmen und Lösungen für sie zu suchen und zu finden.

Auch wer sich der Tatsache nicht verschließe, daß der Fortschritt wissenschaftlicher Erkenntnisse selbst wieder neue Probleme schaffe, „kann nicht verkennen, daß für ihre Bewältigung kritische wissenschaftliche Bestandsaufnahme und von rationaler Einsicht angeleitetes Handeln notwendig sind“.

Zugleich warnte der DFG-Präsident aber auch vor einer Überforderung der Wissenschaft und nahm sie vor unberechtigter Kritik in Schutz. Sie könne nicht für alles Verantwortung tragen und habe auch nicht auf alle Fragen und Probleme Antworten.

Daß man aber beispielsweise zunehmend besser verstehe, welche Gefahren von der Belastung der Umwelt

mit chemischen Stoffen ausgingen, verdanke man „nicht in erster Linie der Arbeit zivilisationskritischer Essayisten“, sondern den Forschungsergebnissen von Wissenschaftlern, die es erlaubten, Stoffe nachzuweisen und ihre Wirkung zu analysieren. Auch könne man nur mit Methoden der Wissenschaft nachweisen, was wann warum wie und für wen gefährlich sei.

Markl vertrat die Auffassung, daß die Freiheit der Forschung im Grundgesetz nicht uneingeschränkt garantiert sei, sondern wie jede Freiheit dort ihre Grenzen finde, wo sie die Rechte anderer verletze und gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verstoße. Die Wissenschaft könne nicht den Anspruch erheben, daß ihr Erkenntnisstreben alles, was sie tun könnte, übermäßig rechtfertige, wenn dadurch nur mehr Erkenntnis gewonnen werden könne.

Wenn die Erkenntnis nur unter Verletzung der Rechte anderer gewonnen werden könne, dürfe die Wissenschaft es nicht tun. Auch dürfe die Wissenschaft nie darüber verfügen, was Menschen mit sich machen lassen sollten oder nicht.

Andererseits wandte sich Markl gegen Forderungen, bestimmte Forschungsarbeiten an Versuchstieren zur Fortentwicklung genetischer und fortpflanzungsbiologischer Methoden grundsätzlich zu untersagen. Dies sei weder notwendig noch mit der Freiheitsgarantie des Grundgesetzes vereinbar.

Ein solches Verbot wäre sogar unethisch und schädlich: Man könnte beispielsweise zu der Überzeugung kommen, daß ein sogenanntes Embryo-Screening, eine Überprüfung von Embryonen auf genetische Anlagen für Erbkrankheiten, zwar für den Menschen sichtlich nicht akzeptabel sei, daß es in der Hausarztpraxis aber durchaus nützlich und weder unethisch noch unmoralisch sei. In einem solchen Fall könnte man durch Unterlassung nicht weniger Schaden als durch Übereifer.

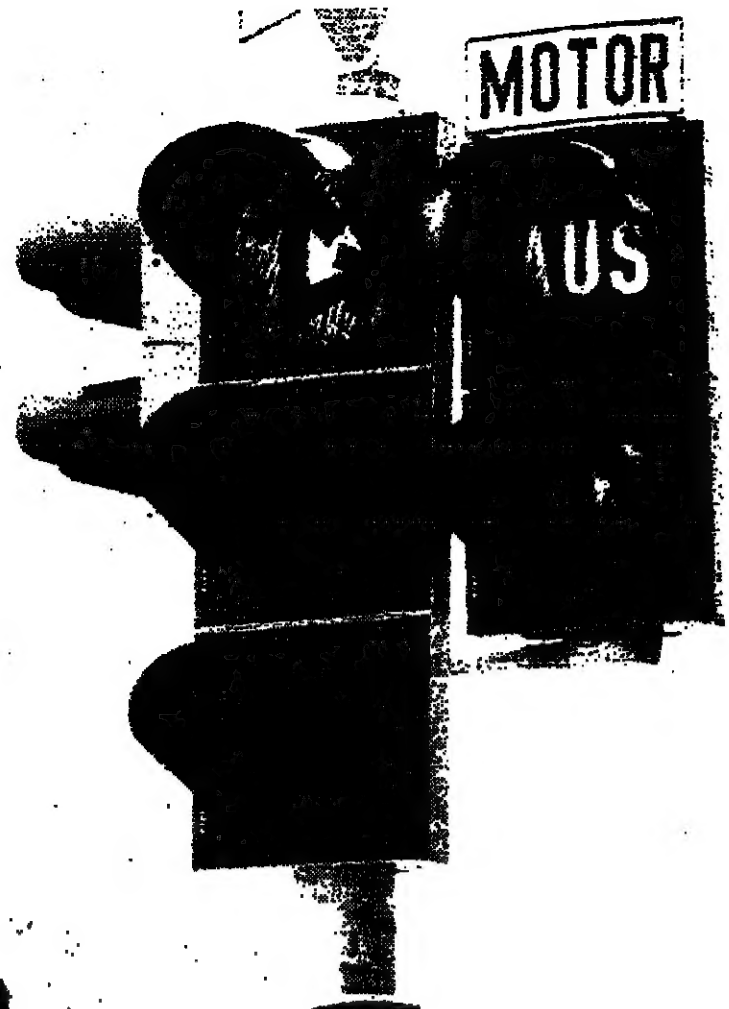


FOTO: SIEMENS

Umwelt-Ampel im Examen

Kann das Abstellen des Motors vor einer roten Ampel vorteilhaft sein? Eine Bewährungsprobe im Rahmen eines einjährigen Modellversuchs des Innenministeriums von Baden-Württemberg soll darüber mehr Aufschluß bringen. Voraussetzung für einen sinnvollen Versuchsbetrieb ist ein gut sichtbarer Hinweis für den Autofahrer, ob beim Erreichen einer roten Ampel ein Motorabstellen überhaupt noch lohnt.

So wurden – zunächst in Böblingen – „Umweltampeln“ eingerichtet, die zu Beginn der Rotphase „Motor aus“ signalisieren. Ebenso erhält der Autofahrer etwa fünf Sekunden vor dem

Umschalten die Aufforderung zum Anlassen.

In einer Zwischenphase von etwa 20 Sekunden, in der ein Abstellen für neu ankommende Wagen nicht mehr empfehlenswert ist, aber das Anlassen der stehenden Autos noch verfrüht wäre, sind die Hinweise ersichtlich.

Für die Zusatz-Signalisierung sind in Böblingen bestehende Ampelanlagen ergänzt worden. Die Auswertung des Modellversuchs sollen sowohl die Auswirkungen auf die Emissionen (Abgas, Lärm) als auch das Verhalten der Autofahrer und den Verkehrsfluß einbeziehen. D. T.

Mit Hochdruck gegen den Hochdruck

Ein nationales Blutdruckprogramm will mit einer bundesweiten Aktion die Gefahren des „Hypertonus“ eindämmen

Von LOTTE LUDWIG

Sechs bis acht Millionen Bundesbürger haben einen zu hohen Blutdruck. Etwa 30 Prozent aller Erwachsenen leiden an einer Hypertonie. Männer in größerer Zahl als Frauen. Bei rund 80 Prozent handelt es sich um einen sogenannten „milden, essentiellen Hypertonus“. Der systolische Blutdruck (oberer Wert) ist höher als 140 mmHg, der diastolische (unterer Wert) bewegt sich zwischen 90 und 105 mmHg.

Ohne eine Behandlung würde sich die Lebenserwartung junger Menschen um zehn bis 20 Jahre verkürzen. Die genaue Ursache der essentiellen Hypertonie ist noch nicht vollkommen geklärt. Sicherlich spielen genetische Faktoren eine Rolle, aber auch ein zu hoher Kochsalzkonsum wird als Verursacher ins Feld geführt. In den letzten fünf Jahren sind neue Erkenntnisse hinzugekommen, wobei unter anderem eine Überregbarkeit des sympathischen Nervensystems beteiligt sein sollen.

Erfolge sind vorausehbar

Aber auch den jüngst entdeckten Neuropeptiden und den Sexualhormonen wird an der Entwicklung eines Bluthochdrucks eine Rolle zugeschrieben. Die Hypertonie gehört zweifelsfrei zu den Risikofaktoren erster Ordnung für die Entstehung einer Arteriosklerose mit den Folgeerkrankungen des Herz-Kreislauf-Systems.

Auf der ersten nationalen Blutdruckkonferenz in Heidelberg ist das Nationale Blutdruckprogramm (NDP) von der Liga für die Bekämpfung des hohen Blutdrucks vorgestellt worden. In Zusammenarbeit mit Fachgesellschaften und Institutionen des öffentlichen Lebens ist jetzt eine bundesweite Aktion gegen den Hypertonus vorgesehen. Da der Bluthochdruck in seinen Anfangsstadien keinerlei Schmerzen verursacht, wissen viele Menschen nichts von ihrer Erkrankung. Sie suchen deswegen keinen Arzt auf.

Da eine diätetische und medikamentöse Behandlung voraussetzbar ist, besteht das Problem darin, die Hochdruckkrankheit zu diagnostizieren. Die Möglichkeit dazu ist gegeben, wenn bei jedem Arztbesuch aller Fachrichtungen der Blutdruck gemessen wird, sofern er nicht bereits bekannt ist. Aus den Ergebnissen lassen sich dann Empfehlungen für vorbeugende und therapeutische Maßnahmen ableiten.

Dem nationalen Blutdruckprogramm sind in der Bundesrepublik Deutschland zwei regionale Programme vorausgegangen, eines in München, das andere in Lübeck. Bei einer repräsentativen Personenzahl wurden die Blutdruckwerte erfaßt und den Hypertonikern eine ärztliche Behandlung empfohlen.

Dazu ist eine laufende Kontrolle erforderlich. Die Liga empfiehlt eine morgendliche und abendliche Selbst-

kontrolle der Patienten, einerseits um den Rhythmus der tageszeitlichen Schwankungen zu erfassen und andererseits um den Therapieerfolg einer Behandlung zu kontrollieren. Derartige Blutdruckmessungen sollten schon bei den Schulkindern beginnen, um zum Beispiel Hochdruckfamilien herauszufinden.

Übergewichtige sind zwei- bis viermal stärker hypertonigefährdet als Normalgewichtige. Mit jedem Kilogramm Übergewicht steigt der Blutdruck um vier mmHg. Mehr als 30 Gramm Alkohol pro Tag führen zu einem Anstieg um zwei bis acht mmHg. Erste Forderung ist deshalb eine Gewichtsreduktion.

Allen Patienten mit einer milden Hypertonie, die für eine große Zahl von Herzinfarkten verantwortlich ist, wird eine Ernährungsumstellung angeraten, die allein oft schon zu einer Normalisierung der Blutdruckwerte führt. Erst wenn das nicht der Fall ist, sollte eine medikamentöse Therapie angeschlossen werden. Die tägliche Nahrungsmenge ist dem tatsächlichen Verbrauch anzupassen.

Das gleiche gilt für das Fett, den hauptsächlichsten Energielieferanten. Der Anteil von 40 Prozent der Gesamtkalorien ist auf 30 Prozent zu reduzieren. Aufgrund von Experimenten ist nachgewiesen worden, daß tierische Fette mit vorwiegend gesättigten Fettsäuren den Blutdruck erhöhen und pflanzliche Fette mit einem hohen Anteil an Linolsäure den Blut-

druck zu senken vermögen. Für beide Fettsäuregruppen wird ein Anteil von zehn Prozent der Gesamtkalorien vorgeschlagen. Die dritte Forderung betrifft das Kochsalz. Aus epidemiologischen Untersuchungen ist bekannt, daß in Ländern mit einem hohen Kochsalzverbrauch die Zahl der Hypertoniker größer ist als in Gebieten mit einem niedrigen Konsum.

Zu hohe Kochsalzmengen

Als Beispiel wird Nordjapan angeführt, wo täglich 30 bis 40 Gramm Kochsalz verzehrt werden. In der Bundesrepublik Deutschland ist die Kochsalzmenge von täglich zehn bis 15 Gramm auch noch viel zu hoch.

Für die Aufrechterhaltung normaler Stoffwechselvorgänge wird lediglich ein Gramm Natrium (entsprechend zwei bis drei Gramm Kochsalz) benötigt. Hier hat die DGE (Deutsche Gesellschaft für Ernährung) einen Kompromiß geschlossen, wenn sie fünf bis 7,5 Gramm Kochsalz pro Tag empfiehlt.

Man muß dabei bedenken, daß die Grundnahrungsmittel bereits Kochsalz enthalten, am wenigsten Obst, Gemüse, Kartoffeln, Nahrungsmittel in einer Tageration nur ein Gramm. Brot drei Gramm, Aufschnitt (Wurst, Schinken, Käse) 3,5 bis vier Gramm, die warme Mahlzeit am Mittag oder Abend liefert nochmals ca. sieben Gramm hinzu und das, ohne daß der Salzstreuer zum Nachsalzen betätigt worden wäre.

AUS LABORS UND INSTITUTEN

Kritik am Nationalpark

Bremen (dpa) – Der gestrige Start des Nationalparks „Niederrheinisches Wattmeer“ ist nach Auffassung des World Wildlife Fund (WWF) nicht ganz glücklich. In einem Interview Radio Bremen bezeichnete ein Sprecher der Organisation den Nationalpark als schlecht vorbereitet. Außerdem kritisierte der WWF-Sprecher den niedrigen Etat für den Nationalpark als „Halbherzigkeit“, mit der diese nationale Aufgabe in Niedersachsen angegangen wird. Kritiker hatten die Schutzwirkung ebenso angezweifelt wie die des 265 000 Hektar großen Nationalparks Wattmeer vor Schleswig-Holsteins Nordseeküste. Nach Ansicht der Organisation müssen die Voraussetzungen für echte Reizeuten und eine wirksame Nationalparkverwaltung zum großen Teil erst noch geschaffen werden.

Explosionsgefahr

München (AP) – Vor Explosionsgefahr bei Zusatz von Benzin zu Dieseldieselkraftstoff hat gestern der bayerische Arbeits- und Sozialminister Franz Neubauer gewarnt. In einer Erklärung angesichts der stark gesunkenen Temperaturen – in Nord-

Mehr Babys gerettet

Bonn (D. T.) – Die Anstrengungen der Frauenärzte und Geburtshelfer in der Bundesrepublik um die Verbesserung der Versorgung von Schwangeren und Neugeborenen hat nach Ansicht des Präsidenten des Berufsverbandes der Frauenärzte, Dr. Eduard Koschade, zu einem erfreulichen Ergebnis geführt. Wie jetzt mitgeteilt wurde, konnte die sogenannte perinatale Sterblichkeit im vorletzten Jahr deutlich gesenkt werden: Es starben von 1000 Babys nur noch – statistisch gesehen – 8,6 während der Entbindung oder in den ersten sieben Tagen nach der Geburt. Zehn Jahre zuvor waren es noch 21,4 Babys.

Schätze von der Halde

In den USA geht das erste Gallium-Bergwerk in Betrieb

Von HARALD STEINERT

Germanium und Gallium sind typische Metalle des Hochtechnologie-Zeitalters, die zwar nur in geringen Mengen zum Einsatz kommen, jedoch eine Art Schlüsselposition in verschiedenen Produktionszweigen innehaben. So wird Germanium vor allem für Infrarot-Optiken benötigt. Diese nehmen rund die Hälfte der Jahresproduktion auf; weitere 20 Prozent gehen in Katalysatoren und fast ebensoviel in die Faseroptik.

Gallium wird vor allem für den Bau integrierter Schaltkreise verwendet. Galliumarsenid-Chips sind strahlentester als Chips auf Silizium-Basis und daher besonders für Anwendungen in der Raumfahrt geeignet. Der Weltverbrauch an Germanium liegt zur Zeit in der Größenordnung von 85 Tonnen pro Jahr, der Verbrauch an Gallium bei 30 bis 35 Tonnen pro Jahr.

Bisher kommt das Germanium als Nebenprodukt aus der Aufbereitung von Kupfer- und Zink-Erzen, das Gallium ebenfalls zum Teil aus der Zink-erz-Aufbereitung, zum Teil aus Rückständen des sog. Bayer-Prozesses der Tonerdegewinnung. Die Preise für beide Metalle sind trotz der Baisse an

den Rohstoffmärkten in den letzten Jahren gestiegen. Der Preis für Germanium hat sich sogar im letzten Jahr um fast das Doppelte erhöht.

Jetzt steht eine völlig neue Marktlage in Aussicht: Beide Metalle werden in Kürze – wie „Mining Journal“ berichtet – als Primärprodukte eines eigens auf sie gerichteten Bergbaus gewonnen werden, und zwar in Mengen, die das Preisgefüge erheblich beeinflussen dürften: Die Förderaufnahme in der „Apex“-Grube im südlichen Utah steht bevor.

Es handelt sich um eine Lagerstätte, die bereits vor einigen Jahrzehnten auf Kupfer abgebaut wurde. Die Abraumhalden des damaligen Betriebes werden jetzt neu aufbereitet, da sie die eigentlichen „Wertmetalle“ noch enthalten.

Das Roherz enthält rund 0,04 Prozent Gallium und 0,08 Prozent Germanium, 1,9 Prozent Kupfer, 1,75 Prozent Zink und 42 Gramm Silber pro Tonne werden als Nebenprodukt bei der Produktion der „Elektrolyt“-Metalle mitgewonnen. Die Erzvorräte sollen für knapp ein Jahrzehnt reichen. In den ersten drei Jahren erwartet man eine Ausbeute von jährlich 18 Tonnen Germanium und zehn Tonnen Gallium.

MOTO
AUS

Die Post wünscht allen BRIEFFREUNDEN, FERNSCHREIBERN,



WELLENREITERN, EUROPIEPERN, TELEFAXERN, AUFTRAGS-



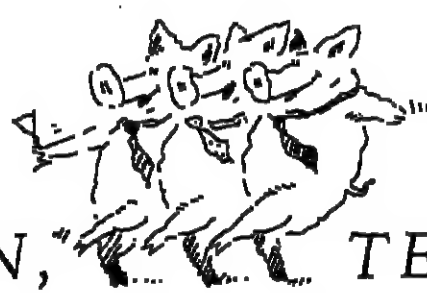
DIENTSGEWECKTEN, POSTLAGERERN, ENTSTÖRTEN, KABELFERN-



SEHERN, BRIEFKASTENFIRMEN, FREISTEMPLERN, EINSCHREIBERN,



BRIEFMARKENSAMMLERN, PÄCKCHEN-OMIS, DRAHTLOSEN, POST-



FACHMÄNNERN, TELEGRAMMSTILISTEN, COUPONSNIPP-

LERN, KARTENLESERN, WOHLFAHRTSMARKEN-WOHLTÄTERN,



AUSKUNFTKINOZEITANSAGEWETTERDIENSTWÄHLERN, BILD-

SCHIRMTEXTERN, PREISAUSSCHREIBENTEILNAHMEKARTENEINSEN-



DERN UND POSTBANKIERS **ein glückliches Neues Jahr!**



Post

Wir 523.678 Leute von der Post sind auch 1986 gern für Sie da.

Zieht Moskau Truppen aus Kabul ab?

Die afghanische Regierung hat inoffiziell einen Terminplan für den Abzug der sowjetischen Truppen innerhalb eines Jahres im Rahmen eines Gesamtabkommens vorgelegt, berichtete die amerikanische Tageszeitung „New York Times“ gestern.

Der Terminplan sei dem stellvertretenden Generalsekretär der Vereinten Nationen für politische Angelegenheiten, Diego Cordovez (Ecuador), während der „indirekten“ Afghanistan-Gespräche, die vom 18. bis 19. Dezember in Genf unter UN-Schirmherrschaft stattfanden, vom afghanischen Außenminister Schah Mohammed Dost vorgelegt worden, hieß es unter Berufung auf einen nicht namentlich genannten leitenden Beamten des US-State-Departments. Der Terminplan sei bei den Gesprächen jedoch nicht als formelle Diskussionsgrundlage unterbreitet worden, weil der pakistanische Außenminister Sahabzada Yaqub Khan Gespräche mit Kabul ablehnt, solange die afghanische Regierung keine sowjetische Garantie für dessen Einhaltung vorlegen kann.

Strauß sieht Ende der Abschreckung

AP, München

Der bayerische Ministerpräsident und CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß hält ein Ende der atomaren Abschreckung durch das SDI-Projekt von Präsident Reagan für möglich. In einer Neujahrsansprache im Hörfunkprogramm des Bayerischen Rundfunks sagte Strauß am ersten Tag des Jahres 1986: „Daß der Grundsatz der atomaren Abschreckung, der uns Freiheit und Frieden bewahrt, auch noch in fernen Zeiten gilt, darf bezweifelt werden.“ Er und seine politischen Freunde begrüßten deshalb die Strategische Verteidigungsinitiative des amerikanischen Präsidenten „ohne Vorbehalt“.

SDI habe Moskau an den Verhandlungstisch von Genf zurückgebracht, erklärte der Ministerpräsident. Wer also glaube, dieses Projekt verhinere wirkliche Fortschritte bei der Entspannung des West-Ost-Verhältnisses, der irre. „Das Gegenteil ist richtig: Die Strategische Verteidigungsinitiative eröffnet dem Westen neuen politischen Spielraum für Abrüstungsverhandlungen.“

Israel für internationalen Boykott gegen Libyen

Ägypten warnt vor Vergeltung / Meinungswandel Washingtons

DW, Washington/Jerusalem
Libyen drohen nach den jüngsten Anschlägen auf israelische Einrichtungen in Wien und Rom Vergeltungsschläge. Die Indizien verdichten sich, daß Tripolis hinter den Anschlägen steht, bei denen 18 Menschen ums Leben kamen. Libyens Staatschef Khadafi hat nach Angaben des einzigen überlebenden Attentäters von Rom die Terroristen unterstützt. „Wir haben die Unterstützung von Khadafi und vielleicht auch die Syriens“, sagte Mohammad Sarhan nach Angaben der römischen Tageszeitung „Il Tempo“.

Nachdem die USA Israel zunächst zu maßvollen Gegenreaktionen auf die Terroranschläge gemahnt hatten, hat Washington seine Haltung jetzt verändert. Die US-Regierung behalte sich vor, so die Sprecher des Weißen Hauses und des Außenministeriums, Larry Speakes und Charles Redman, auf die Attentate von Rom und Wien mit militärischen Gegenschlägen zu antworten. „Terroristen müssen wissen, daß wir die Option haben, direkt auf ihre barbarischen Akte zu antworten“, sagte Speakes. Mit Blick auf Israel erklärte der Präsidentensprecher, sollte ein anderes Land die Urheber der beiden Anschläge „identifizieren und auslöschen“, so wären die USA damit „vollkommen einverstanden“. Speakes wich zwar der Frage aus, ob die libysche Regierung für die Massaker in Rom und Wien verantwortlich sei, betonte jedoch, Washington habe „mit großem Interesse zur Kenntnis genommen“, daß Libyen die Anschläge als heldenhafte Tat gefeiert habe.

Libyen geht auf Distanz

Die diplomatische Mission Libyens in Wien hat sich von einem entsprechenden Kommentar der amtlichen libyschen Nachrichtenagentur Jana distanziert. Tripolis habe zwar Verständnis für die Motive der Angreifer, aber es unterstütze und finanziere sie nicht, hieß es in einer Erklärung des libyschen Volksbüros.

Die israelische Regierung läßt sich offenbar von den Unschuldsbeteuerungen Libyens nicht beeindrucken. Israels Ministerpräsident Schimon Peres forderte als Reaktion auf die Flughafen-Anschläge einen internationalen Boykott gegen Libyen sowie eine weltweite Zusammenarbeit ge-

gen den Terrorismus. Peres warf Khadafi vor, auf der ganzen Welt Verbrechen zu verbreiten. Libyen diene als Operationszentrale für den palästinensischen Guerilla-Führer Abu Nidal, der vermutlich für die Anschläge verantwortlich sei. Der frühere israelische Außenminister Abba Eban begrüßte den amerikanischen Meinungswandel als einen „großen Schritt vorwärts“. Zum ersten Mal habe es eine Weltmacht als gerechtfertigt bezeichnet, daß man gegen Terroristen vorgehe.

PLO: Abu Nidal ist tot

Die Palästinensische Befreiungsorganisation ist der Version entgegengetreten, für die Anschläge sei Abu Nidal verantwortlich. Die Terroristen hätten nichts mit diesem Palästinenserführer zu tun, erklärte der PLO-Repräsentant in Ägypten, Tadjib Abdel-Rahim, in der halbamtlichen Kalroer Tageszeitung „Al Ahran“. Abu Nidal sei tot, die Terroristen von Rom und Wien hätten nur seinen Namen benutzt. Gleichwohl machte auch die PLO Syrien und Libanon für die Terroranschläge verantwortlich. Damaskus und Tripolis wollten mit ihren Anschlägen die PLO von ihren engsten Freunden in Europa entfremden und den Eindruck erwecken, PLO-Chef Arafat könne die verschiedenen Palästinensergruppen nicht mehr kontrollieren.

Ägypten fürchtet offenbar um die Fortsetzung des Friedensprozesses im Nahen Osten, sollte Israel Vergeltung üben. Der Staatsminister im ägyptischen Außenministerium, Butros Ghali, vertrat die Auffassung, die Anschläge zielten darauf ab, den Friedensprozeß zu behindern. „Eine israelische Vergeltung wäre tatsächlich ein Beitrag zur Erreichung dieses Ziels.“ Ungeschützt eines drohenden israelischen Schlags möglicherweise auch gegen die PLO kündigte Arafat an, seine Organisation werde den Kampf gegen Israel „in allen Formen“ fortsetzen.

Für Spannungen zwischen Ägypten und Libyen dürfte ein Bericht von „Al Ahran“ sorgen. Demnach sind 2000 sowjetische Militärberater in Libyen eingetroffen, um Abschußbasen für Luftabwehrraketen des Typs Sam-5 zu bedienen, die Moskau Tripolis geliefert hatte und die gegen Ägypten gerichtet sind.

Neujahrspredigten warnen vor Abbau sittlicher Normen

DW, Bonn

Auf die steigenden Zahlen der Abtreibungen und Ehescheidungen in der Bundesrepublik Deutschland machten der Erzbischof von Bamberg, Elmar Maria Kredel, und der Bischof von Trier, Hermann Josef Spital, in ihren Predigten zum Jahresabschluß aufmerksam. Die „untergründige Lebensangst“ vieler Menschen und die Erfahrung von Sinnleere des Lebens seien Krisenzeichen unserer Zeit, betonte Spital. Der tiefgreifende Traditionsbruch habe eine Fülle ganz neuer Probleme geschaffen, die es früher nicht gegeben habe. Erzbischof Kredel erinnerte an die Unauflöslichkeit der Ehe und nannte als „wesentliche Ursache“ für den hohen Prozentsatz der Ehescheidungen die auch von den Massenmedien verbreitete negative Einstellung zur „Heiligkeit und Unauflöslichkeit“ der Ehe.

Von einem fortschreitenden Abbau sittlicher Normen hat im Münchener Liebfraundom auch der Erzbischof von München und Freising, Friedrich Kardinal Wetter, gewarnt. In seiner traditionellen Silvesterpredigt sagte der Kardinal: „Es ist ein Irrweg, getrieben von falschen Emanzipationsgelüsten, sittliche Verpflichtung über Bord zu werfen.“

Weiter übte Kritik an den Strafverfolgungsbehörden. Wenn diese argumentierten, gegen die Verhöhnung der Wahrheiten des christlichen Glaubens und des religiösen Empfindens der Christen könne deshalb nichts unternommen werden, weil der öffentliche Frieden nicht gestört sei, dann stelle sich die Frage, ob dies nicht eine Aufforderung an die Christen sei, den öffentlichen Frieden zu stören, um zu ihrem Recht zu kommen.

Der Vorsitzende des Rats der Evangelischen Kirche in Deutschland, der Berliner Bischof Martin Kruse, hat in seiner Neujahrsansprache über den Sender RIAS dafür plädiert, die Erinnerung an die christlichen Märtyrer aus der Hitlerzeit wachzuhalten. Sie hätten „um ihres Gewissens und ihres Glaubens willen Gott mehr gehorcht als den Menschen“ und dafür mit ihrem Leben bezahlt. Zivilcourage sei auch heute gefragt, sagte Kruse und wandte sich in diesem Zusammenhang gegen das „Modewort von der Selbstverwirklichung“. Kruse warnte, daß diese Verhaltensweise „zum Götz werden“ könne.

Warschauer Warnungen vor „offenen Konflikten“

Jaruzelski ruft zur Abrechnung mit der Opposition auf

DW, Warschau

Der polnische Staats- und Parteichef General Jaruzelski hat sich an die Spitze der Kampagne gestellt, mit der die politische Opposition im Lande als national unzuverlässig verächtigt werden soll. Jaruzelski nutzte seine von Rundfunk und Fernsehen übertragene Silvesteransprache, um zur Abrechnung mit den von ihm kritisierten Kräften aufzurufen. „Jeder ehrliche polnische Patriot“ müsse diejenigen verurteilen, die bewußt oder unbewußt in fremdem Auftrag handelnd die Idee der Verständigung und der Normalisierung untergraben. Denn wer dies tue, verfolge keine polnischen Ziele.

In den vergangenen Wochen hatte die Warschauer Propaganda vor allem Arbeiterführer Lech Walesa ins Visier genommen. Unter anderem wegen eines WELT-Interviews wurde Walesa vorgeworfen, sich in der Grenzfrage politisch unzuverlässig zu verhalten. Regierungssprecher Jerzy Urban hielt an diesen Verdächtigungen fest, obwohl der Führer der verbotenen „Solidarität“ in einem Telegramm an Ministerpräsident Messmer seinen Standpunkt ausführlich dargelegt hatte. Der polnische Staats- und Parteichef dehnte den bekannten Vorwurf des „Handelns in fremdem Auftrag“ jetzt auf die gesamte Opposition aus. Bereits früher hatte Jaruzelski die Ansicht vertreten, die Tätigkeit der „Solidarität“ werde mit Finanzmitteln aus dem Westen erst ermöglicht.

Die „Widersprüche“

Der General zeigte sich während seines Rundfunk- und Fernsehaufttritts optimistisch, daß die „Normalisierung“ in Polen vorangekommen sei. Nicht ganz im Einklang mit solchen Einschätzungen stehen Kommentare in der Parteizeitung „Trybuna Ludu“ und in dem Massenblatt „Zycie Warszawy“. Sie warnen vor „offenen Konflikten“ zwischen den Machthabern und der Bevölkerung. Trotz der relativen politischen Ruhe gebe es noch „zahlreiche Widersprüche“, die in Kontroversen münden könnten. „Trybuna Ludu“ behauptete, daß „ein bedeutender Teil der (polnischen) Gesellschaft meint, keinerlei Einfluß darauf zu haben, wie das Land regiert wird“, und er-

klärt, die meisten Fabrikarbeiter befaßten sich nicht mit den großen nationalen Problemen, „weil sie niemand nach ihrer Meinung fragte“. „Zycie Warszawy“ forderte einen „nationalen Konsens“, der „mit der Lösung der Konflikte noch nicht erreicht“ sei. Die Verständigung dürfe sich nicht auf Erklärungen der politischen Elite beschränken, sondern müsse ein öffentlicher Prozeß sein, der zu einer Einigung aller Polen führe.

Geldbuße für Behörde

Die Forderung nach nationaler Verständigung ist eine alte These der verbotenen Gewerkschaft „Solidarität“ und wurde insbesondere von ihrem einstigen Vorsitzenden Lech Walesa vorgebracht. In mehreren internen Papieren der Warschauer Führung wird nicht geleugnet, daß die Gewerkschaft „Solidarität“ trotz ihres offiziellen Verbots als politische Kraft eingeschätzt werden muß.

Wie „Zycie Warszawy“ weiter berichtete, wurden zwei Mitglieder des Komitees für Menschenrechte von Tschernochow beim Drucken einer Untergrundzeitschrift in einer Privatwohnung verhaftet. Das Druckmaterial wurde beschlagnahmt.

Eine oppositionelle Studentin aus Krakau hat in einem vielbeachteten Verfahren eine Verurteilung der örtlichen Sicherheitsbehörden wegen Körperverletzung erreicht. Wie aus oppositionellen Kreisen in Krakau berichtet wurde, hat ein Regionalgericht in Krakau das örtliche Amt für Inneres verurteilt, der 21 Jahre alten Studentin der politischen Wissenschaften, Agata Michalek, 5000 Zloty (88 Mark) Schmerzensgeld zu zahlen und eine Buße von ebenfalls 5000 Zloty an das polnische Rote Kreuz zu entrichten.

Agata Michalek und ihr Begleiter Ryszard Majdzik wurden nach Berichten aus diesen Kreisen am 2. Mai von Sicherheitsbeamten in Zivil in ein Auto gezogen und 48 Stunden lang festgehalten. Auf der Polizeiwache sollen sie geschlagen worden sein. Die Studentin hatte daraufhin Zivilklage wegen versuchter Entführung und Körperverletzung eingereicht. In dem Verfahren trat ein Vertreter des Amtes für Inneres als Zeuge auf.

„DDR“: Bei den Scheidungen an der Spitze

DIETER DOSE, Berlin

Mehr Komfort in den eigenen vier Wänden. Rekordziffer bei den Ehescheidungen, aber bei der Motorisierung geht's weiter langsam voran. Daten aus dem neuen Statistischen Jahrbuch der „DDR“ mit den entsprechenden Angaben für 1984.

So steht in 99 von 100 Haushalten ein Kühlschrank, in fast ein Drittel der Familien sind es sogar zwei Kühlschränke. Die Tiefkühltruhen allerdings werden nicht aufgeführt, obwohl nach diesen Angaben 1984 fast 388 000 produziert wurden. Hier ist der Nachholbedarf ebenso wie auf allen Gebieten der Unterhaltungselektronik noch erheblich.

Zwar findet man vereinzelt bei begüterten „DDR“-Bewohnern auch schon Videorecorder – die stammen aber ausnahmslos aus dem Westen. In 92,4 von 100 Haushalten fehlt der Fernsehempfänger nicht, und ein Drittel verfügt bereits über das Farbgerät, wobei der Anteil der Farb-„Glötze“ noch nicht annähernd den Anteil wie in der Bundesrepublik Deutschland erreicht hat. Das besagen auch die Produktionszahlen für 1984: Rund 639 000 Schwarzweiß-Geräte, 383 000 Farbgeräte, die vielen „DDR“-Bewohner bei Preisen um 4000 Mark einfach zu teuer sind, denn 1984 betrug das durchschnittliche Monatseinkommen der vollbeschäftigten Arbeiter und Angestellten der sozialistischen Wirtschaft 1102 Mark – gegenüber 1983 eine Steigerung um 122 Mark.

Nur leicht zugenommen hat die Motorisierung. 43,7 (von 100) Haushalten besaßen 1984 einen Pkw. Im Vergleich mit 1970 bedeutet das jedoch eine Verdreifachung. Bei den Produktionsziffern fällt die hohe Zahl (80 867) von Anhängern für Pkw auf. Zweirädrige Gefährte vor allem für den „Trabbi“, um das Urlaubsgepäck unterzubringen.

Reiseland Nummer eins war 1984 die Tschechoslowakei. In das Nachbarland wurden vom staatlichen Reisebüro fast 500 000 Reisen vermittelt. Erst an zweiter Stelle (284 066) steht die Sowjetunion, schließlich (5429) in dieser Statistik ist wie seit 1981 Polen. Den Höchststand überhaupt erreichte 1984 die Zahl der Ehescheidungen: 50 320. Das bedeutet: Auf 100 Eheschließungen kommen 38 Trennungen. Damit liegt die „DDR“ auch vor der Bundesrepublik (33 Scheidungen auf 100 Hochzeiten).

In zwei Wochen verdienen unsere Sparer so viel, wie die Deutschen im Jahr für Bananen bezahlen.

Obwohl es keine befriedigende Antwort gibt auf die Frage: „Warum ist die Banane krumm?“, gehört diese Frucht zu den beliebtesten der Nation. Pur, als Dessert oder im Longdrink – die „Frucht mit dem Reißverschluss“ haben die Deutschen zum Fressen gern. Im letzten Jahr verpeisten sie 550.000 t im Wert von 1,2 Milliarden DM.

So viel verdienen unsere Sparer in knapp zwei Wochen. Denn Pfandbriefe und Kom-

munalobligationen bringen Tag für Tag rund 90 Millionen DM Zinsen. Meistens die höchsten am Kapitalmarkt.

Diesen Vorteil haben professionelle Anleger schon lange erkannt. Allein im letzten Jahr kauften Banken, Versicherungen und Industriefirmen für mehr als 90 Milliarden DM. Und was sich für die Profis lohnt, lohnt sich auch für Sie.

Pfandbriefe und Kommunalobligationen haben aber noch

mehr Vorteile, vor allem ihre verbrieft Sicherheit. Sie dürfen nur von privaten Hypothekenbanken, Landesbanken und anderen öffentlichen Banken ausgegeben werden. Diese Institute arbeiten nach den strengen Vorschriften des Hypothekendarstellungsgesetzes und des öffentlichen Pfandbriefgesetzes.

Setzen Sie auf Sicherheit und hohe Zinsen. Pfandbriefe und Kommunalobligationen gibt's bei jeder Bank oder Sparkasse.

Pfandbriefe und Kommunalobligationen

Verbrieft Sicherheit.



Die Wertpapiere der privaten Hypothekenbanken, Landesbanken und anderen öffentlichen Banken.

DDR: Entscheidungen in der Spitze

Donnerstag, 2. Januar 1988
Nr. 1

Jahr der Hektik?

Wb. - Das Jahr 1985 war beileibe kein langweiliges Wirtschaftsjahr. Ob man es als „Jahr der großen Akquisitionen“ apostrophieren will, als „Jahr des technischen (neudeutsch: technologischen) Durchstarts“ oder generell als „Jahr des wiedererwachten Unternehmens“ - alles deutet auf Dynamik hin.

Weniger augenfällig, aber in den Auswirkungen vielleicht nicht minder gravierend ist ein anderer Aspekt: Die Zeit als Wettbewerbsfaktor ist ins Bewusstsein gerückt wie in dieser Breite niemals zuvor. Vom Maschinenbau bis zur Pharma-Industrie, von der Metallurgie zur Elektronik gab es kaum eine Unternehmenspräsentation, auf der nicht von immer kürzeren Innovations- und Produktlebenszyklen zu hören gewesen wäre.

Schnell zu sein, so scheint es, ist binnen Jahresfrist zur obersten Maxime jeden Managements geworden. Beschleunigt wird alles, was sich irgendwie beschleunigen lässt: der Lagerumschlag, der Auftragsdurchlauf, die Forschungs- und Entwicklungsarbeit. Dagegen wäre grundsätzlich wenig einzuwenden; die Mittel des Elektronik-Zinssatzes machen vieles möglich.

Doch deutsche Gründlichkeit macht auch beim Gekochten nicht halt. Sie wäre im Zweifel auch dann schuld, wenn 1985 als „Jahr der

neuen Hektik“ in die Annalen der Wirtschaft eingeht. Freilich: Atemlosigkeit hat Unternehmen (wie politischen Gebilden) noch selten gut getan. Wenigstens die Führungsspitzen sollten sich dem vermeintlichen Zwang zum großen Wirbel gelegentlich entziehen und mit Muße nachdenken. Es muß ja nicht gleich ein „Jahr der Meditation“ daraus werden.

Rekorde

Es ist seit einiger Zeit offenbar in Mode gekommen, im Zusammenhang mit der Zahl der Unternehmensinsolvenzen von Rekorden zu sprechen. So erwartet die Wirtschaftsauskunftei Schmelz, die sich auf diesem Gebiet besonders hervortut, für das gerade begonnene Jahr schon wieder einen Rekord auf diesem Felde, nachdem das vergangene sich da auch als beachtlich erwiesen hatte. Solche Art Rekorde scheinen eigentlich nicht so recht in die wirtschaftliche Landschaft zu passen, denn die Wirtschaft befindet sich doch seit geraumer Zeit auf einem soliden Wachstumspfad, der sich auch 1986 mit Sicherheit fortsetzen wird. Tatsächlich wäre es indes auch verfehlt, in den genannten Rekorden ein Negativ-Symptom zu sehen. Eher erscheint es als sinnvoll, in ihnen eine Beschleunigung des Strukturwandels zu erkennen, der die Wirtschaft leistungsfähiger werden läßt. Die ausstehenden Unternehmen schaffen Platz für neue, die den Forderungen der Zeit gewachsen sind.

Patronat auf neuen Wegen

Von JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Frankreichs Unternehmer fordern mehr Freiheit. Es ist nicht neu. Aber zum ersten Mal haben sie sich auf der letzten Generalversammlung ihres Spitzenverbands CNPF als Gegenleistung zum (teilweisen) Verzicht auf Subventionen bereit erklärt. Bisher war das genau umgekehrt: Der Staat intervenierte und subventionierte zugleich. Die Unternehmensinitiative wurde dem nationalen Interesse untergeordnet.

Eine völlige Abkehr vom Colbertismus können die französischen Unternehmer von der Regierung allerdings kaum erwarten. Selbst die bürgerlichen Oppositionsparteien haben gegen ihrer ursprünglichen Versprechen inzwischen zu erkennen gegeben, daß sie - falls sie die Parlamentswahlen im März gewinnen sollten - in ihrem Wirtschaftsliberalismus nicht so weit gehen würden wie etwa die Bundesregierung. An dringlicher Tradition mangelt es ihnen nicht.

Beim CNPF weiß man natürlich, daß in Frankreich eine sofortige komplette Abschaffung des tief verwurzelten Staatsinterventionismus nicht ohne Gefahren wäre. Auch Freiheit will gelernt sein. Deshalb soll die Liberalisierung unter Einschränkungen und Vorbehalten etappenweise durchgeführt werden. Ausdrücklich betont man die sozialpartnerschaftliche Verantwortung, Übergeordnet sei die Wiederherstellung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit und damit die Überwindung der Arbeitslosigkeit.

Am weitesten geht die Initiative bei den Preisen. Hier wird im Gegensatz zu einem neuen, dem Verbraucher dienenden Wettbewerbsrecht die Abschaffung des aus dem Jahre 1945 stammenden Ermächtigungsgesetzes für alle Arten von behördlicher Preisreglementierung verlangt und so die komplette Liberalisierung nicht nur der Industriegüterpreise, sondern auch der Dienstleistungstarife und Handelspreisen. Damit hat sich die Opposition grundsätzlich einverstanden erklärt. Die sozialistische Regierung will dagegen nur 85 Prozent der Industriegüterpreise bis Mitte 1988 freigeben.

Im Rahmen der neuen Rechtsverhältnisse will der CNPF allerdings dafür sorgen, daß die Preisfreiheit nicht mißbraucht wird. Ob ihm das gelingt, hängt allerdings auch davon

ab, wie der Wettbewerb in der Praxis funktioniert - gerade der Dienstleistungssektor ist von Privilegien und Monopolen durchsetzt - und wieviel Vertrauen die Unternehmer der neuen Regierung entgegenbringen. (Der jüngsten Befragung zufolge fühlen sich 87 Prozent der Unternehmer den bürgerlichen Parteien verbunden.)

Bei seiner zweiten großen Forderung, nämlich der Liberalisierung des Devisen- und Kapitalverkehrs, zeigt der CNPF allerdings selbst nicht viel Vertrauen. Diese Freiheit soll zwar den Unternehmen den Export und Investitionen im Ausland erleichtern, jedoch nicht „der Spekulation Tür und Tor öffnen“. Denn andernfalls würde für die Franzosen die Verlockung zur Kapitalflucht zu groß sein.

Worauf es den Unternehmern aber hauptsächlich ankommt, ist die soziale Deregulierung. Konkret heißt das insbesondere die Abschaffung des behördlichen Genehmigungszwangs für alle Entlassungen aus wirtschaftlichen Gründen. Als Gegenleistung für die Entlassungsfreiheit erklären sich die Unternehmer zu verstärkten Neueinstellungen „entsprechend der Markteindringung“ bereit. Diese Flexibilität, welche durch die in der Arbeitszeitgestaltung und beim gesetzlich garantierten Mindestlohn untermauert werden soll, könnte sich tatsächlich per saldo auf dem Arbeitsmarkt positiv auswirken. Denn viele Unternehmen, die an sich zusätzliches Personal benötigen, scheitern vor Neuestellungen vor allem wegen des rigiden Entlassungsschutzes zurück und überlassen lieber der ausländischen Konkurrenz die Aufträge.

Demgegenüber treten die traditionellen Forderungen nach Verminderung der Steuern und sozialen Abgaben etwas zurück, nachdem die sozialistische Regierung die anfängliche Erschwerung dieser Lasten inzwischen weitgehend rückgängig gemacht hat. Mußte sie doch einsehen, daß auch in Frankreich die Wirtschaft unter einer unternehmerfeindlichen Politik nicht gedeihen kann. Eine andere Frage ist allerdings die, wie weit die französischen Gewerkschaften, mit der kommunistischen CGT an der Spitze, eine Schmälerung der „wohlverdienenden Arbeiterrechte“ dulden würden.

BEKLEIDUNGSINDUSTRIE

Rückkehr der Fertigung aus dem Ausland keine Illusion

Py, Düsseldorf

Nach Jahren des Schrumpfens von Arbeitsplätzen hat der Bundesverband Bekleidungsindustrie die Hoffnung, diesen Abbau 1986 zum Stillstand zu bringen. Obwohl der für die deutsche Wirtschaft vorausgesagte Aufschwung in der Bekleidungsbranche nicht stattgefunden habe, das Umsatzplus mit rund 21,5 Mrd. DM nur hauchdünn und die Produktion leicht zurückgegangen sei, wird dieser Industriesektor nach den Worten seines Präsidenten Gerd Somborg für die kommenden Jahre Technik, Automation und Logistik, verbunden mit modernsten Fertigungsmethoden, anwenden, um den Lohnanteil an den Produkten zu reduzieren. Sie werde mehr als bisher investieren müssen, um den Wettbewerb mit der ausländischen Konkurrenz zu bestehen. Somborg: „Diese Investitionen

setzen jedoch bessere Erträge voraus.“

Sollte der Einsatz von Elektronik und Computern in den nächsten Jahren greifbar und wirtschaftlich vertretbare Resultate bringen, so sei auch die Rückführung bestimmter Fertigungskapazitäten aus dem Ausland zurück in die heimische Produktion keine Illusion mehr.

Zur Zeit sei jedoch das Modell der gesunden Mischung zwischen inländischer und ausländischer Produktion und der sich daraus ergebenden Mischkalkulation für die Fertigung von Bekleidung der richtige Weg. Die Erneuerung des Wolltextilkomplexes und das Erhalten bisher ausgehandelter Positionen sind nach den Worten Somborgs Voraussetzungen für Existenz und Entwicklung der Bekleidungsindustrie.

KONJUNKTUR 1986 / Die Versammlung eines Ehrbaren Kaufmanns in Hamburg

„Was wirtschaftlich falsch ist, kann auch nicht politisch richtig sein“

J. BRECH, Hamburg

Die Handelskammer Hamburg, die traditionell am Jahresende anlässlich der Versammlung eines Ehrbaren Kaufmanns zu Hamburg zu wirtschaftspolitischen Fragen Stellung bezieht, hat diese Bestätigung, daß die Marktwirtschaft am Arbeitsmarkt versage. Der Präsident der Kammer, Carl-Heinz Illies, erklärte: „Die Marktwirtschaft versagt nicht am Arbeitsmarkt, sondern der Arbeitsmarkt versagt sich der Marktwirtschaft und ihren Regeln.“

Alle Möglichkeiten der freien Vereinbarungen, die der Marktwirtschaft ihre Beweglichkeit und Effizienz verschaffen, seien am Arbeitsmarkt durch Gesetze, Verordnungen, Tarifvereinbarungen und zunehmend durch die Rechtsprechung stark eingeschränkt, betonte Illies. Auch wenn man sich zum sozialen Fortschritt bekennen müsse, die kritische Frage gestellt werden, ob nicht die Summe der Arbeitsmarktregelungen, die den Arbeitnehmern zugute kommen sollen, immer häufiger gegen sie ausschlage und dies vor allem dann, wenn sie arbeitslos seien. Die Geschäftsfähigkeit in der Schattenwirtschaft sei ein Indiz dafür, daß es oft nicht an Arbeit mangle, sondern an Arbeit zu den vorgeschriebenen Bedingungen.

Das geltende Recht regelt nach Ansicht von Illies den Zugang zum Arbeitsmarkt so unflexibel wie das Ladenschlussgesetz den Zugang zum Supermarkt. Mit manchem Gerichts- und Verwaltungsentscheidungen, die den Kündigungsschutz weiter verschärfen, werde die Bewahrung und erst recht die Neuerrichtung von Arbeitsplätzen teuer und

für den Arbeitgeber mithin nicht leichter. Fasse man noch zusätzlich das Steuerrecht, die Undifferenzierung der Löhne sowie den Umfang der Lohnnebenkosten ins Auge, werde deutlich, wie hoch die Hürden geworden seien, um einen Arbeitsplatz zu schaffen.

In dem außenwirtschaftlichen Teil seiner Ansprache warnte der Kammer-Präsident erneut vor Versuchen, die internationalen Märkte über Rohstoffabkommen zu manipulieren. Für solche Abkommen werde häufig das Argument ins Feld geführt, sie seien zwar wirtschaftlich problematisch, politisch aber notwendig. Illies hierzu wörtlich: „Auch im Weltmarkt kann das, was wirtschaftlich falsch ist, auf Dauer auch politisch nicht richtig sein.“

Fast alle zustande gekommenen Abkommen, so Illies, funktionierten mehr schlecht als recht. Bestätigt habe sich erstens, daß es unter den Produzenten selbst erhebliche Interessensgegensätze gibt, mit der Folge, daß wichtige Erzeugerländer den Abkommen fernbleiben. Zweitens, daß viele Entwicklungsländer von

höheren Rohstoffpreisen mehr Nachteile als Vorteile haben. Drittens, daß es für viele Rohstoffe nicht sinnvoll ist, über Vorratsspeicher die Preise zu beeinflussen. Manche Rohstoffe sind überhaupt nicht lagerfähig oder bestehen aus zu vielen Sorten, andere, wie Kupfer, sind für ausreichende Lagerung zu teuer. Viertens, daß zu hohe Abkommenspreise zur Überproduktion anreizen, die eines Tages so massiv auf die Preise drücken, daß die Vorratsspeicher voll und die dafür bereitgestellten Kassen leer sind.

Den breitesten Teil seiner Rede widmete Illies traditionsgemäß Hamburger Problemen. Dabei nahm er zum ersten Mal als Vertreter der Hamburger Wirtschaft auch zu der anstehenden verfassungsrechtlichen Überprüfung des Länderfinanzausgleichs Stellung. Zumindest in drei Punkten, so Illies, seien die bisherigen Regelungen revisionsbedürftig, weil für Hamburg ungerecht. Das gilt erstens für den Modus, den Länderanteil der Lohnsteuer von Pendlern voll an das Wohnsitzland abführen zu müssen. Zweitens hat sich Hamburgs Stellung im steuer- und einwohnerbezogenen Finanzausgleich durch den hohen Bevölkerungsrückgang im Stadtstaat wesentlich verschlechtert. Die bisherige Einwohnerwerdung bedarf nach Illies Meinung einer Überprüfung. Drittens ist der bisherige Ansatz von Hafenlasten im Länderfinanzausgleich veraltet und muß erhöht werden.

WÄHRUNGSPOLITIK

RWI: Bundesbank soll keine Wechselkursziele anstreben

Py, Düsseldorf

Versuche, die DM-Wechselkurse gegen den Markt in die eine oder andere Richtung zu drängen, führen nicht oder nur vorübergehend zum Erfolg, und dies auch nur um den Preis hoher Belastungen. Zu dieser Einschätzung gelangt das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung (RWI) in seinem neuesten Konjunkturbrief.

Das Institut appelliert an die Bundesbank, weder eigene noch fremde Wechselkursziele anzustreben. Sie trage nur dann erfolgreich zur Belebung der Weltwirtschaft und zur Verringerung der Ungleichgewichte im internationalen Handels- und Kapitalverkehr - ebenso wie zur Stärkung und Stabilisierung im Inland - bei, wenn sie die Geldversorgung wachstums- und stabilisierungsgerecht ausweitet.

Die Bundesregierung, so das RWI, leiste ihren Beitrag dazu, wenn sie die Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik leistungs- und wachstumsgerecht gestaltet. Die Bundesbank habe diese Aufgabe im abgelaufenen Jahr zufriedenstellend erfüllt, die Bundesregierung ihre jedoch nicht.

Das RWI untermauert diese Hinweise mit dem Hinweis, daß sich Bundesbank und Bundesregierung noch vor kurzem Vorwürfen aus den USA ausgesetzt sahen, sie hätten nur unzureichend zum Anstieg des Kurses der DM und zum Rückgang des US-Dollar-Kurses beigetragen. Diese „verwunderlichen Vorhaltungen“ widersprechen den bereits früher gemachten Überlegungen und Erfahrungen, daß sich die Wechselkurse nicht durch Verkäufe und Käufe von Devisen dauerhaft nach oben oder unten drücken lassen.

EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFT

Der Güterkraftverkehr soll bis 1992 liberalisiert werden

Ha, Brüssel

Einen Zeitplan für die Schaffung eines einheitlichen Güterkraftverkehrsmarktes hat die EG-Kommission vorgelegt. Er soll sicherstellen, daß - in Übereinstimmung mit einem Grundsatzbeschluss der Verkehrsmittelminister - bis 1992 alle mengenmäßigen Beschränkungen im grenzüberschreitenden Lkw-Verkehr abgebaut und Diskriminierungen auf Grund nationaler Gesetze und steuerlicher Regelungen beseitigt werden.

Bis zum 31. Dezember 1987 sollen danach zunächst einmal 40 Prozent und im folgenden Jahr dann die restlichen 60 Prozent der bilateralen Kontingente in Gemeinschaftsgenehmigungen umgewandelt werden. Das würde bedeuten, daß die Transportgenehmigungen für das gesamte EG-Gebiet gelten, also eine erhebliche rationellere Nutzung des Laderaums ermöglichen würden.

Während der ersten Stufe soll das Verkehrsangebot auf dem gegenwärtigen Stand beibehalten werden. Beschränkungen des Transitverkehrs sollen aufgehoben werden, um die vorläufig noch bilateralen Vereinbarungen unterliegenden Transporte zu erleichtern. Bis Ende 1988 sieht der Plan dann die Einführung eines EG-Verfahrens zur Behebung von ernsthaften Marktstörungen sowie eines gemeinschaftlichen Systems qualitativer Kriterien für den Zugang zum Markt vor. Das Gemeinschaftskontingents soll jährlich automatisch um jeweils 15 Prozent heraufgesetzt und 1992 ganz aufgehoben werden.

Die Kommission weist darauf hin, daß der Rat bereits zwei wichtige Bereiche von Wettbewerbsverzerrungen behandelt hat: Im November konnten nach langem Streit revidierte Lenkzeiten für Lkw-Fahrer verabschiedet werden.

AUF EIN WORT



„Wenn Organisationen sozialer Sicherheit nicht mehr als Solidäreinrichtungen zu begreifen sind, ja, was spricht dann eigentlich dagegen, solche anonymen Systeme mit allen Tricks und Kniffen auszubeuten?“

Prof. Dr. Werner Weidenfeld, Politikwissenschaftler an der Johannes-Gutenberg-Universität Mainz.

FOTO: ENKOS

Gutes Ergebnis für Berlin

AP, Berlin

Die Berliner Wirtschaft hat nach den Worten des Industrie- und Handelskammerpräsidenten Horst Kramp, 1985 in ihrer Gesamtheit ein gutes Ergebnis vorgelegt. Unter den Erwartungen seien jedoch die Ergebnisse im Einzelhandel sowie im Baugewerbe geblieben. „Dagegen warten die von der Entwicklung des Tourismus profitierenden Hotels und Gaststätten mit guten Zahlen auf“, sagte Kramp in einem Ausblick auf 1986. Diese auch im Vergleich mit anderen Bundesländern positive Entwicklung habe aber nicht ausgereicht, die absoluten Zahlen der Arbeitslosen in Berlin signifikant zu verringern.

RAUMFAHRT / Eine Studie der OECD untersucht die Bedeutung für die Länder

AFF, Paris

Ohne Subventionen geht noch nichts

Für die Weltraumforschung und -nutzung wurden 1983 von jedem Amerikaner durchschnittlich 496 Franc, von jedem Franzosen 66 Franc und von jedem Deutschen 38 Franc ausgegeben. Dies geht aus einem jetzt in Paris veröffentlichten Bericht der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) über die „Raumfahrtindustrie“ hervor. In der erstmals über diesen Sektor veröffentlichten Studie wird die Entwicklung dieser Industrie untersucht, die heute mit ihren Trägerraketen über Satelliten bis zu Raumgleitern eine erhebliche wirtschaftliche Bedeutung erlangte. Die OECD unterstreicht dabei, daß diese Entwicklung auch zahlreiche Fragen aufwirft. So spielen die Regierungen bei der Festlegung der Programme, den Entwicklungen und der Finanzierung der Raumfahrtindustrie eine

ausschlaggebende Rolle und werden sie auch in Zukunft beibehalten.

Die internationale Organisation betont, daß die einzelnen Länder zu unterschiedlichen Zeitpunkten ihre Weltraumaktivitäten aufnehmen und die Entwicklungsstadien sowie die zur Verfügung stehenden Finanzmittel sehr unterschiedlich sind. So belief sich etwa das Budget der amerikanischen Raumfahrtbehörde NASA 1981 auf fünf Milliarden Dollar, der Europäischen Raumfahrtagentur (ESA) auf 700 Millionen Dollar, des französischen Nationalzentrums für Raumfahrtforschung (CNES) auf 487 Millionen Dollar, der japanischen Raumfahrtbehörde (NASDA) auf 449 Mill. Dollar und in Indien auf 68 Mill. Dollar.

Beim Umsatz der Raumfahrtindustrie lagen die Vereinigten Staaten 1983 mit 5,9 Mrd. Dollar an der Spitze, gefolgt von Frankreich mit 380 Mill. Dollar und der Bundesrepublik mit

250 Mill. Dollar. Die OECD macht deutlich, daß die Satellitenträger direkt oder indirekt von den Regierungen subventioniert werden und stellt die Frage nach den möglichen Folgen der öffentlichen Förderung etwa von Nachrichtensatelliten auf andere Nachrichtendienstleistungsbereiche wie Kabelverbindungen.

Übertrieben hohe Investitionen in Satellitensystemen könnten zu Überkapazitäten führen, wie es bereits zum Teil der Fall ist, wird festgestellt. Was die Satellitenträger angeht, so wird unterstrichen, daß private US-Gesellschaften gegenwärtig versuchen, auf dem Markt von Starttraktoren Fuß zu fassen, während sich die NASA schrittweise zugunsten der wiederverwendbaren Raumfähren vom klassischen Raketenantrieb löst. Die Markt der Satellitenstarts wird heute heiß umkämpft, wobei sich inzwischen die NASA und die Arianeespace diesen Markt teilen.

VEREINIGTE STAATEN

Handelsdefizit auf Rekordhöhe

Sbt., Washington

Die Handelsbilanz der USA weist für 1985, wie erwartet, ein Rekorddefizit aus. In den ersten elf Monaten erreichte es 131,8 und als Jahresrate 123,3 Mrd. Dollar im Gesamtjahr 1984. Im Berichtszeitraum sanken die Exporte um 1,1 Prozent auf 192,2 Mrd. Dollar, während die Einfuhren um 4,5 Prozent auf 328 Mrd. Dollar anwuchsen. Als Anteil am Bruttoinlandsprodukt sind damit Amerikas Lieferungen ins Ausland auf den Stand von 1977 zurückgefallen.

US-Handelsminister Malcolm Baldrige hält jedoch das Schlimmste für überstanden. Nach seiner Ansicht wird der seit Februar aufgewertete Dollar in den kommenden Monaten die Exporten ankurbeln und die Importe bremsen. Zumeist werde nach der Verabschiedung des neuen Agrargesetzes vor allem die Wettbewerbsfähigkeit amerikanischer landwirtschaftlicher Erzeugnisse. Baldrige setzt außerdem auf eine stärkere Konjunktur in den Partnerstaaten.

Mit 13,7 Mrd. Dollar fiel das US-Defizit im November erheblich höher aus als im Vorjahresmonat, als es nur mit 10,2 Mrd. Dollar zu Buch schlug. Die Exporte nahmen um 2,3 Prozent auf 18 Mrd. Dollar ab, die Einfuhren um 10,6 Prozent auf 31,7 Mrd. Dollar zu. Hier wirkte sich das Weihnachtsgeschäft aus. Ausländische Gebrauchs- und Konsumgüter lagen mit 22,8 Mrd. Dollar um 8,1 Prozent über dem Durchschnitt der vorausgegangenen zehn Monate.

Weißes Haus schön Aussicht

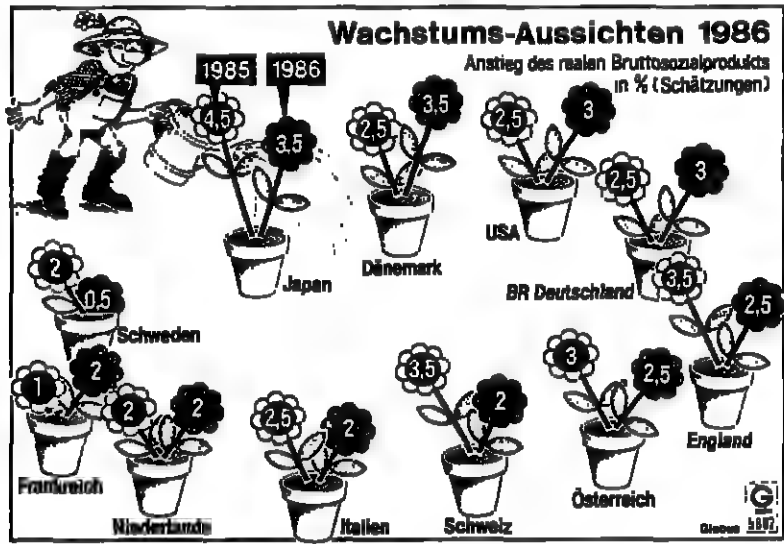
Sbt., Washington

Wenig verlässlich ist der Index der führenden Konjunkturindikatoren, den das US-Handelsministerium für November veröffentlicht hat. Er stieg zwar zum siebten Mal hintereinander, das Plus betrug jedoch nur 0,1 Prozent, verglichen mit jeweils 0,4 Prozent in den beiden Vormonaten. Vollig verzerrt wurde das Ergebnis durch die Explosion der Aktienkurse. Ohne sie hätte sich ein Minus von 0,3 Prozent ergeben. Weiterhin schleppend erhöhten sich die Aufträge für Konsumgüter und industrielle Materialien, die 40 Prozent der Industrieproduktion ausmachen.

Zweifelloos signalisiert der Index für das erste Halbjahr 1986 einen eher mäßigen Wirtschaftsverlauf, wobei Fachleute ein Realwachstum von etwa 2,5 Prozent unterstellen. Vor diesem Hintergrund weigern sich Institute in den USA, die jetzt amtlich vorgelegten Voraussagen des wirtschaftlichen Beraterstabes des Weißen Hauses unter Beryl Sprinkel zu akzeptieren. Er veranschlagt die reale Zunahme des US-Bruttoinlandsprodukts in diesem Jahr sowie in 1987 und 1988 auf jeweils vier Prozent, gegenüber 2,8 Prozent 1985.

Sprinkel wird vorgeworfen, er verwerfe den Konjunkturausblick, um auf diese Weise das Haushaltsdefizit zu drücken, was in Zukunft wegen des Ausgleichsgesetzes wichtiger als zuvor ist (ein höheres Wirtschaftstempo steigert die Steuereinnahmen). Schon für 1985 war der Stab von 3,9 Prozent ausgegangen, während der „Flash“ nur 2,4 Prozent brachte.

WIRTSCHAFTS JOURNAL



1985 war ein Jahr des Wachstums, und 1986 soll ebenfalls ein Jahr des Wachstums werden. Das Tempo der Aufschwung, der nun schon seit 1983 anhält, bleibt freilich verhalten. Zwar werden einige Länder voraussichtlich höhere Zuwachsraten erzielen als 1985, andere hingegen werden wieder etwas zurückfallen. Insgesamt dürfte die Wirtschaftsleistung der westlichen Industrieländer um drei Prozent zunehmen. QUELLE: GLOBUS

Umsätze stark gestiegen

Düsseldorf (Py) - Mit einem Gesamtumsatz von 126 Mrd. DM hat die Rheinisch-Westfälische Börse zu Düsseldorf 1985 den bislang höchsten Umsatz ihrer 50jährigen Geschichte erreicht. Wie die Börse mitteilte, war die enorme Ausweitung der Aktienumsätze (76 nach 33,2 Mrd. DM im Jahr zuvor) besonders auffallend. Das gilt auch für den Umsatz ausländischer Aktien (10 Mrd. DM). Mit rund 50 (41,3) Mrd. DM trug der Rentenmarkt 40 Prozent zum Gesamtumsatz bei. Der Anteil der DM-Auslandsanleihen ging angesichts der Unruhe im Währungsbereich und in der weitesten Zinsentwicklung um knapp ein Drittel auf 1,6 Mrd. DM zurück. Im Zuge der starken Belebung des Aktienhandels vervierfachte sich 1985 das Optionsgeschäft an der Börse.

vertritt auch die Reagan-Administration die Auffassung, daß der automatische Defizitabbau gegen die Verfassung verstößt, da die Rechte des Präsidenten geschmälert werden. Nach dem Gesetz legen nicht gewählte Volksvertreter, in diesem Fall das Haushaltsbüro des Kongresses und der Rechnungshof, die jährlichen Defizitziele fest. Dennoch verlangt das US-Justizministerium die Abweisung der Klage, die von elf Kongressabgeordneten eingereicht worden ist, aus prozeduralen Gründen. Die Anhörung beginnt Ende nächster Woche vor einem Washingtoner Sondergericht.

Gespräche gestoppt

Washington (Sbt.) - Die Verhandlungen zwischen Texaco und Pennzoil über einen außergerichtlichen Vergleich sind ausgesetzt worden, nachdem Pennzoil Forderungen in Höhe von 5,5 bis sechs Mrd. Dollar, hauptsächlich in Ölserven, geltend gemacht hat. Dies hat dem Texaco-Vorstand offenbar den Atem verschlagen. Eine starke Gruppe an der Spitze des dreifach größten US-Mineralölkonzerns glaubt, daß gute Chancen bestehen, den Streit um 11,12 Mrd. Dollar Schadenersatz vor höheren Gerichten zu gewinnen. Nach wie vor wird ein Vergleich für möglich gehalten, wobei jedoch der „Preis“ zwischen ein bis drei Mrd. Dollar angesiedelt wird.

Neuer Streit EG/USA

Washington/Brüssel (dpa/VWD) - Die US-Regierung hat beschlossen, die Einfuhren von Stahlhalbzug aus der EG 1986 auf 544 200 Tonnen zu beschränken. Hiervon sollen 181 400 Tonnen zur freien Verfügung des Büros des US-Handelsbeauftragten stehen. Sie sind damit - so erwartet man in EG-Kreisen in Brüssel - für British Steel reserviert. Für den Rest der EG wären damit nur 362 800 Tonnen verfügbar.

Verfassungswidrig

Washington (Sbt.) - Im Streit um das neue amerikanische Haushaltsausgleichsgesetz (Gramm-Rudman-Bill)

Marktanteil ausgebaut

Hamburg (dpa/VWD) - Der Anteil japanischer Autos auf dem deutschen Markt ist im vergangenen Jahr leicht gestiegen. Nach ersten Schätzungen der neuen japanischen Autofirmen Toyota, Nissan, Mazda, Mitsubishi, Honda, Suzuki, Subaru, Isuzu und Daihatsu hat sich der Marktanteil bei neu zugelassenen Personenkraftwagen und Kombi auf etwa 13 Prozent (1984: zwölf Prozent) erhöht. 1985 kamen knapp 310 000 japanische Fahrzeuge neu auf deutsche Straßen, im Vorjahr waren es rund 290 000. Der Gesamtanteil importierter Autos dürfte jedoch nur unwesentlich auf 30,5 bis 31 Prozent gestiegen sein. 1984 lag der Anteil von Importfahrzeugen - einschließlich deutscher Fabrikate aus Auslandsfertigung wie Opel und Ford aus Spanien - bei 30 Prozent.

Kooperation mit China

Frankfurt (dpa/VWD) - Ihre Kooperation mit China wird die zu den größten Expeditionen der Welt zählende Schenker und Co GmbH weiter ausbauen. Mit der chinesischen Staatsexpedition Sinotrans gründete Schenker als erstes Unternehmen der Verkehrswirtschaft eine gemeinsame Gesellschaft, an der beide Partner zu je 50 Prozent beteiligt sind. Wie in Frankfurt mitgeteilt wurde, nimmt das neue Unternehmen - die Sinotrans Schenker GmbH - seine Tätigkeit am 1. Januar 1986 auf. Firmensitz ist Hamburg. Ziel des Gemeinschaftsunternehmens ist den Angaben zufolge die weitere Intensivierung der Verkehrsbeziehungen zwischen China und Europa. Besondere Bedeutung habe der Container-Verkehr über die „transsibirische Landbrücke“.

FRANKREICH

Supermarktwelle flacht ab

J. Sch. Paris
Der Konzentrationsprozess im französischen Einzelhandel läßt weiter nach. An Großflächengeschäften wurden 1985 nur noch 394 neu eröffnet gegenüber 534 im letzten Jahr. Dabei verminderte sich die Zahl der sogenannten Hypermärkte (Verkaufsfläche mehr als 1500 Quadratmeter) auf 21 (24) Einheiten, während die der gewöhnlichen Supermärkte auf 373 (510) Einheiten zurückging. Zum Jahresende zählte Frankreich 580 Hyper- und 5917 Supermärkte mit einer Verkaufsfläche von 3,27 und 5,25 Millionen Quadratmetern.

Die durchschnittliche Verkaufsfläche der neu eröffneten Hypermärkte erreichte 1985 mit 4316 Quadratmetern den niedrigsten Stand seit 1982 (4334 Quadratmeter). Diesen Schrumpfungstrend führt der zuständige Branchenverband vor allem darauf zurück, daß für derartige Großflächengeschäfte immer weniger geeignetes Terrain zur Verfügung steht. Außerdem wurden weniger Projekte von den Behörden genehmigt.

Nach dem Gesetz zum Schutz des unabhängigen französischen Einzelhandels (Loi Royer) müssen die Projekte zunächst örtlichen Kommissionen vorgelegt werden, in denen Klein- und Einzelhandelsbetriebe die Stimmenmehrheit haben. Verweigern sie die Genehmigung, dann kann der Minister für Handel und Gewerbe anders entscheiden. Unter der sozialistischen Regierung wurden aber nur selten Revisionen durchgeführt, obwohl das Wirtschaftsministerium im Interesse der Preisstabilität auf größere Niederlassungsfreiheit drängte.

Die Großflächengeschäfte leisten immer noch einen positiven Beitrag zum Arbeitsmarkt. Insgesamt beschäftigt die Supermärkte 144 000 und die Hypermärkte 112 500 Arbeitnehmer. Am gesamten Einzelhandelsumsatz waren die Super- und Hypermärkte 1985 mit 31,9 Prozent beteiligt, dabei mit 49,7 Prozent im Lebensmittelbereich, schätzte der Branchenverband. Außerdem wurden im Ausland 13 französische Großflächengeschäfte errichtet gegenüber erst drei in 1984 und fünf in 1983.

NIEDERLANDE / In Westland regelt moderne Technik das Wachstum der Pflanzen

Der Garten Europas liegt unter Glas

HELMUT HETZEL, Den Haag
Als in der vergangenen Woche in Westland, der holländischen Hauptstadt in Sachen Gemüse und Obst, die ersten von Natur aus eigentlich in Neuseeland beheimateten Kiwis geerntet wurden, herrschte in der dortigen Versteigerungshalle Hochstimmung. Spitzenpreise wurden erzielt. Die meisten Gemüsegrossisten waren bereit, umgerechnet rund 15 Mark für ein Kilo dieser auf dem europäischen Obstmarkt noch immer etwas exotisch anmutenden Frucht zu bezahlen. Aber mit Hilfe holländischer Gartentechnik ist die Kiwi nun auch in Europa heimisch geworden.

In Westland haben es die Kleingärtner mit Erdbeergeist und moderner Technik im Laufe der letzten Jahrzehnte geschafft, ihre früheren Kleinbetriebe zu leistungsfähigen Gartenbaufarmen auszubauen, die beeindruckende Ergebnisse erzielen. Hier gedeihen heutzutage Tomaten und Kopsalat, Paprika und Auberginen auch dann bestens, wenn die Sonne nicht scheint und der Winter in diesen Breiten den Ton angibt. Unter dem Synonym „gläserne Stadt“ haben die Treibhäuser Westlands Weltberühmtheit erlangt.

Auf einer Gesamtfläche von rund 15 000 Hektar, gelegen zwischen dem Dreieck Den Haag, Rotterdam und Hoek van Holland, gedeihen hier jährlich beispielsweise 280 Millionen Kilogramm Tomaten, 24 Millionen Kilogramm Paprika, wachsen rund 160 Millionen Salatgurken und wer-

den 251 Millionen Stück Kopsalat abgeschnitten. Etwa 3500 Hektar der gesamten agrarischen Anbaufläche sind überglasiert. Sie stellen das eigentliche Herz und Produktionszentrum Westlands dar und machen jährlich mehrere Ernten in einem beheizten Treibhausklima möglich. Doch mit Treibhäusern herkömmlicher Art haben diese hochmodernen Glashäuser schon längst nichts mehr zu tun. Computer regulieren hier die Wärmefuhr. Tomaten schlagen weitgehend schon nicht mehr in „Mütter Erde“, sondern in eigens dafür zusammengestellten Nährlösungen ihre Wurzeln. Sie sorgen für optimales Wachstum. Alles computerüberwacht und -gesteuert. Nicht mehr die Natur, die Technik regelt hier das Wachstum der Pflanzen.

Dies erntet die phantastischen Erfolge der Holländer möglich und liegt Westland, wie mancher hier meint, „zum Garten Europas“ werden. Etwa 3200 Gartenbaubetriebe sind hier ansässig. Sie beschäftigen die gesamte Zulieferindustrie eingeschlossen, etwa 40 000 Menschen. Zusammen mit den in anderen Teilen der Niederlande produzierenden Kollegen der Branche repräsentieren sie neben der Blumen- und Käseindustrie des Landes die dritte starke Säule des niederländischen Agrarsektors, der insgesamt etwa 23 Prozent aller holländischen Exporte stellt (niederländischer Zahlungsbilanzüberschuss in 1984: 11,8 Milliarden Gulden). Die

Gemüse- und Obstindustrie exportierte allein 1984 rund 1,3 Millionen Tonnen an Waren. Exportschlager sind nach wie vor Tomaten und Gurken. Hauptabnehmer: die Deutschen. Sie kauften im vergangenen Jahr für 2,5 Milliarden Gulden in Holland ein und nahmen damit 50 Prozent des hier erzeugten Obstes und Gemüses ab. Zum Vergleich: auf Platz zwei der niederländischen Exportstatistik steht Großbritannien (204 Millionen Tonnen, 477 Millionen Gulden, 1984).

Die Ausfuhrzahlen sind nach wie vor bestens. „Exportschwerpunkt“, so Carla Vis von der Zentralstelle für Gemüseversteigerungen in Den Haag, „ist in diesem Jahr der amerikanische und kanadische Markt.“ Als sie von ihrem Computer die neueste Exportstatistik für das laufende Jahr (Januar bis einschließlich November) ausdrucken läßt, erscheint die bisherige Exporttabelle: 1,42 Millionen Tonnen. Das sind in den ersten elf Monaten dieses Jahres bereits 8,4 Prozent mehr als im ganzen Jahreszeitraum von 1984. Auch hier in der Haager Zentrale ist man, wie in Westland selbst, optimistisch dank nach wie vor billiger Erdgaspreise aus heimischen Vorkommen. Selbst auf die kritische Frage, warum im Dezember oder Januar geerntete Tomaten manchmal allzu wässrig schmecken, ist man eine Antwort nicht verlegen: „Dann hat der Computer offensichtlich die Nährlösung falsch berechnet“, heißt es etwas ironisch.

KONKURSE

Konkurse eröffnet: Ahrensburg: S. K. Sportkompass-Vertriebs-Ges. mbH, Glünde; Bergheim: Farben Schmitz GmbH & Co. KG, Kerpen; Brüggen: Bleifeld: Bauges, Nagel KG, Borgholzhausen; Rudi Horst, Negele, Architekt VFA, Borgholzhausen; Coesfeld: H. u. W. Fritz GmbH & Co.; Karlsruhe: Horst Gohm, Kaufmann; Krefeld: Nachl. d. Anna Margarete Gockel, Lehrer; Otto Zäde, GmbH, Stahl- u. Montagebau, Seindorf; Ludwigshafen: abacus MediCom Vertriebsges. f. EDV i. d. Medizin GmbH, Kornal-Münchingen; München: BOR-Balken-Orient-Handelsges. mbH, VLE-MUSIC Public Relation, Marketing u. Produktion GmbH, Mar-

tinried; Peters & Wagner, Ges. f. Steuerungs- u. Erlassungssysteme mbH; OML-Lebensmittel GmbH; Nachl. d. Joachim Leopold Mühlhaupt, Orlowen; Nachl. d. Regina Maria Eigner geb. Busler, Bulgari Parfum Couture Deutschland Import- u. Vertriebsges. mbH; Nachl. d. Hella Pasquay, Apothekerin; Paderborn: Jutta Guckert, Kaufhaus; Landstätt; Passau: Hotel Betriebsbes. Almburg mbH & Co. Betriebs KG, Mitterfarmsreut; Norbert Uts, Inh. e. Schreiner; Aschenbrenner GmbH, Vilsbiburg; Trier: Ursula Josten, Konz. Wappertal; Nachl. d. Heide Pittroff.

Vergleich beantragt: Duisburg: Tiefbau Wilms GmbH, Oberhausen.

NAMEN

Dr. Walter Petrak, bisher Generaldirektor der Raiffeisen-Versicherung, übernahm mit Wirkung vom 1. Januar 1986 die Führung der Bundesländer-Versicherung. Der bisherige Bundesländer-Chef Kurt Basse stellte sein Amt auf eigenen Wunsch und aus gesundheitlichen Gründen zum 19. Dezember zur Verfügung.

Hellmut Schubert (53), Leiter des Geschäftsbereichs Inlandabsatz der Molkerei-Zentrale Süd, Nürnberg, ist zum Jahresende aus dem Berufsleben ausgeschieden.

IM BLICKPUNKT / Daniel Goeudevert, Vorstandsvorsitzender der Ford-Werke AG

„Erfolg ist nur im Team möglich“

Mit einem für viele Franzosen typischen Augenzwinkern und einem für deutsche Unternehmens-Chefs ebenso untypischen Schuß Selbstkritik entwarf Daniel Goeudevert (43), seit fünf Jahren Ford-Chef in Deutschland, den Fragensteller: „Ich bin selbst manchmal übermüdet, daß ich so lange auf diesem Stuhl geblieben bin.“ Der gebürtige Franzose, der von einer hoffnungsvollen Karriere als Literaturwissenschaftler an der Pariser Sorbonne Abschied nahm, um als Familienvater „endlich zu Geld zu kommen“, Autos verkaufte, bei Citroën Schweiz und Renault Deutschland in Spitzenpositionen kam, wurde kurz vor seinem 39. Geburtstag zum Vorstandsvorsitzenden der Ford-Werke AG berufen. Er wußte um diesen als Feuerstuhl gefürchteten wie als Karrierefahrstuhl geschätzten Chefessell im 15. Stock der Hauptverwaltung im rechtsrheinischen Köln-Deutz. Zwei Rekorde kann er mit Sicherheit für sich verbuchen: Er war der bisher jüngste Ford-Chef in Deutschland, und keiner ist es bislang länger geblieben. Sieben Vorgänger brachten es auf zusammen 15 Jahre.

Ohne jede Selbstüberschätzung weiß Goeudevert, daß dies weitgehend nur innerhalb des schon vorhandenen Teams möglich war. „Der Erfolg eines Managers ist immer der Erfolg eines Teams.“ Dabei schließt der rotblonde Riese aus Reims ein „mittelgroßes Stück Glück“ nicht aus.

Mittrauen gegen alle Titel

Zu seiner Lebensphilosophie gehört auch eine natürliche Portion Mißtrauen gegen alle Titel, den im Verwaltungs-Erdschoß ausgewiesenen „Generaldirektor“ eingeschlossen. Ihm will das zu martialisch und zu antiquiert erscheinen. Er hält es eher mit dem französischen Autoren des in Deutschland unbekannten Buches „Die alte Weisheit über Management“. „Ein Manager soll sich voll engagieren und nie darauf achten, ob er seinen Stuhl behalten kann oder verlieren könnte, nicht rückwärts zu sein, aber im Bestreben, aus der Position das Beste für das Unternehmen zu machen.“

Goeudevert fühlt sich immer noch in dieser Stimmung, die ihm auch über manche Frustration der Marktposition von Ford in Deutschland hinweggeht haben mag. Dabei mag sicher auch das Alter eine Rolle spielen. Bei aller lockeren Haltung, seinem Humor und seiner Leichtigkeit im Umgang mit Mitarbeitern nimmt er seine Verantwortung als



ZEICHNUNG: KLAUS SCHÖLE

Manager sehr ernst. Dabei rangiert jedoch sein Verhältnis zum Management („leidenschaftlich“) vor dem zum Produkt, wenngleich dieses besondere Produkt Auto in seiner volkswirtschaftlichen Rolle, seiner Abhängigkeit von politischen Entscheidungen und seinen langfristigen Entwicklungen den Manager „ungleich stärker fordert als etwa Senf oder Strümpfe“.

Die Technik fasziniert ihn weniger als die Kunst der sehr intellektuell angesiedelten Ingenieure. Bei der Autotechnologie hat er wohl manchmal das Gefühl, sie könne allzu leicht zum Selbstzweck werden, wo sie vielleicht dem Verbraucher kaum Nutzen bringt. Das Auto muß schließlich als Massenprodukt verkauft werden. In der Zukunft stellt sich Ford noch stärker als in der Vergangenheit den Grundsätzen von Wirtschaftlichkeit im Verbrauch, Fahrkomfort, Umweltfreundlichkeit und Sicherheit.

Beim Hinweis auf hervorragendes Karosserie-Design und optimale Ausstattung, wo Ford mit Scorpio und Sierra sicher auf dem europäischen Markt Schrittmacherdienste geleistet hat, einerseits und bloße Konfektion bei der Motorenentwicklung andererseits, räumt Goeudevert größere Fortschritte der Wettbewerber ein. Ford habe hier den Verbrauchswerten und der Laufzeit der Motoren, die allgemein anerkannt werden, größere Priorität eingeräumt als der Leistungsfähigkeit. Künftige Investitionen gelten daher stärker als zuvor der Motorenentwicklung. Beim 1,6 Liter Diesel und den 1,8 und 2 Liter Einspritzmotoren hat sie bereits begonnen.

Goeudevert hält Ford in Europa für durch und durch europäisch. Bei Produktionsschritten in sechs Ländern reden natürlich die dortigen Entwick-

lungs-Chefs miteinander. Dennoch, so europäisch wie möglich sein zu können, stößt vielleicht hin und wieder auf so deutsch wie nötig sein zu wollen. Einerseits gilt der deutsche Markt in Fertigung und Absatz als tonangebend, aber Ford ist in der Situation, auf den europäischen Märkten über ausgeglichene Anteile zu verfügen. Diese Struktur nötigt Zugeständnisse ab. Der Ford-Chef sieht hierin jedoch keinen Nachteil.

Goeudeverts Haltung zu Marktanteilen? Sie sind ein Leistungsmesser, wo man politische, auch soziale Umfeldereinflüsse kaum beeinflussen kann. Aber zuviel Anteilserwerb bringt auch eine Kette von Reaktionen, die man kaum mehr steuern kann. Da kann ein zu starkes Abrutschen schon gefährlich werden. Mit 10,3 Prozent hatte Goeudevert 1981 begonnen, 1984 brachte 12,5 Prozent bei geringerem Marktvolumen, 1985 werden es über 11 Prozent sein. Dafür war vor allem verantwortlich, daß Ford (wie auch Opel) stärker unter der Umweltdiskussion gelitten hat als andere Marken. Beide exportieren nicht in die USA und verfügen aus diesem Grund nicht über Katalysatormotoren. Die Folge: längere Anlaufzeiten und gewaltige Investitionen in die neue Technik.

Zuversichtlich hinsichtlich neuer Produkte im hauseigenen Philosophiepark. Der Ford-Chef sieht den Trend – wenn auch ohne Zeiträumen – eher bei zwölf oder 13 Prozent Marktanteil als bei zehn Prozent der Vergangenheit.

Aktiver Pessimist

Beim Thema „japanischer Wettbewerb“ sieht sich Goeudevert vielfach mißverstanden. Etwa 300 000 japanische Pkw in Deutschland, eine Million in Europa, durch Nippon fast 1,3 Mill. deutsche Autos weniger in Drittländern, die in den nächsten fünf bis zehn Jahren nicht mehr zurückerobert werden können, schließlich die mögliche Aufhebung von Japan-Importbeschränkungen in den Ländern, die den Löwenanteil des deutschen Pkw-Exports aufnehmen, haben den Ford-Chef zu einem „aktiven Pessimisten“ werden lassen.

Das sieht er nicht als ein Synonym für Realismus an. Schwarzmalerei oder Resignation in dieser Frage weist Daniel Goeudevert weit von sich. Der japanischen Herausforderung gewinnt er auch eine gute Seite ab: „Die deutschen Hersteller sind – auch ohne staatliche Erleichterungen – viel schneller zu notwendigen Strukturverbesserungen gekommen.“ HARALD POSNY



Darauf können sich viele Ältere freuen. Und die Jüngeren auch.

Für Mütter oder Väter werden jetzt Kindererziehungszeiten bei der Rente anerkannt. Bisher gingen Mütter, die Kinder erzogen hatten, in der eigenen Altersversorgung leer aus. Jetzt wird Müttern oder Vätern ab Jahrgang 1921, die während der Kindererziehung nicht erwerbstätig waren, für jedes Kind, das sie erzogen haben, ein Beitragsjahr für die Rente gutgeschrieben. Das erhöht die Rente und begründet Rentenansprüche. Wer 1986 in Rente geht, erhält rund 25 Mark mehr Rente im Monat für jedes Kind.

Frau und Mann sind jetzt bei der Hinterbliebenenrente gleichgestellt. Für beide gilt die Hinterbliebenenrente mit Freibetrag. Die Witwe oder der Witwer

bekommt 60 Prozent der Rente des verstorbenen Ehegatten. Die Hinterbliebenenrente wird voll gezahlt, wenn daneben eigenes Erwerbs- oder Erwerbsersatz Einkommen nur bis zu 900 Mark im Monat bezogen wird. Erst bei höherem eigenem Einkommen ruht ein Teil der Hinterbliebenenrente; dadurch werden Empfänger niedriger Renten geschont. Die eigene Rente bleibt immer unberührt. Bereits laufende Witwenrenten sind ebenfalls nicht betroffen. Eheleute über 50 Jahre können bis 1988 wählen, ob für sie altes oder neues Recht gelten soll.

Rentenerhöhung zum 1. Juli 1986
Die Renten sollen zum 1. Juli 1986 um rund 3,1 Prozent angehoben werden, das entspricht der durchschnittlichen Steige-

rung der Löhne und Gehälter im vergangenen Jahr. Nach Abzug des Krankenversicherungsbeitrages wird die effektive Rentenerhöhung rund 2,3 Prozent betragen.

Informieren Sie sich über die gesetzlichen Neuerungen in den nächsten Tagen wieder an dieser Stelle.

Coupon

Wenn Sie mehr zum Thema Neues Rentenrecht wissen wollen, kleben Sie diesen Coupon auf eine Postkarte, die Sie mit einer 60 Pf-Briefmarke freimachen, und schicken Sie diese an das Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung Postfach 500, 5300 Bonn 1

Name _____
Straße _____
PLZ/Ort _____



Eine Information des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Central stärkt Position

Düsseldorf (Fr.) – Die zur Aachener und Münchener Versicherungsgruppe gehörende Central Krankenversicherung AG, Köln, erwartet für 1986 ein Ergebnis, das neben einer angemessenen Rücklageaufzählung die Vorjahresdividende ermöglicht. In einem Zwischenbericht per 30. 9. heißt es, daß zur weiteren Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit weitgehend auf Beitragserhöhungen verzichtet worden ist. Die Beitragseinnahmen stiegen um 1,8 Prozent auf 381 Mill. DM, während die Versicherungsleistungen um 4,7 Prozent auf 278 Mill. DM wuchsen. Der Ausbau des Außendienstes ließ die Betriebskostenquote auf 15 (13,8) Prozent ansteigen. Die Kapitalanlagen von 1 Mrd. DM brachten in den ersten drei Quartalen mit 63 Mill. DM um 13 Prozent höhere Erträge.

DressMaster erfolgreich

Düsseldorf (Fr.) – Die zur Stellmann-Gruppe gehörende DressMaster Bekleidungs- und Textil-GmbH & Co. KG, Herne, hatte mit einer Umsatzsteigerung um 45 Prozent auf rund 62 Mill. DM 1985 das erfolgreichste Jahr

der Unternehmensgeschichte. Das in den 30er Jahren in Berlin gegründete Unternehmen, das sich seit 1970 im Besitz von Klaus Stellmann befindet, hat sich im Lauf der letzten Jahre zu einem der führenden Anbieter von Herrenmode entwickelt. 1985 wurden 82 000 Anzüge, 187 000 Sakkos, 240 000 Hosen, 154 000 Sportswear-Oberteile, 170 000 Sportswear-Hosen sowie 44 000 Mäntel produziert. Die Internationalität der Kollektionen hat auch zu wachsenden Exporterfolgen, vor allem in England und in Skandinavien, geführt. Die Produktion erfolgt in eigenen westfälischen Werken sowie im Mittelmeerraum und in Osteuropa. Die Ertragslage wird als „befriedigend“ bezeichnet.

Justus kooperiert

Hamburg (JB.) – Die Hamburger Justus-Gruppe, die im Anlagenbau für die Nahrungs- und Genussmittelindustrie tätig ist und die rund 50 Mill. DM umsetzt, hat zum 30. Dezember 1985 einen Kooperationsvertrag mit der britischen Gruppe Barry-Wehmüller Ltd. abgeschlossen. Zum Jahresbeginn 1986 wird Barry-Wehmüller weltweit (ausgenommen Nordamerika und Mexiko) den Ver-

trieb von Geräten zur Füllstandskontrolle übernehmen, die die Justus Technik GmbH Industrieanlagen herstellt. Barry-Wehmüller zählt mit einem Umsatz von rund 50 Mill. Dollar zu den führenden Herstellern von Anlagen für die Getränkeindustrie.

75 Jahre in der Chemie

Düsseldorf (Fr.) – Die Weinstock + Siebert GmbH & Co., Düsseldorf, Produktions- und Handelshaus für chemische Produkte, besteht 75 Jahre. Mit rund 100 Beschäftigten erwirtschaftete das Unternehmen 1985 einen Umsatz von 50 Mill. DM. Noch heute ist der Großhandelsbereich die Grundlage des Unternehmens. Internationale Bedeutung erhielt das Unternehmen mit dem unter der Marke „Futax“ vertriebenen Feuerlöschpulver, das in 70 Länder verkauft wird. Weinstock + Siebert gehört zur Penta-Chemie-Konzerngesellschaft – einer Kooperationsgruppe unabhängiger, kapitalmäßig nicht verflochtener chemischer Händler. Diese „Antwort des Mittelstands gegen die Handelskonzern“ hat heute mit acht Gesellschaften (16 Betriebe mit 1100 Mitarbeitern) einen Inlands-umsatz von rund 550 Mill. DM.

LOG-INFORMATIONSSYSTEM / Erster Test in der Praxis der Transporteure

Ladung ist immer unter Datenkontrolle

HEINZ HILDEBRANDT, Greven
Rund drei Milliarden Tonnen Güter werden jährlich auf den deutschen Straßen bewegt – durch Lastwagen, deren Auslastung und deren Streckenführung nicht immer optimal ist. Zudem gibt es innerhalb der Transportkette vom Versender über den Versandpediteur, dem Frachtführer und dem Empfängerpediteur bis hin zum Empfänger oft noch einen erheblichen Leerlauf mit Reibungsverlusten. Hier mit Hilfe der EDV neue Lösungen zu suchen, war die Aufgabe, die sich Anfang dieses Jahrzehnts ein Team qualifizierter Spezialisten stellte und deren daraus entwickeltes Informationssystem „Log“ sich jetzt der Praxisbewährung unterzieht.

Das Log-System ermöglicht den Beteiligten einen be gegenseitigen Datenaustausch zur Steuerung der Gütertransporte. Er verbindet alle Glieder der Transportkette, wobei die Daten selbst nur beim ersten Glied dieser Kette, also beim Versender, eingegeben werden und dem Warenfluß vorauslaufen. Der Zustand der Sendung ist dabei in jedem Augenblick über

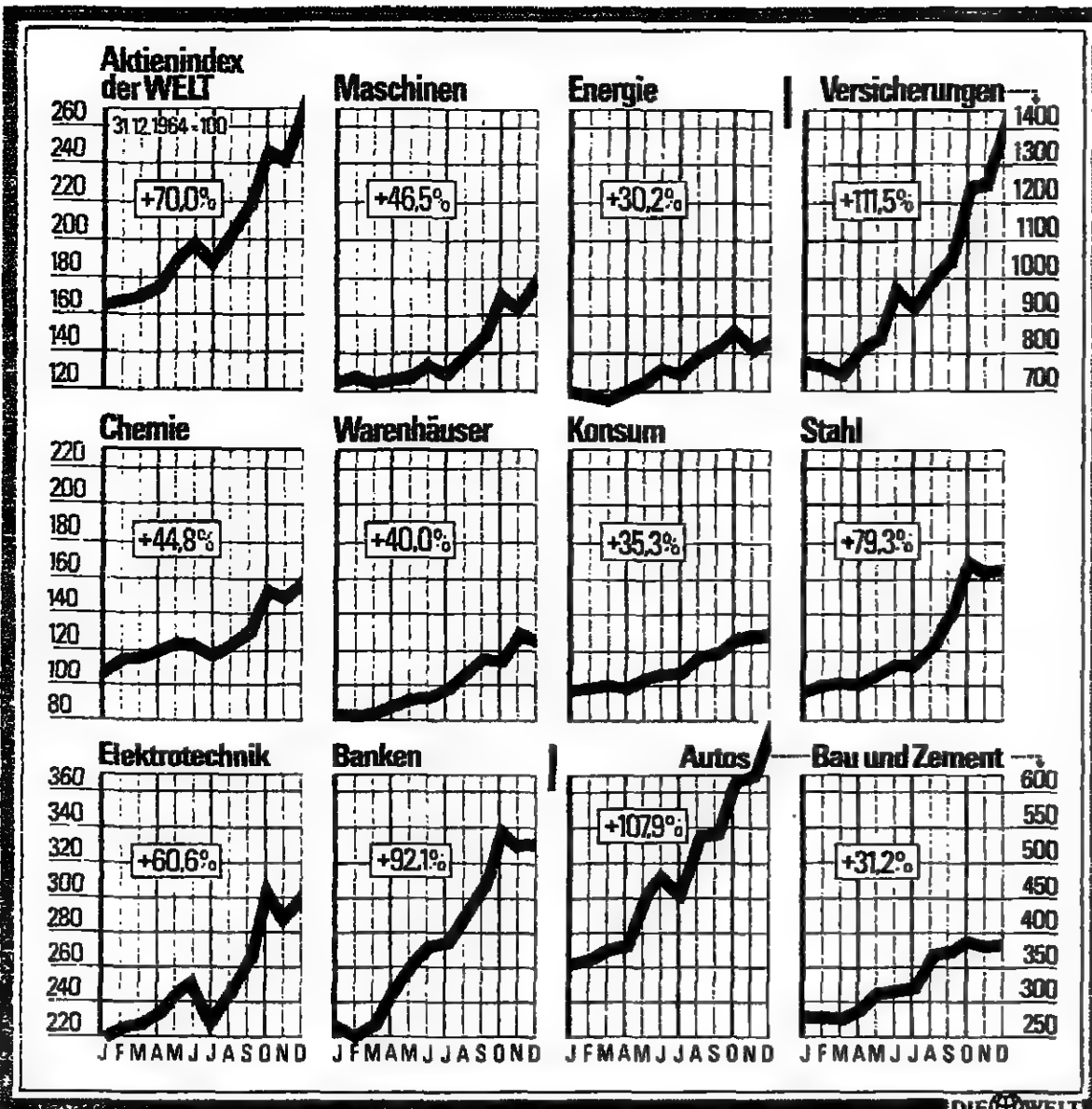
ein transparentes System der Auftragsverfolgung sichtbar. Alles in allem erlaubt dieses System eine höhere Kapazitätsauslastung nicht zuletzt durch eine verbesserte Steuerung und Kontrolle von Transportketten.

Dabei stellt sich das Log-System für den potentiellen Anwender äußerst kostengünstig. Benötigt wird lediglich ein Zwischenrechner, der als Peripheriegerät an alle in der Praxis eingesetzten EDV-Systeme angeschlossen werden kann. Bei den ersten Pilotversuchen wurde hier ein Personal-Computer amerikanischer Herkunft eingesetzt. Kostenpunkt rund 20 000 DM.

Die entsprechende Software ist für zukünftige Anwender kostenlos, denn an den Entwicklungskosten war das Bundesministerium für Forschung und Technologie maßgebend beteiligt. Es übernahm 3,68 Mill. DM der bisher auf 4,91 Mill. DM aufgelaufenen Entwicklungskosten. Weitere 1,2 Mill. DM steuerte die Internationale Spedition Josef Fiege GmbH & Co. KG, Greven, bei. Die Fiege-Gruppe, die mit rund 180 Mill. DM Jahresumsatz und fast 1000 Mitarbeitern zu den

größten regionalen Speditionen im Norden der Bundesrepublik gehört, stellte vor allem auch ihr Praxis-Know-how zur Verfügung, sie brachte damit eine erhebliche Vorleistung für die gesamte Branche. Außer Fiege sind inzwischen bereits drei weitere Speditionen an das System angeschlossen, außerdem acht Unternehmen aus der Industrie.

Der derzeitige Status ist allerdings erst eine Zwischenlösung. Die Erweiterung des Systems über den Straßengütertransport hinaus bietet sich an, durch Einbeziehung der Luft- und Seefracht, dies durch Integration von dort bereits bestehenden Insellösungen sind vorhanden. Schließlich ist hier sogar auf weite Sicht ein grenzüberschreitendes System vorstellbar, zumindest auf EG-Basis. Staatssekretär Albert Probst vom BMFT schließt nicht einmal aus, daß die Entwicklung eines solchen Systems sogar „Eureka-trächtig“ sein könnte. Der lokalisierte Wettbewerb auf europäischer Ebene, zum Beispiel der der europäischen Häfen untereinander, steht dem allerdings noch entgegen.



AKTIENBÖRSE / Ausländer machten 1985 zum Jahr ungeahnter Superlative

Auch 1986 bleibt noch chancenreich Aber die Risiken nehmen doch zu

Von CLAUD DERTINGER

Die auch am letzten Geschäftstag des dritten Jahres der Nachkriegszeit steigenden Aktienkurse sind Ausdruck der Erwartung, daß die deutsche Aktienmarkt weiterhin gute Chancen bietet. Allerdings ist niemand so verwegend zu glauben, daß 1986 ähnlich hohe Gewinne winken wie in diesem Jahr, in dem das Kursniveau, gemessen am Aktienindex der WELT, um 70 Prozent geradezu explodiert ist. Doch gute Aktien, so die Überzeugung der meisten Experten, werden auch 1986 alle anderen Anlagen in der Bundesrepublik schlagen.

Im gerade abgelaufenen Jahr waren deutsche Aktien jeder anderen soliden Kapitalanlage haushoch überlegen. Für die Aktionäre war 1985 ein Jubiläum, wie man es nur äußerst selten erlebt. Lediglich in den Wirtschaftswunderjahren 1954 und 1959 waren Aktien noch höheren Gewinn ab. Auch im internationalen Börsenkonzept spielte der deutsche Aktienmarkt eine herausragende Rolle. Nur die im Weltmarkt unbedeutenden Börsen in Mailand und Wien hatten die Nase noch weiter vorn.

Nach einem bereits mehr als 70prozentigen Kursniveau-Anstieg in den vorangegangenen knapp zwei Jahren, der sich zusammen mit dem diesjährigen Gewinn auf ein Indexplus von 193 Prozent seit dem letzten zyklischen Tiefstand im August 1982 addiert, kann man das ohne Übertreibung von einem Börsenwunder sprechen, das selbst die allergrößten Optimisten nicht erwartet hatten. Das übertrifft aber vor allem einen Hintergrund: Noch nie in den letzten 30 Jahren hat die deutsche Börse einen Aufschwung von so langer Dauer erlebt.

Der deutsche Aktienmarkt ist 1985 in neue Dimensionen hineingewachsen. Die Kurs- und Umsatzexplosion - die Umsätze waren in den ersten zehn Monaten mit 188 Milliarden Mark bereits doppelt so hoch wie im gesamten bisherigen Rekordjahr 1984 - sind der äußerliche Ausdruck von bemerkenswerten Veränderungen im Umfeld der Börse.

Die Aktie hat weltweit eine Renaissance erlebt

Greift man sie weltweit ab, so ist hier an erster Stelle der anhaltende Druck auf die Inflationsraten zu nennen, der die Zinsen sinken ließ und den Drang in „tote“ Sachanlagen wie Immobilien und Edelmetalle weiter stark bremste. Zugleich erleben die „Kapitalisten“, begünstigt von den „Spätfolgen“ der Hochzinsphase, einen beachtlichen realen Vermögenszuwachs, aus dem auch ein höherer Wiederanlagebedarf resultiert. Und der konzentriert sich dank aufwärts gerichteter Weltkonjunktur und steigender Unternehmensgewinne in einem zuvor nicht gekannten Ausmaß auf Aktien, dem idealen unternehmerischen Investment für Nichtunternehmer. Die Aktie hat in den letzten Jahren und ganz besonders 1985 weltweit eine Renaissance als Anlageinstrument erlebt.

Gleichzeitig sind die wichtigsten Aktienmärkte der Welt im Zuge des Fortschritts modernster Informationstechnik enger zusammengewachsen, was gerade in der Bundesrepublik eine deutliche Verbesserung des Marketings für die Aktie verbunden ist. Die deutsche Börse ist im letzten Jahr so international ge-

worden wie nie zuvor. Ausländer wurden 1985 zur bedeutendsten Anlegergruppe am Aktienmarkt. Allein in den ersten zehn Monaten kauften und verkauften sie für 82 Milliarden Mark deutsche Aktien und damit soviel wie in den drei Vorjahren zusammen. Das ausländische Netto-Engagement dürfte 1985 elf Milliarden Mark erreicht haben und damit dreimal so hoch gewesen sein wie im Vorjahr. Ohne diese treibende Kraft aus dem Ausland wäre die deutsche Börse nie auf diese Rekordhöhen gesprungen, und die Deutsche Bank hätte es auch nicht geschafft, innerhalb weniger Stunden für 3,8 Milliarden Mark die Flickschen Daimler-Aktien zu platzieren.

Der ausländische Drang an den deutschen Aktienmarkt ist kein Zufall. Er spiegelt die günstige Einschätzung der Leistungskraft der deutschen Wirtschaft ebenso wider wie das Vertrauen in die Wirtschafts-, Finanz- und Geldpolitik sowie in die politische Situation überhaupt. In mancher Hinsicht schneidet die Bundesrepublik im internationalen Urteil wesentlich besser ab als viele andere Länder. Immer mehr ausländische institutionelle Anleger, vor allem amerikanische und britische, wittern hervorragende Chancen bei deutschen Aktien, die in ihren international gestreuten Portefolios unterrepräsentiert waren. Sie griffen nach dem Feinsten vom Feinen, das der Markt zu bieten hatte, die im internationalen Vergleich lange Zeit als spottbillig galten.

Aber sind die „blue chips“ immer noch preiswert, nachdem sich die Kurse von Papieren wie Allianz, den Großbankaktien, Daimler, VW und Thyssen 1985 mehr als verdoppelt haben und andere Spitzenwerte wie Siemens, Linde, Mannesmann und Veba Gewinne von etwa 70 bis 100 Prozent erzielt haben? Der Markt wird nach den jüngsten Kurssteigerungen etwa mit dem 14fachen der für 1986 von den Analysten erwarteten Unternehmensgewinne bewertet. Vor einem Jahr lag dieses Kurs-Gewinn-Verhältnis noch unter dem Elfenfachen. Diese Verteuerung ist das Ergebnis einer Neuanschätzung der Aktienanlage, die nicht nur die Erwartung einer Verstärkung der konjunkturellen Dynamik in diesem Jahr widerspiegelt, sondern auch schon einen Vorstoß auf einen aufwärts gerichteten Wachstums- und Gewinnrendite im Wahljahr 1987 enthält. Nach früheren Erfahrungen stößt das Bewertungsniveau inzwischen in Regionen vor, die es sonst meist nur in Überhitzungsphasen an der Börse überschritten hat.

Einen gewissen Kurssteigerungsraum läßt nach Meinung der Analysten allerdings noch die aus dem Kurs-Gewinn-Verhältnis errechnete „Gewinnrendite“ zu, die mit gut sieben Prozent gegenüber dem Kapitalmarktzins von rund 6,5 Prozent noch eine kleine Risikoprämie enthält. Damit steht der deutsche Aktienmarkt besser da als zum Beispiel die großen Börsen in New York, London und Tokio, wo die Gewinnrendite der Aktien deutlich unter dem Rentenmarktzins liegt, und das vor allem dann, wenn man berücksichtigt, daß die Gewinnabschätzungen der deutschen Analysten aus methodischen Gründen im internationalen Vergleich unterzeichnet sein dürften. Diese „Zahlenspiele“ sind freilich nur technische Hilfsmittel für die Börsenbewertung, mit denen sich nicht im konkreten Einzelfall voraussagen

läßt, um wieviel eine Aktie steigt oder fällt. Wer sie in den letzten Jahren und gerade auch 1985 in seine Anlagestrategie eingebaut hat, ist allerdings sehr gut gefahren. Denn die steigenden Unternehmensgewinne bei sinkendem Kapitalmarktzins waren der Haupttreiber für die Hausse.

Angesichts der Dominanz der ausländischen Marktteilnehmer an der deutschen Börse haben Währungsüberlegungen 1985 eine besonders wichtige Rolle gespielt. Die Unterbewertung der D-Mark gegenüber dem Dollar hat deutschen Aktien und festverzinslichen Papieren über weite Strecken hinweg zu besonderer Attraktivität verholfen. Inzwischen sitzen viele ausländische Anleger nicht nur auf dicken Aktienkursreserven, sondern auch auf fetten Währungsgewinnen, jedenfalls wenn sie aus dem Dollar oder aus dem Pfund in deutsche Papiere investiert haben. Noch wird der D-Mark zwar weiteres Aufwertungspotential zugebilligt, auch gegenüber einigen EWS-Währungen; aber was geschieht, wenn das Potential als ausgeschöpft gilt?

Ausländer geben auch weiter den Ausschlag

Sollte es deswegen oder einfach nur, weil andere Börsen plötzlich für interessanter gehalten werden, zu größeren Umschichtungen im internationalen Portefeuille kommen, ist ein starker Kurseinbruch an der deutschen Aktienbörse nicht auszuschließen. Derartige ist zwar noch nicht abzusehen, und es muß in diesem Jahr auch gar nicht unbedingt zum großen „Kassensachen“ internationaler Investorenkreise kommen; doch tut jeder Anleger gut daran, eine solche Entwicklung ins Kalkül zu ziehen und die Devisenfront aufmerksam zu beobachten. Denn über eines muß sich jeder klar sein: Ohne die massiven Auslandskäufe wäre die deutsche Börse eine recht trübe Veranstaltung. Im letzten Jahr haben jedenfalls, wenn die Statistik nicht trügt, die deutschen Anleger mehr Aktien deutscher Unternehmen verkauft als gekauft. Darüber darf auch die Begeisterung für die Neuenmissionen nicht hinwegtäuschen.

Auch für die Zinsentwicklung ist das Verhalten ausländischer Anleger ausschlaggebend. Der im internationalen Vergleich niedrige deutsche Kapitalmarktzins wird nur so lange ausländisches Kapital anlocken, wie mit einer D-Mark-Aufwertungserwartung ein zusätzliches Bonbon geboten wird oder wie wenigstens ein stabiler D-Mark-Kurs die Attraktivität von Hochzinswährungen bei gleichzeitig hohen Wechselkursrisiken aufwiegt. Zugleich bestimmt die Zinsentwicklung im Ausland, vor allem in den USA, den heimischen Zinstrend auch dadurch, daß deutsche Investoren große Beträge in hochverzinslichen Auslandstiteln anlegen.

So wäre es nicht überraschend, wenn die Spekulation auf eine D-Mark-Aufwertung im EWS noch für eine Fortsetzung der Zinssenkung sorgte, der aber ein Wiederanstieg nach einer Wechselkursumordnung folgte. Für die Anlagestrategie gilt es nicht nur daraus Konsequenzen zu ziehen, sondern auch aus der Erwartung, daß die erwartete Konjunkturbelebung den Zinssenkungsspielraum einengt. Wer Kursrisiken vermindern will, sollte sich bei Festverzinslichen auf die Anlage in Titeln mit kurzen Laufzeiten konzentrieren.

EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFT / Die Gipfelerklärungen müssen auch Nutzen für die Bürger stiften

Schaffung des Binnenmarktes ist zentrale Aufgabe

Von KARL-HEINZ NARJES

Die Verwirklichung des europäischen Binnenmarktes, eines Europa ohne Grenzen, ist die zentrale Aufgabe der Europäischen Gemeinschaft. Obwohl vor 17 Jahren mit der Zollunion ein beachtlicher Erfolg erreicht wurde, müssen wir feststellen, daß die von den Römischen Verträgen geforderte vollständige Freiheit des Personen-, Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehrs in den Mitgliedstaaten nach wie vor auf teilweise hartnäckigen Widerstand stößt. Dieses unbefriedigende Ergebnis von bald 28 Jahren Integrationsarbeit ist heute weniger denn je annehmbar.

Die Integrationsdefizite sind wirtschaftspolitisch sehr teuer. Die Kosten der Verweigerung des Grenzabbaus liegen bei zwei Prozent des europäischen Sozialproduktes.

Das Fehlen eines kontinentweiten Basismarktes - vergleichbar dem der Vereinigten Staaten - verringert die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie.

Dies alles bedeutet Wachstumsverluste und damit auch Verzicht auf mögliche Beschäftigung.

Die Jahre bisher sind nicht nutzlos gewesen

Die Gründe für die integrationspolitische Verweigerung liegen überwiegend in einer meist unpolitischen Kompromißlosigkeit der nationalen Bürokratien und ihrer „Experten“. Ihr Widerstand wurde durch das Einstimmigkeitsfordernis erleichtert. Dadurch, daß jederzeit auf ein Veto zurückgegriffen werden konnte, war dem europapolitischen Mißbrauch Tür und Tor geöffnet. Bei einem großen Teil der ausstehenden Beschlüsse wird eine Einigung nur von ein oder zwei Mitgliedstaaten blockiert.

Es wäre jedoch verkehrt, die vergangenen Jahre als nutzlos anzusehen. Vielmehr wurden überall Teilerfolge erzielt und vor allen Dingen Erfahrungen gewonnen. Durch die konsequente Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes wurde zudem die Ausgangslage für einen neuen An-

lauf wesentlich verbessert. Dank der hartnäckigen Bemühungen der Vergangenheit wurde es jetzt möglich, in einem Weißbuch die Gesamtaufgabe global anzugehen. Ziel ist die Realisierung des Binnenmarktes bis zum Jahre 1992. Diese Zielsetzung wurde von den Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten bei ihrem jüngsten Treffen in Luxemburg nachdrücklich bestätigt. Die auf der Tagung des Europäischen Rates ebenfalls beschlossene begrenzte Abkehr vom Einstimmigkeitsfordernis zugunsten von Entscheidungen mit qualifizierter Mehrheit - wobei allerdings die Bereiche Steuern, Freizügigkeit und Arbeitnehmerrechte davon ausgenommen sind - dürfte die Verwirklichung dieses Ziels erheblich erleichtern.

Das Weißbuch der Kommission als Aktionsprogramm bis zum Jahre 1992

Die im Weißbuch enthaltenen Vorschläge der Kommission lassen sich in drei Hauptgruppen aufgliedern:

- Beseitigung der materiellen Grenzen.
- Beseitigung der technischen Grenzen.
- Beseitigung der steuerlichen Grenzen.

1. Die materiellen Grenzen

Hier geht es um eine völlige Eliminierung und nicht nur um eine Verringerung. Die Kommission geht davon aus, daß es überhaupt keine Grenzkontrollen mehr geben wird. Eine Verminderung der Zahl der gegenwärtig durchgeführten Grenzkontrollen reicht nicht aus. Solange es Gründe für Personen- und Warenkontrollen gibt, ist das Hauptziel nicht erreicht, nämlich eine echte Gemeinschaft, in der es für Bürger und Waren weder Anlaß zu Ärger noch kostspielige Verzögerungen durch die Wartezeit an den Grenzen mehr gibt. In ihrem Weißbuch untersucht die Kommission sehr eingehend alle derzeitigen Aufgaben der Grenzkontrollstellen. Sie nennt die Funktionen, die sich innerhalb eines echten und vollständigen gemeinsamen Marktes erledigen könnten und erörtern sollten. Für die Fälle, in denen Grenzkontrollen weiterhin für unerlässlich gehalten werden, zeigt sie Mittel und Wege

auf, um dieses Ziel auch ohne Grenzkontrollen zu erreichen.

2. Die technischen Grenzen

Das an sich schon ehrgeizige Vorhaben der Abschaffung der Grenzen wird aber nicht in vollem Umfang die gewünschte Wirkung haben, solange die europäischen Bürger und Unternehmen in den Mitgliedstaaten auf die versteckten Hemmnisse stoßen, die derzeit den freien Warenverkehr und die Freizügigkeit behindern, welche eine echte Gemeinschaft auszeichnen sollte. Die Kommission untersucht diese technischen Schranken und unterbreitet Vorschläge für deren Abschaffung nach einem genauen Zeitplan. Von einigen wichtigen Sachzweigen und Schutzbestimmungen aus Gesundheits- und Sicherheitsgründen abgesehen, zielt der neue Ansatz darauf ab, daß Waren, die in einem Mitgliedstaat rechtmäßig hergestellt und verarbeitet werden, überall in der Gemeinschaft uneingeschränkt vertrieben werden können.

Arbeitsnehmer können sich fast frei bewegen

Beim freien Dienstleistungsverkehr waren die Fortschritte ungenügend. Die Vertragsbestimmungen über den Arbeitsmarkt sind vielfach langsamer als beim Warenverkehr. Die Unterscheidung zwischen Waren und Dienstleistungen war noch nie von Vorteil. Das Weißbuch enthält hierfür Vorschläge und einen bis 1992 reichenden Zeitplan.

Bei den Arbeitnehmern ist die Freizügigkeit fast völlig gewährleistet. Das Recht der nationalen Behörden, Stellen eigenen Staatsangehörigen vorzubehalten, wird durch die Rechtsprechung des Gerichtshofes eingeschränkt. Die Kommission wird Vorschläge unterbreiten, um die letzten Hindernisse abzubauen.

Zur Aufhebung der Beschränkungen der Niederlassungsfreiheit hat die Kommission dem Rat im Juli 1985 einen Vorschlag für eine Rahmenrichtlinie über ein allgemeines System der Anerkennung der Diplome vorgelegt, der sich auf folgende Leitlinie stützt: Grundsatz des gegenseitigen Vertrauens zwischen den Mitgliedstaaten; Grundsatz der Vergleichbarkeit des Hochschulstudiums zwischen den Mitgliedstaaten; gegenseitige Anerkennung der Diplome ohne vorherige Harmonisierung der Bedingungen für den Zugang zu den Berufen und deren Ausübung. Schließlich sollen Unterschiede durch die Berufserfahrung ausgeglichen werden.

3. Die Steuer Grenzen

Das Ziel der Vollendung des Binnenmarktes bis 1992 hat auch für den Steuerbereich erhebliche Konsequenzen. Die Höhe der indirekten Steuern ist von Mitgliedstaat zu Mitgliedstaat so unterschiedlich, daß Handelsverzerrungen und Einnahmeverluste für die Staatskassen mitunter unvermeidbar sind. Die von der Kommission vorgenommene Analyse führt zu dem Schluß, daß es keine Möglichkeit zur Beseitigung der Grenzkontrollen gibt, solange erhebliche Besteuerungsunterschiede (Mehrwertsteuer und indirekte Steuern) fortbestehen.

Der Wegfall der Grenzen und der Kontrollen setzt weitreichende Maßnahmen zur Annäherung der indirekten Steuern voraus. Das Problem besteht folglich darin, wie weit diese Annäherung gehen muß. Nach Auffassung der Kommission zeigt die Erfahrung, daß gewisse Unterschiede in der Höhe des Steuersatzes die Abschaffung der Kontrollen nicht behindern. Wenn es in Luxemburg auch nicht möglich war, im Steuerbereich das Einstimmigkeitsfordernis zu lockern, so bedeutet das keinen Verzicht auf Politik und Anpassung.

Das Ziel der Realisierung des Binnenmarktes bis 1992 ist zweifellos ein ehrgeiziges Unterfangen. Aber es ist realisierbar, wenn nur die Regierungen jenes Maß an Kompromißbereitschaft und Verantwortung zeigen, das dem Ernst der Aufgaben entspricht. Es steht außer Zweifel, daß ohne rasche Fortschritte bei der Integration des europäischen Wirtschaftsraumes die angestrebten und von den Staats- und Regierungschefs auf ihren letzten Gipfeltreffen unterstrichenen Ziele letztlich illusorisch bleiben müssen.

Der Autor ist Mitglied der Kommission der Europäischen Gemeinschaft.

Was Ihr Unternehmen von unseren Electronic-Banking-Angeboten hat.

Immer häufiger werden wir von unseren Firmenkunden auf unsere Electronic-Banking-Leistungen angesprochen. Deshalb hier ein Überblick über das aktuelle Dresdner Bank-Angebot. Mit unseren Lösungen gewinnen Sie wertvolle Zeit für die eigentlichen Entscheidungen, weil Ihnen die Vorbereitung und Durchführung Ihrer Entschlüsse ebenso erleichtert werden wie zahlreiche Routinearbeiten.

drebit. Bildschirmtext-Service (Btx), besonders für mittelständische Unternehmen, mit dem automatisch alle Informationen über Ihre Konten bei verschiedenen Banken zusammengefaßt werden. Ihre Finanzdisposition wird vereinfacht und beschleunigt.

drecom. Computergestützte Dispositionshilfe für das Cash-Management vor allem internationaler Firmen: Balance Reporting - Money Transfer - Devisen-Netting - Treasury Management.

drecon. Concentrating-Verfahren zur vollautomatischen Übertragung aller Gutschriften und Belastungen von verschiedenen Konten auf ein bestimmtes Konto, damit Sie zentral disponieren können.

dreplan. Computersysteme für Ihre längerfristige Finanzplanung und kurzfristige Liquiditätsplanung.

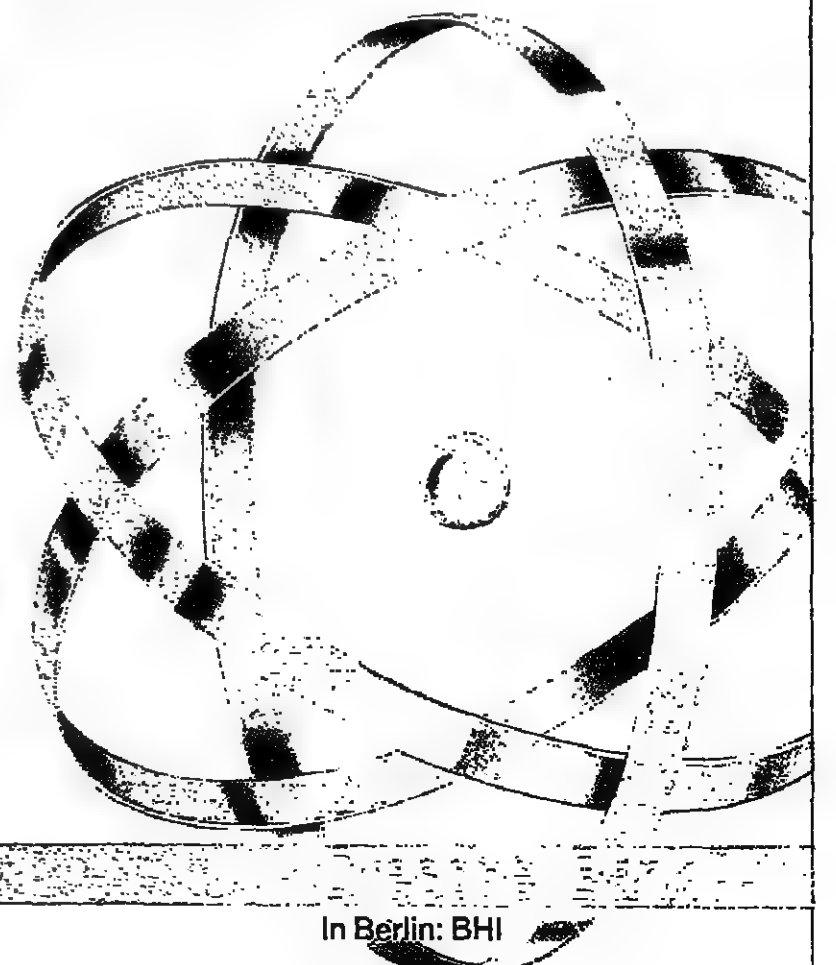
drefox. Foreign Exchange Information-System mit Daten aus dem weltweiten Geld-, Devisen- und Edelmetallgeschäft. Kursberechnungen für „broken dates“. Direktabschlüsse beim ersten Telefonkontakt.

drebis. Informationen für die Wertpapieranlage mit Wirtschaftsnachrichten aus aller Welt. Depotdaten mit aktuellen Kursen auf dem Bildschirm.

Belegloser Datenträgeraustausch für Zahlungsaufträge im Inland oder ins Ausland mit Hilfe von Magnetbändern, Disketten oder durch Datenfernübertragung.

mabila. Unsere maschinelle Bilanzanalyse sagt Ihnen auf einen Blick, wo Sie mit Ihrem Unternehmen stehen. Auch im Vergleich.

Nähere Einzelheiten erfahren Sie von Ihrem Berater bei der Dresdner Bank oder aus unseren Informationsbroschüren.



In Berlin: BHI

Fortlaufende Notierungen und Umsätze		D N. K. Sec.		BISG		7.26	
F Nippon Koku	7.47						
F Nippon Chinn	7.47						

[illegible]

147836

1	Americana	25.95	29	D Fiat St.	9.15	3.5	D Chevrolet	187	29.95
2	M AMR	10.80	17	Olds Del. Vt.	7.75	3.0	H Royal Dutch	154.5	15.0
3	American Brands	15.00	17	Olds	11.00	4.0	M Ruckelshaus P&H	10.00	10.00
4	American Express	17.00	17	Olds	13.37	18.45	F Safeway	110	14.0
5	Amgen	4.75	11.4	Olds	37.47	4.0	F Safeway	14.0	1.37
6	Amgen	4.75	11.4	Olds	37.47	4.0	F Safeway	14.0	1.37
7	Amgen	4.75	11.4	Olds	37.47	4.0	F Safeway	14.0	1.37
8	Amgen	4.75	11.4	Olds	37.47	4.0	F Safeway	14.0	1.37
9	Amgen	4.75	11.4	Olds	37.47	4.0	F Safeway	14.0	1.37
10	Amgen	4.75	11.4	Olds	37.47	4.0	F Safeway	14.0	1.37
11	Amgen	4.75	11.4	Olds	37.47	4.0	F Safeway	14.0	1.37
12	Amgen	4.75	11.4	Olds	37.47	4.0	F Safeway	14.0	1.37
13	Amgen	4.75	11.4	Olds	37.47	4.0	F Safeway	14.0	1.37
14	Amgen	4.75	11.4	Olds	37.47	4.0	F Safeway	14.0	1.37
15	Amgen	4.75	11.4	Olds	37.47	4.0	F Safeway	14.0	1.37
16	Amgen	4.75	11.4	Olds	37.47	4.0	F Safeway	14.0	1.37
17	Amgen	4.75	11.4	Olds	37.47	4.0	F Safeway	14.0	1.37
18	Amgen	4.75	11.4	Olds	37.47	4.0	F Safeway	14.0	1.37
19	Amgen	4.75	11.4	Olds	37.47	4.0	F Safeway	14.0	1.37
20	Amgen	4.75	11.4	Olds	37.47	4.0	F Safeway	14.0	1.37
21	Amgen	4.75	11.4	Olds	37.47	4.0	F Safeway	14.0	1.37
22	Amgen	4.75	11.4	Olds	37.47	4.0	F Safeway	14.0	1.37
23	Amgen	4.75	11.4	Olds	37.47	4.0	F Safeway	14.0	1.37
24	Amgen	4.75	11.4	Olds	37.47	4.0	F Safeway	14.0	1.37
25	Amgen	4.75	11.4	Olds	37.47	4.0	F Safeway	14.0	1.37
26	Amgen	4.75	11.4	Olds	37.47	4.0	F Safeway	14.0	1.37
27	Amgen	4.75	11.4	Olds	37.47	4.0	F Safeway	14.0	1.37
28	Amgen	4.75	11.4	Olds	37.47	4.0	F Safeway	14.0	1.37
29	Amgen	4.75	11.4	Olds	37.47	4.0	F Safeway	14.0	1.37
30	Amgen	4.75	11.4	Olds	37.47	4.0	F Safeway	14.0	1.37
31	Amgen	4.75	11.4	Olds	37.47	4.0	F Safeway	14.0	1.37
32	Amgen	4.75	11.4	Olds	37.47	4.0	F Safeway	14.0	1.37
33	Amgen	4.75	11.4	Olds	37.47	4.0	F Safeway	14.0	1.37
34	Amgen	4.75	11.4	Olds	37.47	4.0	F Safeway	14.0	1.37
35	Amgen	4.75	11.4	Olds	37.47	4.0	F Safeway	14.0	1.37
36	Amgen	4.75	11.4	Olds	37.47	4.0	F Safeway	14.0	1.37
37	Amgen	4.75	11.4	Olds	37.47	4.0	F Safeway	14.0	1.37
38	Amgen	4.75	11.4	Olds	37.47	4.0	F Safeway	14.0	1.37
39	Amgen	4.75	11.4	Olds	37.47	4.0	F Safeway	14.0	1.37
40	Amgen	4.75	11.4	Olds	37.47	4.0	F Safeway	14.0	1.37
41	Amgen	4.75	11.4	Olds	37.47	4.0	F Safeway	14.0	1.37
42	Amgen	4.75	11.4	Olds	37.47	4.0	F Safeway	14.0	1.37
43	Amgen	4.75	11.4	Olds	37.47	4.0	F Safeway	14.0	1.37
44	Amgen	4.75	11.4	Olds	37.47	4.0	F Safeway	14.0	1.37
45	Amgen	4.75	11.4	Olds	37.47	4.0	F Safeway	14.0	1.37
46	Amgen	4.75	11.4	Olds	37.47	4.0	F Safeway	14.0	1.37
47	Amgen	4.75	11.4	Olds	37.47	4.0	F Safeway	14.0	1.37

[illegible][illegible]

1	5,61	(63,3)	95,4	97,5	101,4	106,8	109,9	114,1
2	6,00	(64,3)	91,8	96,7	102,0	104,3	111,1	115,1
3	4,82	(82,0)	89,1	91,9	101,0	106,9	111,5	116,1
4	6,00	(82,3)	88,8	92,8	101,9	107,9	113,7	117,1
5	7,00	(77,1)	86,4	92,9	100,0	105,9	112,4	116,1
10	7,02	(82,4)	85,2	92,2	99,9	104,2	113,2	120,1
15	7,17	(7,30)	87,9	98,5	99,2	105,2	115,1	124,1

* Die Rendite wird auf der Basis aktueller Kurse berechnet (22.9.87).

1 Ausländische Kapitalgeber, die Markprämie errechnen, die von der deutschen Notation Kurzen vergleichbarer Popolare abweichen können.

2 Citicorp-Bestand: Restbestand: 110.819 (110.737)
Performance-Bestand: 232.891 (232.411)

Mittelgeld von der COMMERCIAL PAPER

New Yorker Finanzmärkte

Feed Funds	27. Dec.	7,5 %
Commercial Paper (Direktplatzierung)	30-60 Tage	7,5 %
	30 Tage	7,5 %
	60 Tage	7,6 %
	90 Tage	7,6 %

Certificates of Deposit

	1 Monat	7,5 %
	2 Monate	7,5 %
	3 Monate	7,5 %
	6 Monate	7,5 %
	12 Monate	7,5 %

US-Schatzwechsel	13 Wochen	6,9 %
	26 Wochen	6,9 %
US-Staatsanleihe	10 Jahre	8,9 %
	30 Jahre	8,9 %
US-Deiktments		7,6 %
US-Primars		7,6 %

Geiznisse Mt. 14. Dec. 622,6 Mrd. (- 0,4 Mrd.)

NYSE-Aktienkurse (New York)

Juventus	121,95	122,15
Deutsche	122,65	122,65

Mittelgut von Hambroer Broker & Co., Frankfurt

122,875	122,875	9% 12/28/87	101	102
101,25	101,25	11% Mega Corp	99,75	100,25
101,5	101,5	9% Delta, Inc.	100,25	100,25
101,75	101,75	10% Ciba Chem	98,25	98,25
102,075	102,075	10% Pepsico Inc	102,125	102,125
102,375	102,375	9% Revere, Inc	100,375	100,375
102,675	102,675	10% Pennington	100,375	100,375
102,975	102,975	10% Caltex	100,375	100,375
103,275	103,275	9% P. Hunt	102,125	102,125
103,575	103,575	9% P. Hunt	102,125	102,125
103,875	103,875	10% P. Hunt	100,375	100,375
104,175	104,175	11% Caltex-Pet	100,375	100,375
104,475	104,475	10% Delta, Inc.	100,375	100,375
104,775	104,775	9% Caltex-Pet	100,375	100,375
105,075	105,075	9% P. Hunt	100,375	100,375
105,375	105,375	9% P. Hunt	100,375	100,375
105,675	105,675	9% P. Hunt	100,375	100,375
105,975	105,975	9% P. Hunt	100,375	100,375
106,275	106,275	9% P. Hunt	100,375	100,375
106,575	106,575	9% P. Hunt	100,375	100,375
106,875	106,875	9% P. Hunt	100,375	100,375
107,175	107,175	9% P. Hunt	100,375	100,375
107,475	107,475	9% P. Hunt	100,375	100,375
107,775	107,775	9% P. Hunt	100,375	100,375
108,075	108,075	9% P. Hunt	100,375	100,375
108,375	108,375	9% P. Hunt	100,375	100,375
108,675	108,675	9% P. Hunt	100,375	100,375
108,975	108,975	9% P. Hunt	100,375	100,375
109,275	109,275	9% P. Hunt	100,375	100,375
109,575	109,575	9% P. Hunt	100,375	100,375
109,875	109,875	9% P. Hunt	100,375	100,375
110,175	110,175	9% P. Hunt	100,375	100,375
110,475	110,475	9% P. Hunt	100,375	100,375
110,775	110,775	9% P. Hunt	100,375	100,375
111,075	111,075	9% P. Hunt	100,375	100,375
111,375	111,375	9% P. Hunt	100,375	100,375
111,675	111,675	9% P. Hunt	100,375	100,375
111,975	111,975	9% P. Hunt	100,375	100,375
112,275	112,275	9% P. Hunt	100,375	100,375
112,575	112,575	9% P. Hunt	100,375	100,375
112,875	112,875	9% P. Hunt	100,375	100,375
113,175	113,175	9% P. Hunt	100,	

Lobet den Bindestrich

H. B. - Nun verschreckt die Technik also das allzeit gefügige Deutsch mit neuen Wort-Monstern. Zum Beispiel mit der Wiederaufbauanlage (26 Buchstaben) und der Datenverarbeitungsmaschine (26 Buchstaben) - Wörtern von einer Länge, bei der dem Alphabet und dem Leser der Atem ausgeht. Da muß sich sogar ein früherer Rekordhalter wie das Völkerschicksal (21 Buchstaben) verstecken, an dem sich ehemals ausländische Touristen die Zunge verrenken - vom Lokomotivschuppenfensterbrett (31), dem Zungenbrecher unserer Kinderzeit, ganz zu schweigen.

Vor Jahrzehnten wurden die Vorträge der alten Ullstein-Blätter streng ermahnt, es den Lesern bequem zu machen und auf keinen Fall mit dem Bindestrich zu sparen. Im modernen Journalismus, der die Spalten gern schlank hätte, sind die Wort-Monster dazu verdammt, ein stramm sitzendes Korsett zu tragen. Es sind Spalten mit Taillen wie Dior-Modelle, bei denen sich ein linguistisches Ungeheuer kaum noch in

einer einzigen Zeile einschließen läßt. Die Sprache hat uns mit einem lebenswerten Wortreichtum (etwa 300 000 Wörtern) und dank ihres besonderen Hanges zur Zusammenfassung mit großer Ausdruckskraft beschenkt. Sie ist schnell mit dem Mörtel der Hand, der bis zu vier Substantiva in einen Zementblock vermauert, mit dem die Telegrafanten ihre liebe Mühe haben.

Mit Grund berechnen sie Wörter von mehr als einem runden Dutzend Buchstaben doppelt - eine Verlegenheit, in die Postbeamte romanischer Länder nur selten geraten. Mehr noch als die Umständlichkeit liebt das geschätzte Deutsch nun einmal ein breitgefächertes Kompositum, das unbestritten seine Vorzüge hat. Da sollte man öfter versucht sein, zu dem altbewährten Bindestrich zurückzukehren. Zu ihm möchten diese Zeilen in aller Behutsamkeit raten. Es ist eine Hilfe in allen Ausdrucks- und Schreibweisen.

Silbenreiche Bandwürmer sind eine Rutsche für die sprachlichen Hundertfüßler, die auf abschüssiger Bahn leicht ins Schleudern geraten. Mit dem Bindestrich stehen die Wörter - sagen wir die über 15 Buchstaben - auf festem Boden. Ende der Schreiblehre-Glosse (23 Buchstaben).

Friedrich der Große reitet für die „DDR“ - Die Fernsehserie „Sachsens Glanz und Preußens Gloria“

In Notwehr gegen den Schurken Brühl

Und ewig reiten die Preußen! Just am Vorabend des Gedenkjahres zum 200. Todestag des Preußenkönigs Friedrich II. (Ausstellungen und Konzerte zu diesem Anlaß sind in den Schlössern Potsdam vor allem für Valuta zahlende Westtouristen schon geplant) strahlt jetzt Ost-Berlins Fernsehen eine vierteilige Serie über den Großen König aus: „Sachsens Glanz und Preußens Gloria“. Ein kessenes Berliner Witzwort, das man in den wenigen noch verbliebenen Eckkneipen zwischen Spree und Panke oft hört, seit auf Honeckers Befehl die von Rauch geschaffene Statue Friedrichs auf ihren angestammten Platz unter den Linden zurückgekehrt ist, fand damit wenigstens seine filmische Umsetzung: „Großer König, steig hernieder und regier uns Preußen wieder! Laß“ in diesen schweren Zeiten lieber unsern König reiten!

Friedrich reitet tatsächlich wieder, und zwar an der Spitze von Preußens Gloria nach Schlesien, Böhmen und Sachsen. Die Trommeln dröhnen, die Trompeten schmettern, die Fahnen und Standarten mit dem Adler Preußens flattern im Wind. „Der erste Dienerr seines Staates“ darf leuchtenden Auges die Doktrin der Pflicht und Ehre verkünden. „Wer die Bedürfnisse der Armee nicht kennt, wer es nicht versteht, die Truppen zu schulen und zu führen, der wird - und wäre er auch ein großer General oder der schlaueste Politiker - niemals Großes ausrichten.“

Einige Schwierigkeiten für die Verfertiger der Serie (Drehbuch Albrecht Bömer, Regie Hans-Joachim Kasprzik) scheint es lediglich bei der Auswahl von Friedrichs Antipoden gegeben zu haben. Die historischen Hauptgegner Österreich und Rußland scheiden ja für heute aus, und auch Frankreich und Schweden kommen für einen Dramaturgen, der von der SED-Kulturkommission angeleitet wird, nicht in Betracht. Man möchte ja vor allem beim Großen Bruder um Gottes willen keine schlafenden Hunde wecken. So blieb denn das arme Sachsen übrig, das in der „DDR“ seit 1952 als Land ohnehin nicht mehr existiert. Heinrich von Brühl, der mächtige Minister des schwachen Sachsenkönigs August III., rückt auf jene Stelle, auf die eigentlich die Kaiserinnen von Österreich und Rußland gehören.

Mit dem Tod August d. Starken beginnt die Serie. Thronfolger August III., vorzüglich dargestellt von Rolf Hoppe, den man seit dem Film „Mephisto“ auch im Westen schätzt - er spielte damals den Göring - erschallt schnell in den Armen seiner Mätressen. Er jagt in Moritzburg und genießt seine teuer erworbenen Kunstschatze. Brühl regiert. Brühl treibt Amtsschacher und bekämpft erbarmungs-



Charmant, aber skrupellos, machtbessess und geldgierig: Ewald Hofmann als Graf Brühl in der Ost-Berliner Fernsehserie „Sachsens Glanz und Preußens Gloria“

los seine Gegner. Brühl intrigiert gegen den Schrecken. Denn Brühl spekuliert politisch falsch. Anstatt das alte Bündnis zwischen Wettinern und Hohenzollern zu pflegen, schlägt er sich - beraten von der katholischen Habsburgerin, der Gattin Augusts III., Königin Josefa, und ihren intriganten Beichtvater Guarini - auf die Seite der Feinde Preußens.

Zur rechten Stunde ergreift Preußens König „in Notwehr vor dem Angriff der großen Koalition Österreichs, Rußlands, Frankreichs und Sachsens“ zum Schwert. Auf der Brühlschen Terrasse gehen die Lichter aus. Friedrichs Soldaten marschieren in Sachsen ein, die kleine Armee des Landes verschanzt sich bei Pirna in ein Hungerlager. Doch die Verbündeten, zur Rettung erwartet, lassen sich viel Zeit. Brühl und sein Hof flüchten auf den Königsstein. Ist es nun sächsische Heimtücke oder christliche Bosheit oder einfach Adlershofer Feindpropaganda: Der Beichtvater des sächsischen Herrscherpaars empfiehlt den Giftmord an Friedrich. Mit Gold wird sein Kammerdiener bestochen. Doch der Tierliebhaber auf dem Preußenthron reicht die flüssige Schokolade seinem Windspiel, das elend umkommt. Die Feinde sind entlarvt.

Diese Szene sah man übrigens schon vor fünfzig Jahren im UFA-

Film „Friedericus“ nach dem Roman Walter von Molos. Sie geriet damals sehr viel überzeugender. Aber dafür gewinnen die alten UFA-Traditionen in den Schlußsequenzen der Serie, nämlich beim endlosen Schlachtetümmel, unmittelbare Bedeutung: Friedrich siegt ausführlich - und zwar unter intensiver Zuhilfenahme alter Aufnahmen aus dem UFA-Archiv!

Sachsens Armee kapituliert. Bei Kolin verliert dann Friedrich auch einmal eine Schlacht. Aber hoch steigt sein schwarzer Adler auf über Rosbach und Leuthen, und das Urteil des marxistischen Historikers Franz Mehring, drei Jahrzehnte lang totgeschwiegen in der „DDR“, darf sich nun endlich voll und ganz bestätigen: „Unter dem verkommenen Fürstengeschlecht seiner Zeit war Friedrich in seiner Art ein ganzer Kerl... Sein Glück machte ihn nicht übermütig. Und das Unglück trug er mit Standhaftigkeit, die respektabel war. Die blödsinnige Verschwörung der damaligen Höfe hielt er sich vom Leibe und namentlich auch den leeren Tann des Größenwahns.“

Preußens Gloria und Sachsens sterbender Glanz - Anfang eines wieder einmal ganz neuen Preußenbildes im wirksamsten Propaganda-Medium der „DDR“.

DIETER BORKOWSKI

JOURNAL

Forschungsprojekt über Juden in Deutschland

Ein Forschungsprojekt über die Entwicklung des Judentums in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg hat an der Gesamthochschule Duisburg begonnen. Ziel der Arbeit ist eine Bestandsaufnahme der jüdischen Bevölkerung in beiden deutschen Staaten, wobei der Weg zur Integration der Juden nachgezeichnet werden soll. Schwerpunkte sind die demographischen, soziologischen und psychologischen Faktoren. Die Stiftung Volkswagenwerk unterstützt das Vorhaben, an dem auch das Göttinger Max-Planck-Institut für Geschichte beteiligt ist, mit 300 000 Mark.

Die Piaf in einer Beueler Fabrikhalle

DW, Bonn
Susanne Tremper leiht ihr Stimme und Statur, der Piaf, in dem gleichnamigen Stück der Engländerin Pam Gems. Die theatrale Montage der Biographie der berühmten Chansonsängerin, die das Bonner Theater in der Beueler Halle von Horst Zankl in Szene setzen ließ, löste beim Publikum viel Begeisterung aus (Eine Besprechung folgt).

Auf den Spuren der Neandertaler

D. B. Marburg
Das Landesamt für Denkmalpflege Hessen untersucht mit Unterstützung der Deutschen Forschungsgemeinschaft eine Jagdstätte der Neandertaler im Tal des Netzbaches in der nordhessischen Landschaft „Waldeck“. Bei den Grabungen unter Leitung des Marburger Archäologen Lutz Fiedler wurden bisher vier Fundschichten mit zahlreichen Knochenresten vom Mammuth und vom Wildpferd entdeckt, die offenbar die bevorzugte Jagdbeute darstellten. In einer Schicht wurde eine runde Anordnung von größeren Steinen gefunden, die wohl der zusammengebaute Rest einer Behausung sind.

England ehrt das Domesday Book

J. St. London
Mit zwei großen Ausstellungen wird in England der 900. Geburtstag des Domesday Buches, eines der berühmtesten Manuskripte, gefeiert. Wilhelm der Eroberer hatte es im Jahr 1085 in Auftrag gegeben. Mit diesen statistischen Aufzeichnungen, den bemerkenswerten in einem mittelalterlichen Königreich, wurde für die meisten Engländer die ersten Städte und Dörfer der Anfang einer Landvermessung gemacht. Das Public Record Office in London, in dem sich das Buch seit 1859 befindet, wird von April bis Ende September mit Modellen, audiovisuellen Hilfsmitteln sowie Kunstgegenständen versuchen, die Atmosphäre des 11. Jahrhunderts lebendig werden zu lassen. Die andere Ausstellung, „Domesday 900“, findet vom 27. März bis zum 1. November in der historischen Great Hall in Winchester statt, wo das Buch zusammengestellt wurde.

Pierre Boulez auf Tournee durch die USA

AFP, Paris
Eine Tournee mit 14 Konzerten macht Pierre Boulez mit dem von ihm geleiteten IRCAM und seinem Ensemble Intercontemporain von 11. Februar bis 9. März in den USA. Auf dem Programm steht u. a. eine Neufassung seines Werks „Repons“. Außerdem werden Kompositionen von Karlheinz Stockhausen, György Ligeti, Elliott Carter, Franco Donatoni sowie Schönberg, Varese und Ives gegeben.

Versöhnungspreis der Taizé-Gemeinschaft

dpa, Paris
Ein neugeschaffener Gandhi-Versöhnungspreis der ökumenischen Gemeinschaft von Taizé in Südfriedrich ist der 85-jährigen Polin Anneli Urbanowicz zuerkannt worden. Der Preis wurde der in Warschau lebenden Frau wegen ihres Einsatzes im Zweiten Weltkrieg verliehen. Sie habe als Mitglied des polnischen Widerstandes unter dem Feuer der Bomben Menschenleben gerettet, als ihr Ehemann und ihre Tochter im Konzentrationslager Auschwitz starben.

Kunstschreiner-Schule Boule 100 Jahre alt

AFP, Paris
Ihren hundertsten Geburtstag feiert 1986 die Boule-Schule, eine Ausbildungsstätte für Kunstschreiner und die älteste der vier Pariser Hochschulen für angewandte Kunst. Die Ecole Boule wurde vor hundert Jahren von der Stadt Paris gegründet und richtete sich vor allem an den Nachwuchs aus dem Möbelschreiner-Viertel von Paris, dem Faubourg Saint Antoine. Benannt ist sie nach dem Hofkunstschreiner André-Charles Boule (1642-1732).

Museen: Höhere Eintrittsgelder, weniger Besucher

Die große Show lohnt

Alle Jahre wieder wird mancherorts mit unschöner Regelmäßigkeit an deutschen Museen Geld erhoben, wo bislang kein Obolus zu entrichten war, oder es werden schon bestehende Eintrittspreise erhöht. Politische Entscheidungsträger, Stadtkämmerer und andere Kümmerer öffentlicher Kassen konnten und können der Versuchung nicht widerstehen, am ungebrochenen Besucherboom mit klingender Münze zu partizipieren. Dabei wird durch eine Untersuchung des Instituts für Museumskunde der Stiftung Preussischer Kulturbesitz (IfM) in Berlin-Dahlem „deutlich bestätigt“, daß die Einführung oder Erhöhung von Eintrittsgeld die Besucherzahlen zurückgehen läßt.

Da die Aufgabe sehr kurzfristig gelöst werden mußte, konnten für diese Erhebung in Form einer repräsentativen Stichprobe nur 239 Museen in 44 Groß-, Mittel- und Kleinstädten der Bundesrepublik ausgewählt werden. 205 (85,8 Prozent) der verschickten Fragebogen kamen zurück, obwohl den angeschriebenen Häusern für die Beantwortung nur drei Wochen zur Verfügung standen. Die Untersuchung von Bernhard Graf, wissenschaftlicher Mitarbeiter am IfM, durchgeführt, enthüllt, daß die Politik der kleinen Schritte auch bei den deutschen Museen Nachhaher gefunden hat.

Jahraus, jahrein halten zwei bis drei Prozent von ihnen am Eingang erstmals die - meist öffentliche Hand - auf. In Zahlen: Von 1980 bis 1983 stieg die Zahl der Häuser mit kostenpflichtiger Eintrittskarte von 112 auf 132 oder von 46,9 auf 55,2 Prozent. (Das Zahlenwerk legt die 239 angeschriebenen Häuser gleich 100 Prozent zugrunde.) Im gleichen Zeitraum ging die Zahl der Museen mit kostenlosem Zugang von 78 auf 73 (32,5 auf 30,5 Prozent) zurück.

Aber auch da, wo ohnehin schon Geld am Eingang genommen wird, ist die Tendenz zu mehr Geld unverkennbar. In den verschiedenen Preisgruppen ermittelten die Berliner Forscher von 1980 bis 1983 diese kleinen, aber gar nicht feinen Fortschritte: Die Zahl der Museen mit Eintrittspreisen von 1,51 bis 2,00 Mark stieg von 32 auf 52, in der Gruppe von 2,01 bis 2,50 Mark von 5 auf 16, und die Zahl der Häuser, die mehr als 2,51 Mark kassieren, stieg von 12 auf 25 Prozent. Bis zu 1,50 Mark nehmen statt 55 nun nur noch 38 Prozent. Diese Tendenz setzte sich auch 1984 fort.

Unter den Gründen für den Rückgang der Besucherzahlen nannten die Museumsleiter an erster Stelle die Schließung des Hauses oder einzelner Räume, gleich danach jedoch die

Einführung oder Erhöhung von Eintrittsgeld. Die Senkung oder Abschaffung von Eintritt rangiert unter den Gründen für steigende Besucherzahlen dagegen erst an achter Stelle - was wohl mit der Rarität eines solchen Vorgangs zusammenhängt.

Mehr Menschen in die Museen spülen eindeutig große, repräsentative Sonderausstellungen. Sie führen unangefochten die Tabelle mit den Gründen an, die die Museumsleiter für steigende Besucherzahlen nennen konnten. Das Publikum hat sogar Verständnis, daß für derlei Aktivitäten deftige Eintrittspreise gefordert werden.

So erlöste die Nationalgalerie in Berlin 1983 aus ihren beiden Sonderausstellungen „Hodler“ und „Picasso“ rund 750 000 Mark. Ermutigt durch solche Erfahrungen wird sie 1986 für die Francis Bacon-Anstellung wiederum 8 Mark Eintritt fordern; dieselbe Schau war 1985 in der Stuttgarter Staatsgalerie für 5 Mark zu besichtigen.

Daß die Erhöhung von Eintrittsgeldern das Dauerpublikum im und aus dem Umkreis des Museumsortes abschreckt, mußte das Römisch-Germanische Museum in Köln auf das Schmerzlichste erfahren. Die zweimalige Heraussetzung des Preises von 1,00 auf 2,00 Mark im Jahre 1981 und um eine weitere Mark im Jahr darauf ließ die Besucherzahlen drastisch fallen: Von 718 231 im Jahre 1980 vor der ersten Erhöhung über 582 384 im Jahre 1981 auf 399 474 nach der zweiten Heraussetzung 1982.

Angesichts dieser Zahlen nennt es das IfM einen „fragwürdigen Erfolg“, wenn die Einnahmen des Museums durch den erhöhten Eintritt erheblich gesteigert werden könnten. (Die Kölner Erfahrungen mögen unter anderem den Stiftungsrat Preussischer Kulturbesitz bewegen haben, von der lange ventilierten Einführung eines Eintrittsgeldes für die Staatlichen Museen in Berlin abzusehen.)

Das Kosten-Nutzen-Argument sollte deshalb auch keinesfalls auf den Normalbesuch von Dauerausstellungen der Museen angewendet werden, wie IfM-Direktor Andreas Grote in einem Gespräch mit der WELT betonte. Wer Kultur für alle fördern, sollte auch die Zugänglichkeit für alle ermöglichen. Das von den Befürwortern der Eintrittsgelder gerne benutzte Argument, „Was nichts kostet, kann auch nichts taugen“, entspricht nach Erkenntnissen des IfM und des Deutschen Museumsbundes nicht der Denkweise der durchschnittlichen Museumsbesucher. Lediglich den Privatsammlern räumt Grote ein, daß sich ihnen die Frage der Rentabilität sehr wohl stellt.

HEINRICH KÖNIG

„Theater im Hotel“ im Berliner Schiller-Theater

Gegen Bühnen-Bierernst

Einst war schöner Theaterus, zu Elvestern alle frommen Bande der seriösen Kulissenkultur zu versetzen und am letzten Abend des Jahres sich dem vollen Kulissenhumor hinzugeben. Das Publikum kam, füglich schon etwas angeschickert, ins Parkett. Die Kritiker, ebenfalls schon silbergrau, drückten ihre strengen Augen zu. Der schöne, alte Brauch ist weitgehend vergessen. Unsere hochsubventionierten Schauspielstheater können sich, seit jede Neuzinsenzierung sowie ein besseres Mietshaus kostet, den alten, fröhlichen Sparten nicht mehr leisten. Wegwerf-Aufführungen nur für wenige Abende wären fiskalisch unverträglich. Auch da hat der Bierernst obsiegt.

Herbert Sasse, Herr der Berliner Staatsbühnen, steuert Contra. Er hat aus dem Archiv resoluter Publikumsbegeisterung ein altes, amerikanisches Knatterstück ausgraben lassen. Das wurde schon vor mehr als 30 Jahren von Barlog inszeniert, hieß einst „Be-

dienung - bitte!“, wurde jetzt in „Theater im Hotel“ umbenannt und nun, ohne Rücksicht auf höhere Ansprüche, wieder in Gang gesetzt.

Die inzwischen deutlich etwas mürrische Broadway-Farce von den beiden Pointenschustern John Murray und Allen Boretz nimmt seinen (nun ja!) Humor aus der Postenkonstruktion: eine äußerst lodderige und ökonomisch toll ungefehlte Schauspieltruppe ist in ein Hotel eingekerkert. Sie leben dort wie die Schnorrer. Sie suchen immer nur nach Geld-Paten für ihr fragwürdige Unternehmen.

Sie geraten pausenlos in immer neue Bredouillen, so daß die Kulissen, ob sie noch stehen könnten oder überhaupt bezahlt wären, ständig am Wackeln sind. Das ist ein bißchen Broadway-intern, ist mit den Jahren auch etwas ranzig und altmodisch geworden. Aber was soll's? Den sonst doch eher seriös verkosteten Ensemblemitgliedern soll endlich wieder Gelegenheit gegeben sein, tolldeist auf die Pauke zu hauen. Spaß soll sein! Er bleibt, so viel hübsch alberne Schauspielerei man erblickt, denn doch reichlich gedreht.

Edwin Noël hat's großzügig und sichtbarlich teuer (Bühnenbild: John Gunter) auf der gefällig großen Bühne des Schiller-Theaters eingerichtet. Oft fehlt das zügige Tempo. Manchmal bleibt der Spaß überhaupt stehen, obgleich man immerhin von Horst Bollmann, von dem wunderbaren albernem Rolf Schult als theatralischem Stehaufmännchen, von Jürgen Thormann als Hoteldirektor, von Heinz Rabe als verrückten, alten „Stanislawski-Schauspieler“, von Friedhelm Ptok als trügigem Regisseur, von Dieter Ranspach als vermeintlichem Geldträger und schließlich von Friedrich Buschulte als reichem Retter aus der Not - obgleich man doch ein paar ganz schön alberne Darstellungen kostet.

Trotzdem: Der große, rücksichtslos und vollends befreiende Jux bleibt aus. Man nahm, bestenfalls, einen dünnen Feydeau-Verschnitt zur Kenntnis. Ein paar Buhrufe versalzten denn auch gleich die ziemlich dünne, mühsam gerührte Suppe. Sonst freundlicher Beifall. Jubel - Trübel wahrlich nicht.

FRIEDRICH LUFT

Nächste Aufführungen am 6., 13., 24., 27. 1. 1986. Kartenverkauf: 030-31851.



Jux im Hotel - und auf der Bühne: Szene aus der Berliner Aufführung mit Olivia Silhavy und Gottfried Bräutigam

MUSIKKALENDER

2. Hannover, Staatsoper, Bizet: Carmen (ML: Mahlich, R: Franz, A: Meyer/Mogendorf)
4. Oberhausen, Stadttheater, Tschaikowsky/Glebov: Die Dornrosen (Ch: M. M. A. Schenck)
5. Münster, Stadttheater, Barberi: Lamparilla oder Der Barbier aus der Vorstadt, DE (ML: Modos, R: Gottschalk, A: Günther)
6. Basel, Stadttheater, Händel: Admetos (ML: Linde, R: Holliger, A: Fischer)
8. Heidelberg, Stadttheater, Strauss: Salome (ML: Schäfer, R: Rasky, A: Toppo)
9. Duisburg, Deutsche Oper am Rhein, Prokofjev: Romeo und Julia (Ch: nach Erich Walter, R: Villareal)
10. Freiburg, Stadttheater, Papst/Reinhold: Papst/Reinhold (Ch: Kristina Horváth, B: Zieff)
11. Dortmund, Großes Haus, Smetana: Die verkaufte Braut (ML: Marik, R: Kreyszig, A: Meyer)
12. Darmstadt, Stadttheater, Monteverdi: Die Fregata (Ch: R. A. Schlump)
13. Zürich, Opernhaus, Strauss: Salome (ML: Weikert, R: Lavelli, B: Bignoni)
14. Krefeld, Stadttheater, Dukas: Ariane et Barbe-Bleue (ML: Baumler, R: Pimlott)

- Kassel, Staatstheater, Verdi: Aida (ML: Nelson, R: Schoenbohm, B: Reuter)
- Salzburg, Kleines Festspielhaus, Janáček/Jenka (ML: Graf, R: M. A. A. Gröbner)
13. Bielefeld, Stadttheater, Meyerbeer: Der Prophet (ML: de Villiers, R: Dew, A: Pitt)
- Frankfurt, Opernhaus, Foraythe: Isabelle's Dance, U (ML: Freesen)
22. Hannover, Staatsoper, Mozart: Die Hochzeit des Figaro (ML: Albrecht, R: Kreppel, A: Gröbner)
24. Stuttgart, Staatsoper, Flotow: Martha (ML: Hauschild, R. u. A.: Loriot)
25. München, Nationaltheater, Kirchner, Belknap, U (ML: Walsbaum, R: H. A. A. Reinhardt)
26. Düsseldorf, Deutsche Oper am Rhein, Schöckel: Penthesilea (ML: Erckens, R: Diggel, A: Mal)
28. Köln, Theater Krefeld, Reinmann: Die Geopentersonate (ML: Beaumont, R: Leibrich)
29. Hannover, Landestheater, 28. Tage der Wiener Musik (bis 3.2.)
30. Freiburg, Stadttheater, Dörmann: Hunger und Dürst, U (ML: Mounk, R: Wiesner, A: Farba)
- Köln, Opernhaus, Tanz-Forum: Epigraphie antique / La Valse / Daphnis und Chloë (ML: Koch, Ch: Burth/Urlich)

Sind britische Bomben an Glenn Millers Tod schuld?

RAF-Pilot berichtet über Einsatz am 15. Dezember 1944

AP, London
Die seit Jahrzehnten andauernden Mutmaßungen über die Umstände des Todes des amerikanischen Bandleaders Glenn Miller sind nun eine Version bereichert worden: Danach führten Bombenabwürfe aus einem großen britischen Bomberverband über dem Ärmelkanal zum Absturz des leichten Flugzeuges, in dem Miller von Großbritannien nach Frankreich unterwegs war.

Glenn Miller, der mit seinem Orchester einen unverwechselbaren Sound kreierte und als amerikanischer Major im Zweiten Weltkrieg für die US-Truppen spielte, flog am 15. Dezember 1944 mit einer einmotorigen Maschine vom Typ Norseman aus England ab, um in Frankreich ein Konzert für Soldaten zu arrangieren. Doch die Maschine verschwand über dem Kanal, nie wurde eine Spur von ihr und den Insassen – dem Piloten und dem Musiker – gefunden. Seitdem ist immer wieder versucht worden, dieses Rätsel zu lösen.

Alan Ross von der britischen Gesellschaft der Freunde Glenn Millers berichtet nun, es gebe eine Theorie, wonach aus einem britischen Flugzeug abgeworfene Bomben zum Absturz der vermissten Maschine geführt hätten. Spekulationen darüber gebe es, seit der nun in Südafrika lebende einstige Navigator Fred Shaw in den 50er Jahren den Spielfilm über das Leben Millers gesehen und sich anhand seines alten Logbuchs daran erinnert habe, daß das Flugzeug mit dem Bandleader zu der Zeit verschwunden sei, als britische Flugzeugbomben über dem Kanal abgeworfen hätten. Shaw, der damals in einem Lancaster-Bomber saß, schrieb in dieser Sache dem britischen Verteidigungsministerium, das seine Ansichten aber verworfe.

Besatzung beobachtete leichtes Flugzeug

Ross machte sich mit Erfolg auf die Suche nach Victor Gregory, der damals Pilot dieser Lancaster war. Und der nun 63jährige erklärte jetzt in einem Telefongespräch, an dem Tag, an dem Miller verschwand, hätten Mitglieder seiner Besatzung ein leichtes Flugzeug beobachtet, „das ins Trudeln kam und ins Meer stürzte“ – offenbar als Folge der Druckwellen, die beim Abwurf von Bomben entstanden seien. Einer seiner Begleiter

habe die Maschine als eine Norseman identifiziert, zwei hätten den Absturz in den Kanal gesehen. „Das sind die Tatsachen“, sagte Gregory. „Die Air Force hat festgestellt, daß Glenn Miller auf einem Kurs unterwegs war, der genau durch unser Abwurfgebiet führte. Er war zur gleichen Zeit in der Luft wie wir. Keine andere Norseman wurde an dem Tag als vermisst gemeldet. Für mich ist das der hundertprozentige Beweis, daß das Glenn Miller war.“

Gewaltige Druckwellen nach der Explosion

Gregory erläuterte, damals seien 138 Bomber unterwegs gewesen: Ein geplanter Luftangriff auf Ziele in Deutschland sei wegen schlechten Wetters abgesagt worden, die Maschinen hätten abgedreht und beim Rückflug nach Großbritannien ihre Fracht über dem Kanal abgeworfen. Darunter waren schwere Bomben, die Meter über dem Ziel explodierten und gewaltige Druckwellen erzeugten. Er selbst habe von seinem Sitz aus das leichte Flugzeug nicht sehen können, sagte der ehemalige Pilot. Andere Besatzungsmitglieder hätten aber die Wirkung der Bombenabwürfe beobachtet. „Sie haben einfach gedacht, daß das Flugzeug dort nichts zu suchen habe.“ Er wolle nicht gefühllos erscheinen, „aber es war Krieg, und wir kämpften ums Überleben.“

Auf die Frage, warum diese Darstellung erst so spät bekannt werde, sagte Gregory, die Besatzungen der Bomber hätten damals nicht offiziell über ihren Einsatz Bericht erstatten müssen, weil der Angriff abgeblasen worden sei. „Unter den Besatzungsmitgliedern wurde über den Absturz dieses Flugzeuges gesprochen, aber das war für uns nichts Besonderes. Wir haben Hunderte von Flugzeugen im Krieg verloren.“ Erst später sei bekanntgeworden, daß Glenn Miller vermisst werde, doch „ich brachte das nicht mit unserem Flug am 15. Dezember in Zusammenhang.“

Ein Sprecher der Royal Air Force sagte, diese neue Erklärung sei „ziemlich dünn“. Die Behörden benötigten „eine Menge mehr Beweise“, ehe sie sich mit dieser Theorie näher beschäftigen könnten. So gelte weiterhin die Darstellung, daß Glenn Millers Flugzeug in schwerem Wetter über dem Kanal verschwunden sei.

LEUTE HEUTE

Peinlicher Irrtum

In das neue Aufklärungsbuch der amerikanischen Sexologie Ruth Westheimer hat sich ein peinlicher Fehler eingeschlichen, der Leserinnen zu einer ungewollten Schwangerschaft verführen könnte. Es sei „sicher“, in der Woche des Eisprungs und der Woche davor Geschlechtsverkehr zu haben, heißt es in dem Buch „First Love: A Young People's Guide to Sexual Information“. Richtig ist das Gegenteil. Nachdem der Irrtum bemerkt worden war, rief der Verlag die gesamte Auflage zurück.

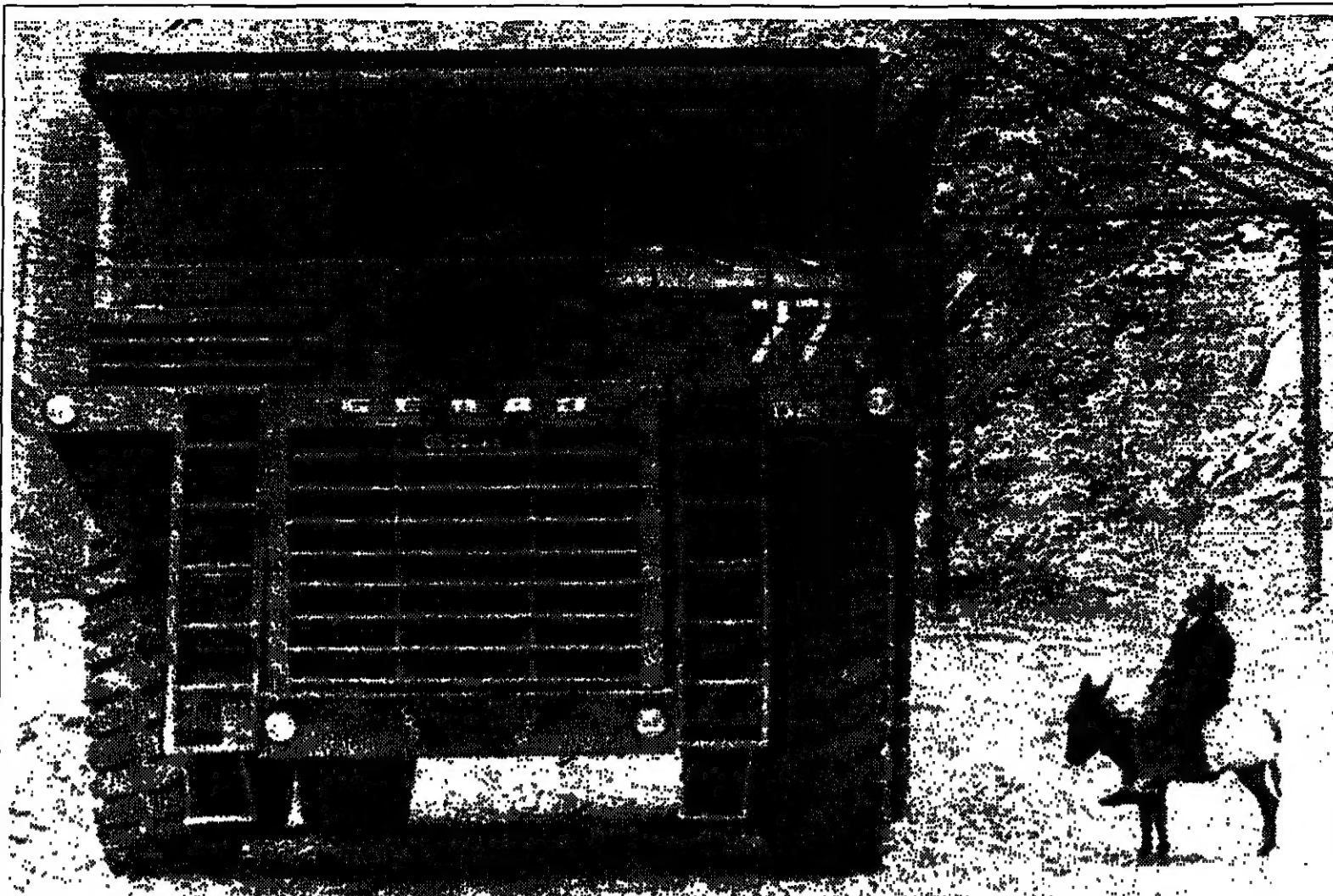
Zu heiße Rhythmen

Stumm ist der Lokale Rundfunksender „Radio frequency Loire“ im mittelfranzösischen Saint-Chamond ins Neue Jahr gegangen. Der Pfarrer Claude Dumas einer benachbarten Gemeinde hatte der auf seinem Kirchturm installierten Antenne den Strom abgedreht. Der sozialisten-

freundliche Sender und der zur bürgerlichen Opposition stehende Geistliche hatten bis Weihnachten friedlich zusammengelebt. Dann war der Pfarrer dem Sender vor, seine Mitternachtsmesse absichtlich mit Verspätung übertragen zu haben. Weiter klagte er, daß durch Interferenzen zwischen der Sendeanlage und der kircheneigenen Lautsprecheranlage des öfteren kirchenfremde Rockrhythmen seine Predigt störten.

Spurlos verschwunden

Von dem am Montag in Bilbao entführten Geschäftsführer des spanischen Fußballklubs Athletic Bilbao, Juan Pedro Guzman, fehlt bisher jede Spur. Nach Auskunft der Familie gab es noch keine Nachricht von den Entführern. Der 43jährige befand sich in einem Lokal, das er verließ, als er von Unbekannten herausgerufen wurde. Er hatte vor drei Jahren Drohbriefe der baskischen ETA erhalten.



Erfahrungsaustausch zweier Lastenträger

Begegnung in der zentralasiatischen Sowjetrepublik Tadschikistan (FOTO: DPA)

Seit Geburt blind: Bundesrichter geht in Ruhestand

DW, Karlsruhe
Beim Bundesgerichtshof in Karlsruhe trat mit dem Jahresende ein Bundesrichter in den Ruhestand, der in 22 Jahren seiner Tätigkeit im II. Zivilsenat für seine Arbeit sehr viel mehr Zeit aufwenden mußte als seine Kollegen. Hans-Eugen Schulze, der jetzt seine richterliche Tätigkeit beendet, ist von Geburt an blind.

Der Richter in dem unter anderem für Vereins- und Gesellschaftsrecht zuständigen Senat kam fast ohne fremde Hilfe aus: Er hatte lediglich eine Vorleserin. Mit einer Blindenschrift-Maschine und Kassettenspieler konnte er alle Vorgänge erfassen, umsetzen, in Blindenschrift niederschreiben und später seine Urteilsentwürfe formulieren. Schulze legte sich im Laufe der Zeit in Blindenschrift ein umfangreiches Archiv und Karteien an, die es ihm jederzeit möglich machten, auf frühere Urteile seines Senats zurückzugreifen.

In seiner Jugend war der heute 63jährige Richter Schulz- und Mattenlechner. Nach einer Ausbildung zum Stenotypisten und Telefonisten und einigen Jahren Tätigkeit als Justizangestellter machte er an der Blindenstudienanstalt in Marburg sein Abitur und studierte dann Jura. Beide juristische Staatsexamen legte er mit Auszeichnung ab. Seine Richtertätigkeit begann er in Bochum; 1963 wurde er zum Mitglied des Bundesgerichtshofes in Karlsruhe gewählt. Für den blinden Richter ist der Abschied vom Amt gleichzeitig Startschuß für eine noch umfangreichere Tätigkeit in der Blindenarbeit. Schulze, der seit Jahren im Vorstand der Christoffel-Blindenmission in Bensheim (Bergstraße) mitarbeitet, will seine Tätigkeit für blinde Mitbürger in der Bundesrepublik, noch mehr aber in den Entwicklungsländern, intensivieren.

„Mary Lou“ machte Ricky Nelson zum Teenager-Idol

Rockstar der 50er Jahre starb bei Flugzeugabsturz

DW, De Kalb/Texas

Der amerikanische Rock- und Country-Sänger Ricky Nelson (45), ein Teenager-Idol der 50er Jahre, ist an Silvester bei einem Flugzeugabsturz ums Leben gekommen. Die Maschine war auf dem Weg nach Dallas (Texas). Zusammen mit ihm starben die fünf Mitglieder seiner Band und seine 27jährige Freundin Helen Blair. Nur der Pilot und der Kopilot der Douglas DC-3 konnten mit zum Teil schweren Brandverletzungen geborgen werden.

Nach Angaben der Behörden hatte die zweimotorige Chartermaschine

amerikanischen Entertainern, die durch das Fernsehen berühmt wurden. Der Rocker wurde am 8. Mai 1940 in Teaneck (New Jersey) als Eric Hilliard „Ricky“ Nelson geboren. Seine Glanzzeit hatte er in den 50er und 60er Jahren, als er als 15jähriger durch Songs in Fernsehserien bekannt und schließlich zu einem Star des Rock'n'Roll wurde.

In der populären Unterhaltungsreihe „The Adventures of Ozzie and Harriet“, die von 1952 bis 1966 lief, war er nachher als 20jähriger Darsteller mit Bürstenhaarschnitt, ein singendes Teenager-Idol und zuletzt ein 25 Jahre alter Ehemann.



Mit seiner Band in den Tod geflogen: Ricky Nelson (FOTO: AP)

aus noch ungeklärtem Grund Feuer gefangen, stürzte über einem Waldgelände in der Nähe der texanischen Stadt De Kalb ab und explodierte auf dem Boden. Die Maschine war auf dem Flug von Gunterville (Alabama) nach Dallas, wo Ricky Nelson ein Silvesterkonzert geben wollte.

Nelson gehörte zu den zahlreichen

Die größten Hits des gutaussehenden Sängers waren „Hello, Mary Lou“, „Poor Little Fool“, „I'm walking“, und „Travelin' Man“. Auch in mehreren Filmen, darunter „Rio Bravo“ mit John Wayne (1958), „Story of Love“ (1963) und „Love and Kisses“ (1965), spielte er mit.

Später wurde es in den Medien ruhiger um das einstige Rock-Idol. Auf Tourneen durch die USA folgte Ricky Nelson mit seinen alten und neuen Liedern mit Country-Einschlag aber immer noch die Sätze. Der Sänger war nach einem Comeback 1973 mit dem Song „Garden Party“, den er zusammen mit seiner Country-Rockgruppe „Stone Canyon Band“ aufgenommen hatte, wieder etwas ins Geschäft gekommen.

Sein letztes Konzert hatte er am Montagabend in Gunterville gegeben. Die geplante Vorstellung in Dallas am Silvesterabend wurde nach Auskunft der Veranstalter nicht abgesagt, sondern zu einem „Gedenkonzert“ für Ricky Nelson umgestaltet. Er war seit 1963 verheiratet und hinterließ Frau und vier Kinder.

Silvester-Eiswein: Mostgewicht von 170 Grad Öchsle

DW, Bensheim/Mainz

Eine besondere Wein-Rarität, der „Silvester-Eiswein“, ist jetzt erstmals im Anbaugebiet Bergstraße gelesen worden. Bei einer Außentemperatur von minus zehn Grad ernteten 20 Lesern und Leser der Hessischen Staatsweingüter am frühen Silvestermorgen 75 Zentner gefrorene Rieslingtrauben der Lage „Heppenheimer Centgericht“. Sie erbrachten rund 400 Liter Eiswein mit einem Spitzenmostgewicht von 170 Grad Öchsle.

Der 1985er Eiswein wird nach Angaben der Staatsweingüter eine besonders hohe Qualität aufweisen, weil die Trauben eine vorzügliche Reife aufwiesen und sich bis zur Leseszeit gut am Rebstock gehalten hatten. Eiswein muß mindestens 125 Grad Öchsle Mostgewicht haben.

Der bisher früheste Lesetermin für diese Spezialität, die erst ab minus sieben Grad eingebracht werden kann, war an der Bergstraße 1983 am 15. November, kurz nach der Hauptlese. Der bislang „späteste“ Eiswein wurde in diesem Anbaugebiet am 16. Februar registriert, als am Aschermittwoch ein „1982er“ gelesen wurde. Eisweine der Hessischen Staatsweingüter haben auf Versteigerungen während der letzten Jahre Spitzenpreise zwischen 170 und 420 Mark je Flasche erzielt.

Auch im rheinhessischen Horweiler (Kreis Mainz-Bingen) wurde am Silvestermorgen bei Temperaturen von neun Grad unter dem Gefrierpunkt Eiswein gelesen. Rund 40 Helfer von fünf Weinbaubetrieben waren noch vor Sonnenaufgang an Werke und ernteten im Schnee Trauben der Rebsorte Sylvaner und Ruländer. Das Mostgewicht der Ernte – sie soll mehrere hundert Liter Eiswein ergeben – wurde mit mehr als 160 Grad Öchsle angegeben.

Friedlichster Jahreswechsel seit langem

dpa, Hamburg

Das Jahr 1986 begann in der Bundesrepublik Deutschland mit der friedlichsten Silvesternacht seit langem. Weniger Menschen als in den Jahren zuvor wurden bei der Silvesterkallerei verletzt, für die die Bundesbürger wieder rund 100 Millionen Mark verpulverten. Die Polizei verzeichnete auch vielfach – wie etwa in Hannover – weniger Trunkenheitsfahrten als in den vergangenen Silvesternächten. Beim folgenschwersten Verkehrsunfall zum Jahreswechsel wurden vier Menschen getötet und zwei schwer verletzt: Ein Geisterfahrer war am frühen Neujahrsmorgen bei Köln mit einem vollbesetzten Personenzug zusammengestoßen. Drei Tote und zwei Verletzte forderte ein Unfall am Silvesterabend im Landkreis Mühldorf/Inn, als ein Münchner mit seinem Wagen auf die Gegenfahrbahn geriet und mit einem Personenzug zusammenstieß. Ein Mann starb, als in seinem Wagen selbstgemischer Sprengstoff explodierte. Mehrere Brände richteten Millionen-schäden an.

Kälteste Nacht

dpa, Hamburg

Die klare Silvesternacht war nach Angaben von Meteorologen die bisher kälteste dieses Winters. Besonders harter Frost herrschte mit Temperaturen bis zu minus 16 Grad an der Bergstraße und in der Pfalz. In den Hochlägen des Rothaargebietes sanken die Temperaturen auf minus 14 Grad. Auch in Baden-Württemberg und in Unterfranken war es mit minus 13 Grad bitter kalt. Bis zum Wochenende soll der Winter nach Ansicht der Meteorologen seine Herrschaft festigen. Für Norddeutschland sagten sie für die kommende Nacht Schneefall mit Sturm voraus. Über Frost statt Schnee klagten gestern Wintersportler vor allem in den Alpen. Für ideale Skiabfahrten war die Schneedecke immer noch nicht dick genug. Über Bilderbuchwetter freuten sich hingegen die Berliner: Von fast wolkenlosem Himmel schien die Sonne auf eine sieben Zentimeter dicke Schneedecke.

Keine Kostenübernahme

AP, Kassel

Krankenkassen müssen nur die Kosten eines Krankenhausaufenthalts übernehmen, wenn die Behandlung in der Klinik erforderlich ist, um Krankheiten zu heilen, den Gesundheitszustand zu bessern oder eine Verschlimmerung der Krankheit zu verhindern. Für reine Pflegefälle brauchen die Kassen nicht zu zahlen. Das entschied das Bundessozialgericht in Kassel. (Az.: 3 RK 33/84)

Späte Rückgabe

AP, Harrisburg

Eine bibliophile Kostbarkeit, die möglicherweise vor über 160 Jahren ausgeliehen wurde, hat in die Staatsbibliothek Harrisburg im US-Staat Pennsylvania zurückgefunden. Eine 328 Jahre alte, lederbundene Sammlung britischer Gesetzestexte aus den Jahren 1656 und 1657 lag, eingeklebt in einem Umschlag, jetzt im Einwurkisten der Bücherei. Es handelt sich um „Townsend's Collection“, erschienen 1657, lange bevor sich die amerikanischen Kolonien die Unabhängigkeit von Großbritannien erkämpften.

Schreckens-Bilanz

SAD, London

Flug- und Versicherungsexperten in der Londoner City haben die negative Rekordbilanz über das verlustreichste Jahr in der Geschichte der Zivilluftfahrt gezogen. 1985 sind bei Flugzeugunfällen insgesamt 1915 Menschen umgekommen – mehr als in jedem anderen Jahr zuvor. Bei Jet-Unfällen verloren 1533 Passagiere und 89 Besatzungsmitglieder ihr Leben.

4,8 Milliarden Menschen

AP, New York

Die Weltbevölkerung hat einer zur Jahreswende veröffentlichten UNO-Statistik zufolge von Mitte 1984 bis Mitte 1985 um 79 Millionen zugenommen und belief sich damit auf 4,842 Milliarden. Das war eine Steigerung um 1,7 Prozent. Der geringste Zuwachs wurde mit 0,4 Prozent in Europa verzeichnet, das 492 Millionen Menschen zählte. Nicht in dieser Zahl enthalten ist die Bevölkerung der gesamten Sowjetunion (europäischer und asiatischer Teil), die um 0,7 Prozent auf 278 Millionen zunahm. In Asien (ohne sowjetisches Territorium) stieg die Bevölkerungszahl um 1,7 Prozent auf 2,824 Milliarden. Einen wesentlich höheren Zuwachs gab es mit drei Prozent in Afrika, wo Mitte 1985 rund 553 Millionen Menschen lebten. Die Bevölkerung Nord- und Mittelamerikas stieg um 1,5 Prozent auf 401 Millionen, die Südamerikas um 2,3 Prozent auf 269 Millionen.

ZU GUTER LETZT

Die Serbin Ema Begovic war noch nie krank und noch nie beim Arzt. Die 119jährige muß allerdings, wie sie der Zeitung „Vecernje Novosti“ gestand, jetzt bald einmal zum Zahnarzt.

WETTER: Schnee, im Westen Regen

Lage: Ausläufer eines Sturmtiefs bei Irland führen mildere Meeresluft nach Deutschland. Der äußerste Norden wird weiterhin von Kaltluft beeinflusst.

Vorhersage für Donnerstag: Im Westen und Südwesten Niederschläge in Regen übergehend. Höchsttemperaturen im Westen und Südwesten zwischen null und plus 4, sonst zwischen minus 4 und minus 1 Grad. Nächliche Tiefstwerte im Westen

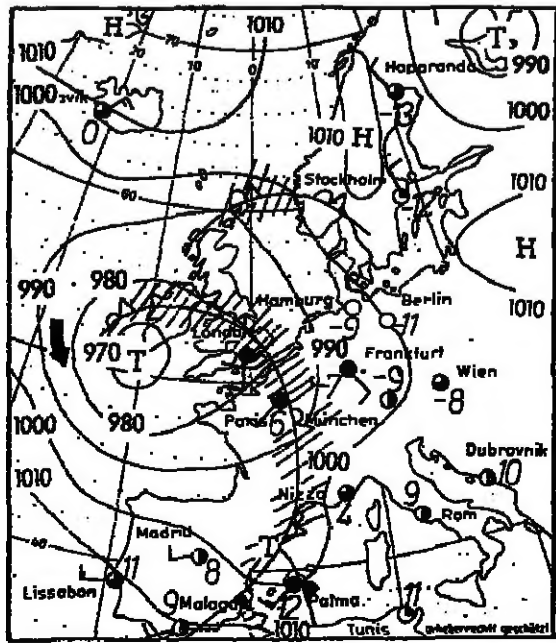
und Süden um plus 2, sonst minus 2 bis minus 6 Grad. Mäßiger, zeitweise böig aufziehender Südostwind.

Weitere Aussichten: Stark bewölkt mit weiteren Niederschlägen, im Norden und Osten als Schnee, sonst als Regen.

Sonnenaufgang am Freitag: 8.27 Uhr*, Untergang: 16.26 Uhr; Mondanfang: -- Uhr; Untergang: 11.59 Uhr (* in MEZ, zentraler Ort Kassel).

Vorhersagekarte für den 2. Jan., 7 Uhr

H: Hoch
T: Tief
O: Okklusion
W: Wolken
B: Regen
S: Schnee
G: Gewitter
N: Nebel
T: Temperatur in °C
W: Windrichtung
S: Seegang
A: Ausläufer
K: Kaltfront
W: Warmfront
L: Leuchtlinie
U: Unklarheit
V: Vortief



Temperaturen in Grad Celsius und Wetter vom Mittwoch, 12. Uhr (MEZ):

Deutschland:	Paris	Frankfurt
Berlin -10 he	Frankfurt -2 he	Frankfurt -2 he
Bielefeld -8 he	Hamburg -3 he	Hamburg -3 he
Bremen -8 he	Köln -4 he	Köln -4 he
Darmstadt -8 he	Leipzig -5 he	Leipzig -5 he
Düsseldorf -8 he	München -6 he	München -6 he
Essen -8 he	Nürnberg -7 he	Nürnberg -7 he
Kassel -8 he	Regensburg -8 he	Regensburg -8 he
Köln -8 he	Saarbrücken -9 he	Saarbrücken -9 he
Leipzig -8 he	Stuttgart -10 he	Stuttgart -10 he
München -8 he	Wien -11 he	Wien -11 he
Nürnberg -8 he	Zürich -12 he	Zürich -12 he
Regensburg -8 he		
Saarbrücken -8 he		
Stuttgart -8 he		
Wien -8 he		
Zürich -8 he		
Ausland:		
Alger -15 he		
Amsterdam -10 he		
Antwerpen -10 he		
Batavia -10 he		
Bombay -10 he		
Buenos Aires -10 he		
Cairo -10 he		
Calcutta -10 he		
Canton -10 he		
Cebu -10 he		
Dahomey -10 he		
Darwin -10 he		
Dhaka -10 he		
Dordrecht -10 he		
Dublin -10 he		
Durham -10 he		
Edinburgh -10 he		

Luiße, die Wildsau, als Star in der Oper

E. REVERMANN, Hannover

Wohl kein Angestellter im öffentlichen Dienst ist Silvester so gefeiert worden wie Luiße. Als Stargast beim Gala-Abend in der Oper Hannover lag dieser Wildsau aus den Reihen der Polizei die Prominenz zu Füßen. Umgeben von Ballett und Opernchor („Ach Luiße, keine Wildsau ist wie diese“) durfte die vierbeinige Rauschgiftahnderin in der Opern-Pause beweisen, daß sie nach Abschluß ihrer „Azubi“-Zeit am Silvesterabend zu recht die erste verbeamtete Sau der Welt ist.

Mit Kleeblatt-Schmuck und besonders gebürsteten Borsten grunzte die 18 Monate alte Sau vorab in eleganten Abendroben, um auf der Bühne Schmuckstücke der Sonderklasse zu demonstrieren. In Koffern verstecktes Rauschgift – dafür hatte Luiße den absolut richtigen Riecher. Und als ihrem ständigen Begleiter, dem schon pensionierten Polizeihund „Bill“, die geschenkte Wurst zu dem Maul fiel, zeigte Luiße, wie man bei

öffentlichen Angeboten zum persönlichen Eigennutz zuschnappen kann.

Mit dem Gala-Auftritt dürfte sich jetzt wohl langsam auch der politische Wirbel um Luiße legen. Als Polizeihauptwachmeister Werner Franke aus Ausbilden von Rauschgiftahndern vor Jahresfrist fand, zum Stoff-Schmuckeln eigne sich ein Schwein vielleicht gar besser, kam Unmut in Amtsstuben auf. Ein Schwein in den Reihen der Polizei sei zu suspekt und schade dem Beamten-Image. Wie im Schweinsgalopp



Sauerei auf der Opernbühne: Polizeischwein Luiße in Aktion (FOTO: HANS JÜRGEN FRATZER)

find man auch prompt Paragrafen, die beispielsweise Futterkosten wohl für Polizeipferde oder Diensthunde erlaubt, nicht aber expressis verbis auch für eine Sau im Dienst.

Dabei hatten die feinen Beamten allerdings die Rechnung ohne Landesvater Ernst Albrecht gemacht: Der Ministerpräsident protegierte höchstpersönlich das in Hildesheim stationierte Polizei-Schwein. Bis Jahresende sollte ein – wie es sich für Beamte gehört – „Erfahrungsbericht für die Azubi-Zeit“ erstellt werden, was nun auch passierte und Luiße, das Schwein, mit Beginn des Neujahrsmorgens in den hohen Beamtenstand erhob.

Ab heute darf Luiße nun auch offiziell an der Front eingesetzt werden, auch beim Aufspüren von Sprengstoff. Vor allem Spezialisten des Bundeskriminalamtes in Wiesbaden sind scharf auf Luiße: Schnüffelt diese Sau doch besonders gern im allerletzten Dreck, wo Hunde und Polizisten nur die Nase rimpfen. Luiße tut das alles für ein Bonbon ...